

zivilschutz magazin



Neue Broschüre
des Bundesministers
des Innern herausgegeben

„Sicherer leben“

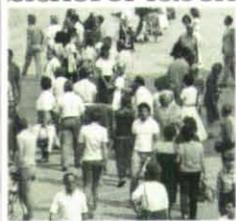
Informationen zum
Katastrophen- und Zivilschutz

Zu den wichtigsten Staatsaufgaben gehört der Schutz der Bürger vor Gefahren. Dieses „Ziel der Politik der Bundesregierung“ stellt Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann seinem Vorwort zu der jüngst erschienenen Broschüre „Sicherer leben“ voran. In dieser 84 Seiten umfassenden Broschüre ist dargestellt, wie Vorsorge und Schutz erreicht werden können, wie die staatliche Hilfe funktioniert und was der Bürger dazu beitragen kann: Katastrophen- und Zivilschutz heute.

„Teil des umfassenden Hilfeleistungssystems“

Ob Naturkatastrophen wie Erdbeben, Sturm oder Hochwasser, oder mögliche Gefahren und Risiken, die von der industriellen Entwicklung und dem technischen Fortschritt ausgehen können – „mit der Gewährleistung des jeweils höchstmöglichen Sicherheitsstandards und aller möglichen Vorsorgemaßnahmen werden auch diese Risiken auf ein vertretbares Maß eingeschränkt.“ Dr. Zimmermann erläutert in seinem Vorwort zu der Broschüre den Zivilschutz als „Teil unseres umfassenden Vorsorge- und Hilfeleistungssystems gegen Risiken, Gefahren und Katastrophen“: „Bund und Länder haben bereits 1968 mit dem Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes ein einheitliches, sich gegenseitig ergänzendes Hilfeleistungssystem für den Zivil- und Katastrophenschutz geschaffen. Diese Regelung bedeutet, daß in Friedenszeiten der Zivilschutz auch dem Katastrophenschutz der Länder zur Verfügung steht. Umgekehrt stehen bei einem bewaffneten Konflikt, um dessen Verhinderung wir uns mit allen Kräften bemühen, die Katastrophenschutz-Einheiten der Länder dem Bund zur Verfügung.“

Sicherer leben



Katastrophen- und Zivilschutz heute



Der Bundesminister des Innern

„Zivilschutz ist ein Stück Selbstverständlichkeit geworden“

Der Unfall von Tschernobyl, so der Innenminister, habe gezeigt, daß die Bundesrepublik Deutschland gegen Gefahren von außen nicht isoliert sei und auch in Friedenszeiten grenzüberschreitenden Gefahren ausgesetzt sein könne. „Wir können heute feststellen“, so der Bundesminister, „daß der Zivilschutz in der Bundesrepublik Deutschland als untrennbarer Teil eines umfassenden Hilfeleistungs- und Rettungssystems ein Stück Selbstverständlichkeit in unserem täglichen Leben geworden und aus ihm nicht mehr wegzudenken ist. Die Erfahrungen der letzten 30 Jahre bei Unglücken und Katastrophen haben bewiesen, daß der Einsatz des Zivilschutzes zum Schutz unserer Bürger vor Gefahren unverzichtbar ist.“

Über den Zivilschutz in der Bundesrepublik Deutschland wird der Bürger mit der Broschüre „Sicherer leben“ informiert. „Jeder Bürger unseres Landes soll auf der Grundlage klarer Informationen den Zivilschutz als das beurteilen und ansehen können, was er ist: eine selbstverständliche und unerläßliche Aufgabe im Interesse und zum Schutz unserer Bürger.“

Der Katastrophenschutz

Die Aufgaben des Zivilschutzes und die Summen, die die Bundesregierung 1986 dafür ausgegeben hat, werden in der farbig gestalteten Broschüre erläutert. Nächster Bereich, der ausführlich behandelt wird, ist der Katastrophenschutz: Hilfe und Rettung. Beispiele wie die Hochwasserkatastrophe in Hamburg 1962 oder die Waldbrände in Niedersachsen 1975 verdeutlichen, „daß einer Katastrophe immer ein zentrales Pro-

blem zu lösen ist: Schäden, deren Ausmaß erheblich über das alltäglicher Unglücksfälle hinausgeht, müssen mit nie ausreichenden Kräften bekämpft werden.“

Die verschiedenen Dienste des Katastrophenschutzes, der Aufbau des Katastrophenschutzes und der gemeinsame Katastrophenschutz auf kommunaler Ebene sind die weiteren Themen, auf die in dieser anschaulichen Broschüre eingegangen wird. Nachdem auch die Ausbildung der Katastrophenschutz Helfer und die Ausstattung des Katastrophenschutzes zur Sprache gekommen sind, behandelt die Broschüre die internationale Zusammenarbeit zur Bekämpfung von Katastrophen.

Leistung, Aufbau, Ausbildung, Ausstattung und Einsätze der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk bilden den nächsten Themenkomplex. Zu den Einsatzbereichen des THW gehören auch u. a. Sturmfluten und Überschwemmungen, Brückenbau, Umweltschutz, Sprengarbeiten oder Unglücke. „Maßnahmen zum Schutze der Gesundheit – Ergänzung der Gesundheitsvorsorge“ lautet der weitere Titel der Informationen zum Zivilschutz. Die nächsten Themen: Schutzbau, Warndienst, Schutz vor Kulturgut, Aufenthaltsregelung und Wasserversicherung.

Selbstschutz – ein Beitrag des Bürgers

Einen großen Raum in der Darstellung des Zivilschutzes nimmt das Thema Selbstschutz ein: ein Beitrag der Bürger zum Zivilschutz.

Hier geht es um die persönliche Vorsorge und Eigenhilfe des Bürgers für plötzlich eintretende Notsituationen. Notgepäck, die Vorratshaltung und auch die Selbstschutzpraxis – z. B. die Selbstschutzgrundlehrgänge des Bundesverbandes für den Selbstschutz – werden als wichtige Bestandteile der persönlichen Vorsorge aufgezählt. Selbstschutz in den Gemeinden, in Betrieben und Behörden sowie eine Übersicht über die BVS-Dienststellen bilden den Abschluß dieses Themenbereichs.

Eine sichere Grundlage

Schlagworte und Gegenargumente zur Frage „Warum Zivilschutz?“ fördern die Auseinandersetzung mit dieser humanitären Aufgabe des Staates. Im Anhang finden sich Rechts- und Verwaltungsvorschriften, Internationale Abkommen sowie wichtige Adressen des Zivilschutzes. Die Broschüre „Sicherer leben – Katastrophen- und Zivilschutz heute“, herausgegeben vom Bundesminister des Innern, bildet eine sichere Grundlage für eine sach- und fachgerechte Kenntnis des Themas Zivil- und Katastrophenschutz. boe

zivilschutz magazin



ISSN 0173-7872

Dieses Heft ist mit Ausnahme des Umschlags aus 100 Prozent Altpapier hergestellt! Helfen Sie mit, hochwertigen Rohstoff zu erhalten. Falls Sie das ZS-Magazin nicht sammeln, geben Sie das gelesene Heft – nach Entfernen des Umschlags – zur Altpapiersammlung.



Januar
1/87

Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz
Eupener Straße 74, 5000 Köln 41
Ruf (0221) 49881

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich; insgesamt 10mal jährlich; im Juli/August und im November/Dezember als Doppelnummer

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Dorothee Boeken
Günter Sers

Layout:

Paul Claes

Druck, Herstellung und Vertrieb:

Bonner Universitäts-Buchdruckerei
Postfach 120406, 5300 Bonn 1
Ruf (0228) 546-0, Telex 17-2283687
Teletex 2283687, Telefax 546-150

Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5000 Köln 41
Postfach 450247, Ruf (0221) 49881

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 2,80, Doppelnummer DM 5,60, Abonnement jährlich DM 33,60, zzgl. Porto und Versandkosten.

Im Bezugspreis sind 7 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Abonnements werden am Beginn des Bezugszeitraums berechnet. Kündigungen müssen bis 6 Wochen vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich vorliegen, sonst verlängert sich das Abonnement um den bisher vereinbarten Bezugszeitraum. Wenn nicht ausdrücklich ein kürzerer Bezugszeitraum gewünscht ist, gilt das Kalenderjahr als vereinbart. Erfüllungs- und Zahlungsort ist Bonn.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Inhalt

„Sicherer leben“	U 2
Umschau	2
„Umfassende Notfallvorsorge ist jetzt erforderlich“	6
Parlamentarischer Staatssekretär Spranger würdigte die Arbeit des BVS	
Gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen	10
Verhandlungen mit den Niederlanden und Österreich	
Mit dem „Teppichklopper“ im Einsatz	13
Such- und Rettungsdienst der Bundeswehr	
„Wir müssen den einzelnen bewegen, sich mit seiner persönlichen Sicherheit mehr als bisher zu beschäftigen“	15
BVS-Direktor Schuch zeigte neue Perspektiven auf	
Bundesverband für den Selbstschutz	18
Ein Mann – eine humanitäre Idee	25
Zum Gedenken an Otto Lummitzsch	
THW-Helfer unterstützten Rettungsmaßnahmen nach Erdbeben in Griechenland	28
Einsatz in Kalamata	
Technisches Hilfswerk	30
Deutsches Rotes Kreuz	41
Arbeiter-Samariter-Bund	43
Johanniter-Unfall-Hilfe	45
Malteser-Hilfsdienst	49
Deutscher Feuerwehrverband	51
Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft	55
Presseschau des Inlands	61
Presseschau des Auslands	62
Wissenschaft & Technik	63
Neue Bücher	64
Das Minimagazin	U 3



Umschau

Weiterer Ausbau der Katastrophenvorsorge

„Mit Nachdruck“ will sich Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann für den weiteren Ausbau der Katastrophenvorsorge einsetzen. Wörtlich erklärte Dr. Zimmermann:

„Zivil- und Katastrophenschutz bedeutet umfassende Notfallvorsorge. Die technischen Großunglücke der letzten Zeit haben bei allen Beteiligten in Bund, Ländern und Gemeinden, bei den Hilfsorganisationen und kommunalen Spitzenverbänden zu der Erkenntnis geführt, daß für derartige Fälle ein Krisenmanagement mit einer zentralen Koordinierungsstelle auf Bundesebene geschaffen werden muß. Ich habe dazu eine Arbeitsgruppe gebildet, die aufbauend auf den Erfahrungen mit Satellitenabstürzen einen entsprechenden Vorschlag bis zum Sommer nächsten Jahres erarbeiten wird. Einigkeit besteht darüber, daß alle Arten von länder- und grenzübergreifenden Gefahrenlagen erfaßt werden müssen. Eine ‚Insellösung‘ zum Strahlenschutz reicht nicht aus.

Radioaktive Wolken und chemische Gifte kennen keine Grenzen. Wollen wir grenzübergreifende Katastrophen wirksam bekämpfen, müssen wir uns international einig sein. Ich habe daher mit den uns umgebenden Staaten des Westens bilaterale Hilfeleistungsabkommen abgeschlossen bzw. ausgehandelt. Für dringend notwendig erachte ich vergleichbare Abkommen mit der CSSR und der DDR. Dafür werde ich mich voll einsetzen, damit diese noch offene Flanke alsbald geschlossen wird. Erste Kontakte zur CSSR sind bereits hergestellt worden.

Großartige Hilfe in Katastrophen- und Notfällen leistet das Technische Hilfswerk. 1985 hat es beispielsweise 13 Einsätze in Äthiopien, dem Sudan und in Mexiko durchgeführt. Unzähligen, vom Hungertod und durch Erdbeben bedrohten Menschen wurde geholfen. So auch in diesem Jahr beim Erdbebenunglück in Griechenland. Nach einem weiteren erfolgreichen Einsatz im Sudan zum Bau von Wasserleitungen sind die Helfer des

THW gegenwärtig in Somalia beim Brückenbau im Einsatz. Welche Bedeutung dem THW im Bereich des Umweltschutzes zukommt, hat der Einsatz 1978 in der Bretagne gezeigt.

Erste wertvolle Angaben über die in unser Land eingedrungene Radioaktivität kamen von Meßstellennetz des Warndienstes. Dieses Meßnetz wird im Rahmen eines flächendeckenden Meßnetzes für das gesamte Bundesgebiet umfassend und unverzüglich ausgebaut. Bis Ende 1987 werden insgesamt 1 500 moderne Meßsonden installiert sein, die empfindliche Messungen bis zur natürlichen Radioaktivität durchführen können. Parallel dazu wird untersucht, ob der Rundfunk nicht noch intensiver als bisher in die Warnung und Information der Bevölkerung vor Katastrophengefahren einbezogen werden kann.

Ganz erhebliche Bedeutung kommt dem verstärkten Ausbau des erweiterten Katastrophenschutzes zu. Hier sind Planungen für ein Sofortprogramm angelaufen, das die Aufstellung weiterer ABC-Züge und die Verbesserung der ABC-Schutzausstattung des Katastrophenschutzes vorsieht. Im Rahmen eines bis zum Jahre 1990 reichenden Konsolidierungsprogramms werden über 10 000 neue Spezialfahrzeuge für den Katastrophenschutz angeschafft. Dieses Programm hat ein Gesamtvolumen von 1,1 Mrd. DM. Insgesamt werden auf Kosten des Bundes 7 200 Einheiten und Einrichtungen mit rd. 143 000 Helfern bereitgehalten, um Seite an Seite mit den Einheiten des Katastrophenschutzes der Länder und Hilfsorganisationen die Bürger vor drohenden Gefahren zu schützen. Dies ist auch der Grund dafür, daß ich mich nach wie vor mit Nachdruck für die Beibehaltung der Freistellungsquote für die Helfer im Katastrophenschutz einsetzen werde.

An der Katastrophenschutzschule des Bundes werden Mitarbeiter und Helfer des Katastrophenschutzes der Länder und Kommunen (jährlich ca. 6 000) ausgebildet. Mit dem Einsatz der Katastrophenschutzschrauber des Bundes in 18 Stationen des flächendeckenden Luftrettungsdienstes in der Bundesrepublik Deutschland werden tagtäglich Menschenleben bei Unfällen gerettet (bis jetzt ca. 160 000 geflogene Einsätze).

Zu welchen skurrilen Ergebnissen die Verketterung des Schutzraumbaus in der Vergangenheit geführt hat, merken wir in diesen Tagen allzu deutlich. Wenn im Durchschnitt heute für mehr als 30 Personen nur ein Schutzraumplatz vorhanden ist, so ist das eine völlig indiskutable Situation. Leider kann dies nur auf lange Sicht verbessert werden. Angesichts der Bedrohung durch grenzüberschreitende, großflächige industrielle Schadensfälle

Grußwort des Bundesministers des Innern an die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer des Zivilschutzes und des Katastrophenschutzes zum Jahreswechsel.

Liebe Helferinnen und Helfer im Zivil- und Katastrophenschutz!

Auch in dem ereignisreichen Jahr 1986 haben Sie durch zahlreiche Einsätze im In- und Ausland die Bedeutung Ihrer Aufgabe unter Beweis stellen können.

Viele Menschen haben Ihre Bereitschaft, jederzeit zu helfen, Mitbürger vor Gefahren zu schützen und so Leid und Unglück zu mildern, unmittelbar erfahren können.

Ihr uneigennütziges Engagement zum Wohle der Gemeinschaft verdient Lob und Respekt.

Insbesondere auch denen, die im Schatten der aktuellen Ereignisse freiwillig und ehrenamtlich ihre Pflicht im Zivilschutz erfüllen, gilt mein Dank und meine Anerkennung.

Durch Ihren vorbildlichen persönlichen Einsatz und Ihr beispielhaftes soziales Engagement zum Schutze der Menschen ist der Zivil- und Katastrophenschutz aus unserem täglichen Leben nicht mehr wegzudenken.

Ich wünsche Ihrem Wirken auch im Jahre 1987 Erfolg und die verdiente Anerkennung.

wird die Dringlichkeit von Schutzräumen eindrucksvoll unterstrichen. Seit dem Regierungswechsel 1982 hat die Bundesregierung ihre Ausgaben für Schutzbauten von ca. 58 Mio. DM im Jahre 1981 auf knapp 113 Mio. DM im Jahre 1986 verdoppelt.

Die jüngsten Verschmutzungen des Rheins mit Chemikalien haben gezeigt, welche Bedeutung einem Verbund- und Notbrunnensystem zur Versorgung der Bürger in Notfallsituationen zukommt. Ich werde den Ausbau dieses Programms auch weiterhin intensiv fördern.

Ich bin davon überzeugt, daß dem Katastrophen- und Zivilschutz in der Zukunft weiter wachsende Bedeutung zukommen wird. Das kostet Geld. Wir sind bereit, die Schutzmaßnahmen für unsere Bürger gegen Katastrophengefahren weiter zu verstärken. Während in der 70er und Anfang der 80er Jahre die Ausgaben des Bundes für den Zivilschutz unter den Steigerungsraten des Gesamthaushalts lagen, liegen sie seit 1983 trotz der zwingend

notwendigen Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen der Bundesregierung darüber. So beträgt die Steigerungsrate des Gesamthaushalts in diesem Jahr 1,6%, die des Zivilschutzes hingegen 3,9%. Im nächsten Jahr werden die Ausgaben für den Zivilschutz 769,7 Mio. DM betragen. Das bedeutet eine Steigerungsrate von 4,6%.

Dies zeigt, daß trotz knapper Kassen mit Entschlossenheit und Engagement wesentliche Schritte zum weiteren Ausbau der Katastrophenvorsorge getan wurden. Dies werden wir, wie ich aufgezeigt habe, mit Nachdruck fortsetzen. Dazu gehört auch die Überprüfung der Gesetzgebung zum Katastrophen- und Zivilschutz auf Rationalität und Wirksamkeit unter den Bedingungen unserer Zeit."

Für eine Stärkung des Katastrophenschutzes

Den Vorrang vor dem Versuch, die Folgen des Risikos der Nutzung der Atomenergie zu bewältigen, muß die politische Überwindung dieses Risikos haben. Diese Meinung vertreten die Innenminister und -senatoren der SPD-regierten Bundesländer. Auf einer Konferenz stellten sie Einmütigkeit in dem Punkt fest, daß in „keinem Fall Zivil- und Katastrophenschutz die ultima ratio des Schutzes der Menschen“ sein kann.

Für eine Stärkung des Katastrophenschutzes traten die Innenminister und -senatoren der SPD-regierten Länder in folgenden Bereichen ein:

- Verbesserung der Informationsflüsse und Vereinheitlichung der Verfahrensweise zwischen den Ländern, mit dem Bund und den verschiedenen Behörden,
- Erhaltung, gezielte Nutzung und Stärkung des leistungsfähigen und -bereiten Hilfepotentials der Länder, Gemeinden und humanitären Organisationen,
- Schwerpunktbildung auf die Sicherung von Lagerung und Transport gefährlicher Güter und den Schutz vor gefährlichen Substanzen in Wasser, Boden und Luft.

Insbesondere sei, so das Ergebnis der Konferenz, unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände und der Hilfsorganisationen zu prüfen,

- wie ein Krisenmanagement – einschließlich eines Alarm- und Meldesystems – bei flächenübergreifenden und grenzüberschreitenden Schadensereignissen, auch unterhalb der Schwelle einer Katastrophe, sichergestellt werden kann,
- wie zwischen Bund und Ländern eine

STELLENAUSSCHREIBUNG

Der Regierungspräsident Düsseldorf sucht zum 1. 2. 1987 für sein Dezernat 22 – Zivile Verteidigung, Katastrophenschutz, Feuerschutz – eine(n)

Sachbearbeiter/in

Es wird eine interessante, abwechslungsreiche und anspruchsvolle Tätigkeit im Gebiet des Warn- und Fernmeldedienstes (Elektro- und Hochleistungssirenen) im größten Regierungsbezirk der Bundesrepublik Deutschland geboten, die praktischen Einsatz und die Aufsicht über nachgeordnete Behörden umfaßt.

Neben Kenntnissen und praktischen Erfahrungen in den Fachgebieten Elektrotechnik, Elektronik und Nachrichtenwesen werden Verwaltungskenntnisse, Selbständigkeit und die Fähigkeit zur kollegialen Zusammenarbeit erwartet.

Die Eingruppierung erfolgt in Vergütungsgruppe IVa BAT. Darüber hinaus werden alle sozialen Leistungen des öffentlichen Dienstes wie Weihnachtsgeld (13. Gehalt), Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen und eine zusätzliche kostenfreie Altersversorgung geboten.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden erbeten an den

**Regierungspräsidenten Düsseldorf
Cecilienallee 2, 4000 Düsseldorf 30**

einheitliche Aufnahme und Interpretation von Meßwerten gewährleistet und die erforderlichen sachlichen und personellen Kapazitäten bereitgestellt werden können,

- ob die „Rahmenempfehlungen für den Katastrophenschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen“ und die Deutsche Risikostudie Kernkraftwerke anhand der Erfahrungen von Tschernobyl und anderer Reaktorunfälle der letzten Zeit zu ändern bzw. zu ergänzen sind.

Die SPD-regierten Länder appellieren im übrigen an den Bund, vor der Verkündung neuer Programme seine bestehenden Verpflichtungen zu erfüllen, insbesondere bei den Beschaffungen entsprechend dem Stärke- und Ausrüstungsnachweis im Rahmen des erweiterten Katastrophenschutzes und bei der Sicherstellung der personellen Ausstattung des Zivil- und Katastrophenschutzes in der Konkurrenz zum Bedarf der Bundeswehr.

Glückwünsche des Bundesinnenministers

Am 31. Oktober 1986 ist der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein, auf der XXV. Internationalen Rot-Kreuz-Konferenz in Genf als einziger westlicher Vertreter mit den meisten aller abgegebenen Stimmen als Vizepräsident in die Ständige Kommission vom Roten Kreuz und Roten Halbmond gewählt worden. Die Ständige Kommission ist Sachwalter der Internationalen Konferenz vom Roten Kreuz und

Roten Halbmond in den nächsten vier Jahren. Die Ständige Kommission hat u. a. die Aufgabe, Meinungsunterschiede über die Auslegung der Rot-Kreuz-Statuten und Verfahrensregeln beizulegen.

Der Bundesminister des Innern, Dr. Friedrich Zimmermann, sandte ein Glückwunschschreiben mit nachfolgendem Inhalt an den Präsidenten des DRK:

„Sehr geehrter Herr Präsident!

Zu Ihrer mit großer Mehrheit erfolgten Wahl in die Ständige Kommission vom Roten Kreuz und vom Roten Halbmond, einem internationalen Gremium von ganz besonderer Bedeutung, möchte ich Ihnen herzlich gratulieren und Ihnen für diese äußerst verantwortungsvolle Aufgabe Erfolg wünschen, vor allem auch Standfestigkeit bei Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Bewahrung der Grundsätze der Rot-Kreuz-Idee stellen.

Die Geschehnisse in den ersten Tagen der XXV. Internationalen Rot-Kreuz-Konferenz vom 23. bis 31. Oktober in Genf haben deutlich werden lassen, welche schwierige Aufgabe vor Ihnen liegt, gerade auch als Vizepräsident der Ständigen Kommission. Angesichts der Tatsache, daß Sie mit den meisten aller Stimmen gewählt worden sind, wird Ihre Haltung in diesem internationalen Gremium besonderes Gewicht haben. Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich besonders bei Ihnen dafür bedanken, daß Sie sich ebenso wie die Bundesregierung, die Regierungsdelegationen der westlichen Demokratien und ihre nationalen Rot-Kreuz-

Gesellschaften entschieden gegen den unzulässigen Ausschluß eines Signatarstaates der vier Genfer Rot-Kreuz-Abkommen von der Konferenz ausgesprochen und den darin liegenden Verstoß gegen die Grundsätze der Neutralität und Universalität des Rot-Kreuz-Gedankens in aller Deutlichkeit gerügt haben."

Zivile Verteidigung und Gesamtverteidigung

Von der Österreichischen Gesellschaft zur Förderung der Landesverteidigung wurde jüngst eine Broschüre herausgegeben, in der Wolfgang Beyer, Leiter der Abteilung „Zivile Verteidigung“ im Bundesministerium des Innern, Bonn, „Grundsätze und Stellenwert der zivilen Verteidigung und Gesamtverteidigung in der Bundesrepublik Deutschland“ veröffentlicht.

Grundlage für diese Broschüre ist ein anlässlich einer internationalen Zivilschutztagung der Hanns-Seidel-Stiftung im Frühjahr 1986 von Ministerialdirigent Beyer gehaltener Vortrag zu diesem Thema. Im Vorwort zu der Broschüre heißt es von der Österreichischen Gesellschaft zur Förderung der Landesverteidigung: „Ein Blick über die Grenzen bietet die Möglichkeit, auch die eigenen Zielvorstellungen und Konzepte zu bewerten und einzuordnen.“

„Die Österreichische Gesellschaft zur Förderung der Landesverteidigung bezweckt insbesondere durch Diskussionen, Vorträge, Veröffentlichungen und Stellungnahmen die Öffentlichkeit über die Sachfragen der Österreichischen Landesverteidigung zu informieren, die Lösung dieser Fragen anzuregen und vorzubereiten, die staatsbürgerliche politische Diskussion im allgemeinen zu fördern, um den Willen zum Widerstand gegen Bedrohung der österreichischen Demokratie zu wecken und zu stärken.“ – So stellt sich die Gesellschaft in der Broschüre den Lesern vor.

„Vorsorge wäre ohne das Engagement zum Scheitern verurteilt“

Aus Anlaß des „Tages des Helfers“ gab Bremens Innensenator Volker Kröning einen Senatsempfang im Bremer Rathaus. Dabei zeichnete er auch Helfer aus, die seit 25 Jahren ehrenamtlich im Katastrophenschutz oder im Rettungswesen tätig

sind. In seiner Ansprache führte Senator Kröning unter anderem aus:

„In den letzten Jahren haben wir beim Tag des Helfers unsere Dankbarkeit darüber ausgedrückt, daß wir – zumindest in unserem Bundesland und seiner näheren Umgebung – von großen Katastrophen verschont geblieben waren. In diesem Jahr bleibt eine solche Feststellung im Halse stecken. Daß der Reaktorunfall in der Ukraine für uns in Deutschland keine Katastrophe im Sinne des Gesetzes war, kann unsere Betroffenheit nicht verringern!

Betroffen sind wir in erster Linie von den noch gar nicht absehbaren, erst in irgendeiner Zukunft zutage tretenden Folgen für die Menschen – auch die noch nicht geborenen Menschen –, wobei die Ungewißheit darüber, bei wem und wie vielen von uns und unseren Nachkommen sich Spätfolgen einstellen werden, sich durch Naturwissenschaft und Statistik nicht zerstreuen läßt, sondern eher erhöht. Betroffen waren und sind wir jedoch auch über die unmittelbaren Opfer unter der sowjetischen Bevölkerung. Diesen Menschen auf unserem gemeinsamen Kontinent, für die das Ereignis eine große Katastrophe war, fühlen wir uns verbunden – auch in der Ahnung, daß ein solches Unglück ebenso überraschend andere und uns hätte treffen können ...

Aufgrund des vielfach beschworenen Sicherheitsstandards der bei uns betriebenen Anlagen wird die Wahrscheinlichkeit einer Katastrophe wie der in Tschernobyl oder früher in Harrisburg bei uns als so gering angesehen, daß man glaubt, sie fast vernachlässigen zu können. Aber dies gilt eben nur ‚fast‘. Für das angeblich nur theoretisch denkbare Restrisiko treffen wir Vorsorge durch Katastrophenschutz-Sonderpläne ...

Auf die Notwendigkeit, mit dem Katastrophenschutz – genauer gesagt, dem Zivilschutz – auch Vorsorge für einen nicht mit Gewißheit auszuschließenden Verteidigungsfall zu treffen, habe ich oft genug hingewiesen. Doch auch hier ist vordringlich, die politischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Katastrophen nicht eintreten und Zivilschutz überhaupt sinnvoll bleibt. D. h.: Neben einer mit Hartnäckigkeit zu verfolgenden Politik der Kriegsverhütung und Friedenssicherung muß auf eine Verteidigungskonzeption hingearbeitet werden, die in einem Krieg – der extremsten Katastrophe – nicht Massen- und Lebensvernichtung schlechthin riskiert ...

Doch auch in einer Welt ohne die Gefahr von Menschen verursachter Katastrophen, deren zerstörende und vernichtende Auswirkungen alle räumlichen und zeitlichen Vorstellungen sprengen, bleiben die von Naturgewalten drohenden

und die alltäglichen Gefahren, vor denen sich der einzelne und die Gemeinschaft nicht oder nur unvollkommen schützen können. Wir wissen, daß wir immer wieder damit rechnen müssen, daß die normalerweise im Einsatz befindlichen Kräfte der Polizei und der Feuerwehr nicht ausreichen, um Hilfe zu leisten. Die Vorsorge, die wir mit großem materiellen Aufwand im Rahmen des Katastrophenschutzes treffen, wäre von vornherein zum Scheitern verurteilt ohne das Engagement der ehrenamtlichen, freiwilligen Helferinnen und Helfer ...“

Aktion „Jeder kann helfen!“

„Je besser der Rettungsdienst ausgebaut wurde, desto eher meinten die Bürger, daß ihre dem Rettungsdienst vorangehende Hilfe wohl überflüssig sei.“ – Diese Feststellung stammt von Gernot Riediger vom Bundesministerium für Verkehr in Bonn. Die Erkenntnis, daß eine schnelle und richtige Erste Hilfe oft die entscheidende Rolle für das Überleben von Unfallopfern spielt, hat mehrere engagierte Gruppen dazu ermutigt, eine bundesweite Aktion unter dem Motto „Jeder kann helfen!“ durchzuführen.

Die Schirmherrschaft dieser Aktion hat Hannelore Kohl, Präsidentin des Kuratoriums ZNS für Unfallverletzte mit Schäden des Zentralen Nervensystems e. V. Weiter sind an dieser Aktion beteiligt der Deutsche Verkehrssicherheitsrat, die DBV + Partner Versicherung (Deutsche Beamten Versicherung), der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften, der Bundesminister für Verkehr und die Bundesvereinigung der Arbeitsgemeinschaften Notärzte Deutschland.

Mit der Aktion „Jeder kann helfen!“, die seit Frühjahr 1986 läuft und auch in diesem Jahr fortgeführt wird, soll die Bedeutung der Ersten Hilfe durch den Laienhelfer stärker in das Bewußtsein der Bevölkerung gerückt werden. Die Bevölkerung soll motiviert werden, die entsprechenden Kenntnisse in der Ersten Hilfe zu erlernen bzw. immer wieder aufzufrischen und ihre Hemmschwellen abzubauen.

Um diese Ziele zu erreichen, soll die Bevölkerung Gelerntes auffrischen und sich Neues mit leicht erinnerbaren Faustregeln einprägen: Aus diesem Grunde haben die Partner der Aktion „Jeder kann helfen!“ zahlreiche Medien und Maßnahmen eingesetzt. So gibt es z. B. die Broschüre „Notfall – was tun? Jeder kann helfen!“ in einer Auflage von 1,3 Millionen, in der die Leser mit Notfallsituationen und Grundregeln der Ersten Hilfe konfrontiert werden. Weiterhin gibt es Fragestunden mit Tele-

fon-Service in zwölf Städten mit Beteiligung von Notärzten, die Tips, Hinweise und Ratschläge für die Bevölkerung geben. Ein Städtewettbewerb in 47 Städten, Fragestunden und Berichterstattung in Rundfunk und Fernsehen – breit gefächert sind die Medien und Maßnahmen, die im Rahmen der Aktion „Jeder kann helfen!“ eingesetzt werden.

Jeder kann jeden Tag in seinem Lebenskreis mit einem Notfall konfrontiert werden – und jeder kann helfen, wenn er die Hilfe gelernt hat. Die bestehende Rettungskette kann durch den im Notfall hilffähigen Bürger verstärkt werden.

Aktuelle Termine

Die Katastrophenschutzschule des Bundes führt ab Januar 1987 wieder kostenlose Fachseminare über Baulichen Zivilschutz durch. Diese Seminare richten sich sowohl an Mitarbeiter der Bauverwaltung, als auch in besonderem Maß an Architekten und Bauingenieure aus der Bauwirtschaft, die im Schutzraumbau tätig sind oder in Zukunft Aufgaben aus diesem Bereich übernehmen.

Die Seminare, die jeweils eine Woche dauern, sind zweistufig aufgebaut. In dem Grundlagenseminar werden im wesentlichen die administrativen und technischen Grundlagen des Baulichen Zivilschutzes behandelt; so beispielsweise alle technischen Richtlinien und Förderrichtlinien auf dem Gebiet des Schutzraumbaus. In einem Aufbau-seminar können die Teilnehmer praxisorientiert an Übungsbeispielen planen und im Rahmen einer Exkursion beispielhafte Anlagen des baulichen Zivilschutzes besichtigen.

Neu ist die geplante Hereinnahme eines zweitägigen Kurzseminars in das Lehrgangsprogramm, um gerade freiberuflich Tätigen eine Teilnahme zu ermöglichen. Die Durchführung dieser Kurzseminare hängt allerdings von der Zahl der Interessenten ab.

Die Seminarteilnahme ist bei allen Seminaren kostenlos, es werden darüber hinaus Reisekosten nach den Bestimmungen des Bundesreisekostenrechts (Tagegeld, Übernachtungskosten) gewährt. Die Seminare finden alle im Bundesamt für Zivilschutz, Bonn-Bad Godesberg, statt.

Anmeldungen, Termine und nähere Informationen

Katastrophenschutzschule des Bundes
– Fachbereich ZS –
Ramersbacher Straße 95
5483 Bad Neuenahr-Ahrweiler
Telefon: 0 26 41/3 81-1
Telex: 861 811 KSB AW d

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesamt für Zivilschutz ist an der Katastrophenschutzschule des Bundes – Außenstelle Hoya – die Stelle

einer Ausbilderin / eines Ausbilders

für den Bereich des Instandsetzungsdienstes zu besetzen.

Die Ausbilderin/der Ausbilder soll ehren- und hauptamtlich im Katastrophenschutz mitwirkende Erwachsene über den Bereich der Instandsetzungsarbeiten an Abwasser- und Versorgungsleitungen (Elektro, Gas und Wasser) praktisch und theoretisch unterrichten.

Bewerben können sich Personen, die über den Meisterbrief im Elektroinstallationshandwerk verfügen. Kenntnisse aus den Bereichen der Kabel- und Freileitungstechnik, der Erwachsenenbildung und des Katastrophenschutzes sind von Vorteil.

Wir würden es begrüßen, wenn sich durch diese Ausschreibung insbesondere auch Frauen angesprochen fühlen.

Nach der sechsmonatigen Probezeit bieten wir eine Eingruppierung nach Verg.-Gr. Vc des Bundesangestelltentarifvertrages mit der Möglichkeit eines Bewährungsaufstieges nach Verg.-Gr. Vb BAT.

Bewerbungen sind unter Kennzahl A 1 / 87 bis zum 10. März 1987 an das

Bundesamt für Zivilschutz Deutscherherrenstraße 93, 5300 Bonn 2

zu richten. Verspätet eingehende Bewerbungen können nicht berücksichtigt werden.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesamt für Zivilschutz, einer Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern, sind in der Katastrophenschutzschule des Bundes in 5483 Bad Neuenahr-Ahrweiler Stellen als

Fachlehrerin / Fachlehrer

der Fachgebiete ABC-Schutz, Brandschutz, Bergung, Einsatztaktik und Stabsarbeit zu besetzen.

Geboten wird entsprechend den Bestimmungen über die Absenkung der Eingangsvergütung im öffentlichen Dienst die Eingruppierung nach Verg.-Gr. IVa/IV b BAT mit der Möglichkeit eines Bewährungsaufstieges nach Verg.-Gr. III BAT.

Berücksichtigung können Personen finden, die über ein einschlägiges, abgeschlossenes Fachhochschulstudium der Ingenieur- oder Naturwissenschaften oder gleichwertige Fähigkeiten und Erfahrungen verfügen.

Kenntnisse aus dem Bereich der Erwachsenenbildung und/oder des Zivilschutzes sind von Vorteil.

Wir würden es begrüßen, wenn sich durch diese Ausschreibung insbesondere auch Frauen angesprochen fühlen.

Ihre Bewerbungen richten Sie bitte bis zum 28. Februar 1987 unter der Kennzahl A 56/86 an das

Bundesamt für Zivilschutz Postfach 20 08 50, 5300 Bonn 2

Verspätet eingehende Bewerbungen können nicht berücksichtigt werden.

Parlamentarischer Staatssekretär Carl-Dieter Spranger würdigte die Arbeit des BVS

„Umfassende Notfallvorsorge ist jetzt erforderlich“

Ausbau des Zivil- und Katastrophenschutzes soll auch weiterhin vorangetrieben werden – 500 000 Schutzplätze sind im Bau

Um die „Bedeutung der Arbeit, die von den haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern des Bundesverbandes für den Selbstschutz geleistet wird, zu würdigen“, besuchte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Carl-Dieter Spranger, im Dezember die Bundeshauptstelle des BVS in Köln. Im Rahmen dieses Besuches hatten die Geschäftsleitung, der Hauptpersonalrat, der Hauptvertrauensmann der Schwerbehinderten, der Bundeshelfervertreter und der Personalrat der Bundeshauptstelle Gelegenheit, ihre Anliegen dem Staatssekretär vorzutragen.

Bevor eine Pressekonferenz den dreistündigen Besuch des Staatssekretärs beendete, nahm Carl-Dieter Spranger die Gelegenheit wahr, zu den Mitarbeitern des BVS zu sprechen und mit ihnen zu diskutieren, sowie sich einen umfassenden Eindruck zu verschaffen über die Mittel, die der BVS in seiner Öffentlichkeitsarbeit einsetzt. Eine der vier fahrbaren Zivilschutz-Ausstellungen (FZA) mit dem neuen Rundzelt war vor der Bundeshauptstelle aufgebaut worden; ein Informationsstand, Selbstschutzgeräte sowie eine Demonstration aus dem Selbstschutz-Grundlehrgang wurden ebenfalls vom Staatssekretär begutachtet. Er ließ es sich nicht nehmen, selbst das Ablöschen brennender Kleidung an der Brandübungspuppe auszuprobieren und sich am Frage-Antwort-Spiel im Rahmen der BVS-Ausstellung zu beteiligen.

Dank an BVS für Arbeit und Engagement

In Begleitung des Parlamentarischen Staatssekretärs waren Regierungsdirektor



Die „besten Grüße des Bundesinnenministers“ überbrachte Carl-Dieter Spranger den Mitarbeitern des BVS.

Fock, Regierungsdirektor Wurm und Oberregierungsrat Steinkemper, alle aus dem Bundesministerium des Innern.

Der Direktor des Bundesverbandes für den Selbstschutz, Helmut Schuch, begrüßte die Gäste und verließ seiner Freude darüber Ausdruck, daß durch den Besuch des Staatssekretärs die Möglichkeit gegeben sei, „im kleinen und im erweiterten Kreis Gespräche über Probleme zu führen und zu sagen, wo der Schuh drückt“.

Carl-Dieter Spranger überbrachte die Grüße des Bundesinnenministers und trug sein „wichtigstes Anliegen“ vor: Er dankte

den Mitarbeitern und Helfern des BVS für ihre Arbeit und anerkannte auch im Namen „der politischen Führung des BMI“ das Engagement für den Selbstschutz, den Zivil- und Katastrophenschutz: „Dies ist ein Thema, wie es im Augenblick nicht aktueller sein kann. Eine Reihe größerer, grenzüberschreitender Unfälle, durch die die Menschen in unserem Land und unsere Umwelt betroffen wurden, hat ein Schlaglicht auf den Katastrophen- und Zivilschutz geworfen. Ich glaube, alle Bürger spüren jetzt sehr deutlich, wie wichtig, ja unverzichtbar eine gute ausgebaute Vorsorge gegen Katastrophengefahren für unser Land ist.“



Oben: Begrüßung des Gastes: (v. r. n. l.) der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Carl-Dieter Spranger, BVS-Direktor Schuch und BVS-Abteilungspräsident Dr. Wolfgang Brunkow.

Oben rechts: Im Gespräch mit dem Bundeshelfervertreter Jürgen Grabke (rechts).



„Brennend aktuelle Frage der Gefahrenvorsorge“

Weiter meinte der Staatssekretär, daß es in der Vergangenheit schwierig gewesen sei, in der Öffentlichkeit für den Gedanken des Zivilschutzes zu werben und die Menschen von der Notwendigkeit einer gemeinsamen Gefahrenvorsorge von Staat und Bürgern zu überzeugen: „Gleichgültigkeit gegenüber diesem wichtigen Gemeinschaftsinteresse schien oftmals die Devise. Information war nicht gefragt und die Ihnen gestellte Aufgabe der Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung zum Katastrophen- und Zivilschutz in weiten Teilen der Bevölkerung ein ungeliebtes Stiefkind.

Das ist jetzt anders geworden. Niemand, der verantwortlich für seine Familie und für

Unten: Der Leitende Verwaltungsdirektor Heinz Gesert (rechts) erklärte dem Staatssekretär die Mittel der BVS-Öffentlichkeitsarbeit.

Unten rechts: Carl-Dieter Spranger legte selbst Hand an beim Ablöschen brennender Kleidung – eine Demonstration aus dem BVS-Selbstschutz-Grundlehrgang.

unser gemeinsames demokratisches Gemeinwesen denkt, kann künftig an der brennend aktuell gewordenen Frage der Gefahrenvorsorge mit einem Achselzucken vorübergehen. Dieses Thema steht jetzt ganz oben auf der Tagesordnung.“

Zivilschutz zur Lebensrettung und Schadensabwendung bei friedensmäßigen Katastrophen

Die Notwendigkeit des Zivilschutzes auch in Friedenszeiten machte der Gast des BVS deutlich an Beispielen jüngster Vergangenheit: „Spätestens seit Seveso, Bophal, Tschernobyl und jetzt mit der Vergiftung des Rheins ist deutlich geworden, daß Gefahren für Mensch und Umwelt aus fremden Ländern in unser Land eindringen, ohne daß dies im geringsten etwas mit einem bewaffneten Konflikt zu tun hat.

So ist auch in der Vergangenheit der Zivilschutz zur Lebensrettung und Schadensabwendung bei Hochwasser-, Sturm- oder Schneekatastrophen, bei Explosionen, Großbränden oder Erdbeben zum Einsatz gekommen. Diese Ereignisse haben zugleich auch die Notwendigkeit unterstrichen, den Katastrophen- und Zivilschutz weiter auszubauen, um die im Frieden denkbaren großflächigen Schadensereignisse, z. B. Industrieunfälle, zu bewältigen.

Wie sehr dies in das Bewußtsein unserer Bevölkerung gerückt ist, haben Sie selbst durch die starke Nachfrage der Menschen bei uns nach Information und Aufklärung im Zusammenhang mit den großflächigen Schadensereignissen erfahren.

Es kommt daher jetzt darauf an, den Bürgern unseres Landes ein gesamtstaatliches Hilfeleistungssystem zur Verfügung zu stellen, das nicht auf seine Bewährungsprobe in einem imaginären hoffentlich nie eintretenden Verteidigungsfall wartet, sondern heute seine Leistungsfähigkeit unter Beweis stellt.

Diese Hilfe dient zugleich für den unwahrscheinlichen Fall, daß unser Land in einen bewaffneten Konflikt hineingezogen werden sollte.“

Ausbau des Katastrophen- und Zivilschutzes

Im Verlaufe seiner weiteren Ausführungen sagte der Parlamentarische Staatssekretär:

„Umfassende Notfallvorsorge ist jetzt erforderlich. Die Bundesregierung hat dazu große Anstrengungen unternommen und den Ausbau des Katastrophen- und Zivilschutzes in den letzten Jahren vorangetrieben. Dies war angesichts der angespannten Haushaltslage sicherlich nicht einfach.





Gang durch die BVS-Ausstellung „Zivilschutz mit dem Bürger – für den Bürger“: Direktor Schuch (Mitte) erläutert die einzelnen Ausstellungselemente.



Der Staatssekretär an der Telefonbar in der Ausstellung.



Eintragung in das Gästebuch der FZA Niedersachsen: „Mit allen guten Wünschen für den BVS und seine Mitarbeiter.“



Dank an den Leiter der FZA Niedersachsen, Schöffler, für die sachkundige Führung durch die Ausstellung.

Während in den 70er Jahren und Anfang der 80er Jahre die Steigerungsraten bei den Aufgaben des Bundes für den Zivilschutz unter den Steigerungsraten des Gesamthaushalts lagen, liegen die Steigerungsraten für den Zivilschutz seit 1983 trotz des Konsolidierungskurses der Bundesregierung deutlich darüber.

Die Bundesregierung ist fest entschlossen, diesen zukunftsorientierten Kurs fortzusetzen. So beträgt die Steigerungsrate des Gesamthaushalts in diesem Jahr 1,6%, die des Zivilschutzes hingegen 3,9%. Im nächsten Jahr werden die Ausgaben für den Zivilschutz knapp 770 Mio. DM betragen. Das ist ein Mehr von 4,6%.

Intensive Förderung des Schutzraumbaus

Besondere Schwerpunkte, die von dieser Entwicklung profitiert haben, wurden von Spranger ebenfalls genannt. Dazu gehört z. B. der verstärkte Ausbau des erweiterten Katastrophenschutzes. Im Rahmen eines bis zum Jahre 1990 reichenden Konsolidierungsprogramms werden über 10 000 neue Spezialfahrzeuge für den Katastrophenschutz angeschafft. Das Gesamtvolumen dieses Programms hat einen Umfang von 1,1 Mrd. DM.

Weiter gehört die intensive Förderung des Schutzraumbaus zu den Schwerpunkten. Von „krassen Versäumnissen der Vergangenheit“ spricht Spranger, da derzeit „in der Bundesrepublik Deutschland im Durchschnitt nur für 3,3% unserer Bürger, oder anders ausgedrückt nur für jeden 30. Mitbürger ein Schutzplatz zur Verfügung steht“. Die Bundesregierung sei – so der Staatssekretär – fest entschlossen, die Lage zum Besseren zu wenden. Seit dem Regierungswechsel 1982 habe die Bundesregierung ihre Ausgaben für Schutzbauten von ca. 58 Mio. DM im Jahre 1981 auf knapp 113 Mio. DM im Jahre 1986 verdoppelt. Bis 1990 seien in der mittelfristigen Finanzplanung eine weitere Steigerung auf knapp 130,5 Mio. DM vorgesehen. Schutzräume mit über 500 000 Schutzplätzen seien zur Zeit im Bau bzw. in der Planung und würden bis 1990 fertiggestellt.

Warndienst, Trinkwassernotversorgung und Krisenmanagement

Weitere Schwerpunkte beim Ausbau des Zivil- und Katastrophenschutzes durch die Bundesregierung nannte Spranger wie folgt:

„Der Warndienst gab nach Tschernobyl erste wichtige Hinweise zur radioaktiven Belastung in unserem Lande. Bis Ende 1987 wird das Meßnetz im Rahmen eines flä-



Während der Pressekonferenz in der Bundeshauptstelle des BVS.

(Fotos: Sers)

chendeckenden Meßnetzes für das gesamte Bundesgebiet umfassend ausgebaut. Dann werden 1 500 moderne Meßsonden installiert sein.

Die Trinkwassernotversorgung wird forciert. 1986 sind für Verbundleitungen und Notbrunnen allein 6,4 Mio. DM vorgesehen. Die Planungen sehen vor, daß für alle Bürger eine Notwasserversorgung vorhanden ist. Gegenwärtig reichen die Maßnahmen für die Versorgung von gut einem Drittel unserer Bevölkerung.

Nicht zuletzt als Konsequenz der Erkenntnisse der jüngsten Zeit wird ein Krisenmanagement mit einer Koordinierungsstelle auf Bundesebene eingerichtet und der Abschluß bilateraler Abkommen zur grenzübergreifenden Katastrophenhilfe auch mit den Ländern des Ostblocks, wie z. B. der CSSR und der DDR, mit Nachdruck angestrebt.

„Wir brauchen die Mitwirkung unserer Bürger“

Die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Arbeit des Bundesverbandes für den Selbstschutz unterstrich der Staatssekretär:

„Dies alles zeigt, wie wesentlich die Ihnen gestellte Aufgabe der Information und Aufklärung der Bevölkerung zum Katastrophen- und Zivilschutz ist. Wir brauchen die Mitwirkung und das Vertrauen unserer Bürger. Ohne das können wir die dringlichen Maßnahmen zur Gefahrenvorsorge nicht umsetzen.“

Ihrer Arbeit liegt dazu ein umfassendes Ausbildungs- und Informationsprogramm zugrunde, das Millionen unserer Mitbürger erreicht. Stellvertretend für vieles möchte ich hier nur auf die zahlreichen Lehrgänge, Ausstellungen, Filme, Broschüren und persönlichen Beratungen der Bürger verweisen.

Enge und fruchtbare Zusammenarbeit

In diesen Tagen ist von Herrn Bundesminister Dr. Friedrich Zimmermann, der mich gebeten hat, Ihnen seine herzlichen Grüße auszurichten, die neue Broschüre zum Katastrophen- und Zivilschutz „Sicherer leben“ der Öffentlichkeit vorgestellt worden.

Diese moderne Broschüre, die jedem Interessierten einen plastischen Überblick und handfestes Wissen zum Katastrophen- und Zivilschutz vermittelt, ist von Ihnen ganz wesentlich miterarbeitet und gestaltet worden. Ganz maßgeblich beteiligt sind Sie auch an der gemeinsam mit den Beteiligten in Bund und Ländern, den Hilfsorganisationen und kommunalen Spitzenverbänden gebildeten Arbeitsgemeinschaft zur Öffentlichkeitsarbeit, deren Aufgabe es ist, aufgrund der Erkenntnisse aus den Großschadensereignissen der letzten Zeit Vorschläge für eine verbesserte Information zum Katastrophen- und Zivilschutz zu erarbeiten. Dies alles ist, wie ich meine, ein Zeichen für die sehr enge und fruchtbare Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit, die uns während der letzten Jahre in der gemeinsamen Arbeit miteinander verbunden hat.

Vorbildlicher Einsatz

Dies gilt in ganz besonderem Maße auch für die vielen Mitarbeiter und die Tausenden von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern draußen im Lande. Sie setzen sich Tag für Tag in unmittelbarem Kontakt mit dem Bürger, in den Gemeinden, bei den Behörden und Betrieben für die Belange des Selbstschutzes ein. Ich weiß aus persönlicher Erfahrung um Ihren vorbildlichen Einsatz und Ihre beispielhafte enge Verbundenheit mit der Sache.

Diese von Gemeinschaftssinn geprägte Einstellung bildet eine wichtige Keimzelle

unseres demokratischen Gemeinwesens. Dafür gebührt Ihnen unser aller Dank und Anerkennung.

Die Bundesregierung ist fest entschlossen, den Katastrophen- und Zivilschutz als Grundlage unserer Sicherheit weiter zu verstärken und auszubauen. Ich bin sicher, daß uns dies mit der Unterstützung der großen Mehrheit unserer Bürger auch gelingen wird. Dazu möchte ich Sie, Herr Schuch, und Ihre Mitarbeiter und Helferinnen und Helfer weiterhin um Ihre unverzichtbare, enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit bitten.

Ich wünsche Ihnen bei Ihrer verantwortungsvollen Aufgabe viel Freude und Erfolg und für die Zukunft alles Gute.“

Großes Interesse an BVS-Öffentlichkeitsarbeit

In einer anschließenden kurzen Aussprache kamen verbandsspezifische Anliegen zur Sprache.

Carl-Dieter Spranger nahm sich die Zeit, sich die Mittel anzusehen, die in der BVS-Öffentlichkeitsarbeit zum Einsatz kommen. Leitender Verwaltungsdirektor Heinz Gessert, als Leiter der Fachabteilung im Bundesverband für den Selbstschutz auch für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig, führte den Gast zunächst zum BVS-Informationsstand, wo auch taktische Szenen aus dem Selbstschutz-Grundlehrgang gezeigt wurden, wie z. B. das Ablöschen brennender Kleidung an der Brandübungspuppe.

Der Leiter der FZA-Niedersachsen, Joachim Schöffler, nahm anschließend die Führung durch die BVS-Ausstellung „Zivilschutz mit dem Bürger – für den Bürger“ im neuen BVS-Rundzelt vor. Der Parlamentarische Staatssekretär zeigte sich sehr interessiert und war angetan von den modernen Ausstattungs-elementen. Mit einem persönlichen Dank trug sich Spranger in das Gästebuch der FZA ein: „Mit allen guten Wünschen für den BVS und seine Mitarbeiter.“

„Sorgfältige Behandlung“

Nach einer Pressekonferenz, in der er die Vertreter der Medien um eine stets „sorgfältige Behandlung des Zivilschutzes als eine der humansten Aufgaben“ bat, verabschiedete sich Carl-Dieter Spranger.

Die „Gunst der Stunde“ wurde auch am Nachmittag des Besuchstages genutzt: BVS-Info-Stand und die FZA wurden von Mitarbeitern der Firmen und Behörden besucht, die sich in unmittelbarer Nähe der BVS-Bundeshauptstelle befinden. So konnten auch sie sich einen Eindruck verschaffen von dem vielfältigen Aufgabenbereich des Bundesverbandes für den Selbstschutz. boe

Verhandlungen der Bundesrepublik Deutschland
mit dem Königreich der Niederlande und der Republik Österreich

Gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen

Vertragsunterzeichnungen sollen in Bonn stattfinden

Anfang November hat in Den Haag die erste Verhandlung mit dem Königreich der Niederlande über den Abschluß eines bilateralen Hilfeleistungsabkommens stattgefunden. Mit der Republik Österreich wurde über ein entsprechendes Abkommen in Bonn verhandelt.

Das Verfahren zum Abschluß eines bilateralen Hilfeleistungsabkommens mit den Niederlanden war relativ zeit- und arbeitsaufwendig, als die Niederlande einen eigenen Vertragsentwurf präsentierten. In der Verhandlungsrunde in Den Haag konnte nunmehr Übereinstimmung in allen Sachfragen erreicht werden.

Der deutschen Delegation gehörten an: Ministerialdirigent Beyer (Abteilungsleiter ZV), Ministerialrat Dr. Andrews (Leiter Arbeitsgruppe ZV 2), Oberregierungsrat Barthel (ZV 2) und Ministerialrat Dr. Middelhoff (Innenministerium Nordrhein-Westfalen).

Verhandlungsführer der niederländischen Delegation war der Generaldirektor für öffentliche Ordnung und Sicherheit im Ministerium des Innern der Niederlande, de Graaf.

Vertragsunterzeichnung in Bonn

Folgende Punkte bilden den wesentlichen Inhalt des Abkommens:

- Festlegung von Ansprechpartnern für die Anforderung und Auslösung von Hilfemaßnahmen
- Befreiung des grenzüberschreitenden Personen- und Warenverkehrs von den üblichen Formalitäten bei Grenzübertritt einer Hilfsmannschaft
- grundsätzlicher gegenseitiger Kostenverzicht für die Hilfeleistung
- wechselseitiger Verzicht auf Entschädigungsansprüche für Vermögensschäden,

den, die im Zusammenhang mit der Erfüllung des Hilfeersuchens entstehen

- vorsorgliche Übermittlung von Informationen und Meßdaten über Gefahren und Schäden, die sich auch auf das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei auswirken können.

Im Gegensatz zu den anderen Hilfeleistungsabkommen bestanden die Niederländer darauf, den Kostenverzichtsgrundsatz in bestimmten Fällen durch Sondervereinbarungen einzuschränken. Die deutsche Seite vertrat den Standpunkt, daß Sonderregelungen allenfalls im Kompromißwege dann akzeptiert werden könnten, wenn sie vor einer Hilfeleistung geschlossen worden seien. Die Niederländer haben diesem Kompromiß zugestimmt.

Wenn der vereinbarte Vertragstext in deutscher und niederländischer Sprache erstellt ist, soll die Vertragsunterzeichnung in Bonn vollzogen werden.

Rechtliche Voraussetzung für gegenseitige Hilfeleistung geschaffen

Zum Abschluß eines deutsch-österreichischen Hilfeleistungsabkommens fand in Bonn die zweite Verhandlungsrunde statt, an der Ministerialdirigent Beyer (Abteilungsleiter ZV), Ministerialrat Dr. Andrews (Leiter Arbeitsgruppe ZV 2) sowie Präsident Hinrich Struve (Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes) teilnahmen. Die österreichische Delegation wurde geleitet von Sektionschef Dr. Arnim Hermann, Leiter der Sektion II im Bundesministerium für Inneres, Wien.

Die Verhandlungen wurden auf der Grundlage des Abkommens zwischen der Bun-

desrepublik Deutschland und der schweizerischen Eidgenossenschaft über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen geführt, das am 28. November 1984 in Bern unterzeichnet worden ist.

Damit sind auch im Verhältnis zur Republik Österreich die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen für die gegenseitige Hilfeleistung geschaffen worden. Nach den ebenfalls erfolgreichen Verhandlungen mit den Niederlanden ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in diesem Bereich mit allen Nachbarstaaten außer der DDR und der CSSR geregelt. Zur CSSR sind bereits erste Kontakte aufgenommen worden.

Erleichterungen werden schon jetzt wirksam

Das Ministerium für Inneres der Republik Österreich wird unverzüglich die Abstimmung mit den österreichischen Bundesländern vornehmen. Alsdann wird das dortige Außenministerium zu einer offiziellen Abschlußverhandlung nach Wien eingeladen. Beide Vertragsparteien sind sich jedoch darüber einig, daß der Abkommensentwurf schon heute Anwendung finden soll, wenn von einem der beiden Länder Katastrophenhilfe angefordert wird. Die Erleichterungen des Vertrages werden schon jetzt wirksam. Dazu gehören u. a.:

- Festlegung bestimmter Ansprechpartner auf beiden Seiten
- Erleichterung des grenzüberschreitenden Personen- und Warenverkehrs
- Verzicht auf Kostenerstattung
- Haftungsausschluß bei Personen- oder Sachschäden
- Intensivierung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Ausbildung
- Austausch von Meßdaten bei radiologischen Störfällen und chemischen Unfällen

Die Vertragsunterzeichnung soll – so ist beabsichtigt – ebenfalls in Bonn stattfinden.

„Internationale Zusammenarbeit ist unverzichtbar“

Als „Ausdruck und Ausfluß des grundsätzlichen historisch gewachsenen, freundschaftlichen Verhältnisses zwischen unseren beiden Staaten“ bezeichnete der Parlamentarische Staatssekretär Spranger die derzeit laufenden Gespräche über ein deutsch/österreichisches Katastrophenhilfeabkommen. Während eines Abendessens zu Ehren der österreichischen Delegation hielt der Staatssekretär eine Ansprache, in der er u. a. auch auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit einging. „Der Reaktorunfall

in Tschernobyl hat offensichtlich auch in diesen Staaten das Bewußtsein dafür geweckt, daß eine internationale Zusammenarbeit bei großflächigen Risiken unverzichtbar ist und daß die Politik der totalen Informationssperre der Vergangenheit angehören muß."

Weiter sagte Staatssekretär Spranger: „Es ist zuweilen die Frage gestellt worden, wozu Abkommen schließen, wenn in der Praxis die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auch ohne formelle Vereinbarung zufriedenstellend läuft. Diese Betrachtungsweise ist mir zu eng. Sie erfaßt nicht den Sinn und Zweck derartiger Hilfeleistungsabkommen. Zum einen treffen diese Vereinbarungen eine Reihe von Regelungen, durch die in der Tat die Hilfe künftig schneller und effizienter geleistet werden kann. Ich denke hierbei an die Festlegung bestimmter zuständiger Ansprechpartner

auf beiden Seiten, die dann auch in Normalzeiten miteinander in Verbindung stehen werden. Wichtig ist auch der Verzicht auf jegliche Formalitäten im grenzüberschreitenden Personen- und Warenverkehr. Das gleiche gilt für die Regelungen über den Kostenverzicht und den Haftungsausschluß. Dadurch wird die Entscheidung über ein Hilfeleistungsgesuchen von allen Problemen entlastet, die normalerweise vorher zu bedenken wären.

Abgesehen von diesen taktischen Konsequenzen, dürfte es eine gesicherte Erkenntnis sein, daß sich die gutnachbarlichen Beziehungen zwischen zwei Staaten unter dem gemeinsamen Dach einer bilateralen Vereinbarung ganz allgemein besser und kontinuierlicher entwickeln. Damit erhält dieser Vertrag auch eine gewichtige politische Dimension, die wir hoch einschätzen. Weil das so ist, sind wir auch bestrebt, die

Hilfeleistungsabkommen, die wir mit unseren Nachbarstaaten schließen, mit Leben zu erfüllen, sie nicht nur im Katastrophenfalle wirksam werden zu lassen. Sie sollen auch helfen, die bilaterale Zusammenarbeit in der Zeitspanne zwischen den relativ selten vorkommenden Katastrophenereignissen zu intensivieren. Zu diesem Zweck haben wir den Nachbarstaaten vorgeschlagen, Durchführungsvereinbarungen zum Hilfeleistungsabkommen zu schließen, die u. a. auch den Austausch von Informationen, gemischte Expertentagungen, gemeinsame Übungen und Ausbildungsveranstaltungen vorsehen. Auch hier haben wir wiederum zuerst mit der Republik Frankreich eine Durchführungsvereinbarung geschlossen. Entsprechende Verhandlungen mit Belgien und Luxemburg sind eingeleitet worden und haben in diesen Ländern eine positive Reaktion gefunden."

Katastrophenschutzzentrum der Stadt Oldenburg eingeweiht

Gemeinsame Ressourcennutzung von Bund und Ländern

Hohen Stellenwert des Katastrophen- und Zivilschutzes zum Ausdruck gebracht

Nach vierjähriger Bauzeit wurde im Oktober das Katastrophenschutzzentrum der Stadt Oldenburg offiziell eingeweiht. Vertreter des Bundes, des Landes Niedersachsen, der Katastrophenschutzschulen, des Bundesamtes für Zivilschutz, der im Katastrophenschutz tätigen Hilfsorganisationen, der Stadt und des Landkreises Oldenburg, der Polizei, Bundeswehr und der ARKAT waren gekommen, um an der offiziellen Feierstunde, aber auch an dem sich anschließenden „Tag der offenen Tür“ teilzunehmen.

Zahlreiche Bürger nutzten die Gelegenheit, das Katastrophenschutzzentrum, das in mehreren Bauabschnitten ausgebaut worden ist, zu besichtigen. Geräte und Fahrzeuge des Katastrophenschutzes wurden vorgeführt und die Helfer der verschiedenen Organisationen gaben durch Vorführungen Einblick in ihre Arbeit. Auch der Bundesverband für den Selbstschutz informierte die interessierte Bevölkerung.

Ministerialdirigent Wolfgang Beyer, Leiter der Abteilung Zivile Verteidigung des Bundesministers des Innern, hielt im Rahmen der Feierstunde anlässlich der Einweihung des Katastrophenschutzzentrums der Stadt Oldenburg eine Ansprache, in der er zum Ausdruck brachte, daß die Verantwortlichen in Bund, Land und Kommunen den Aufgaben des Katastrophen- und Zivilschutzes große Bedeutung beimessen.

Wörtlich sagte Ministerialdirigent Wolfgang Beyer:

„Feinsinnige Unterscheidungen zwischen Zivilschutz auf der einen und Katastrophenschutz auf der anderen Seite mögen in den Beziehungen zwischen Bund und Länder, für Finanzierungsfragen und für juristische Seminare eine Bedeutung haben. Nach unserer Auffassung ist der Staat verpflichtet, seine Bürger vor Gefahren zu schützen bzw. dem Bürger bei der Schadensabwehr zu helfen. Einem Verletzten ist es gleichgültig,

ob er durch eine Straftat, bei einer Naturkatastrophe, einem Unglücksfall oder einem hoffentlich nie mehr vorkommenden bewaffneten Konflikt verletzt wurde. Er kann mit Recht verlangen, daß ihm hier und jetzt geholfen wird. Dieser humanitäre Aspekt der Hilfe für unsere Mitmenschen im Frieden steht bei allen unseren Überlegungen eindeutig im Vordergrund.

Es ist das Ziel der Bundesregierung, durch politisches Handeln den Frieden in Freiheit kurzfristig für weitere 40 Jahre zu bewahren und mittel- und langfristig für immer sicherzustellen. Zivil- und Katastrophenschutz waren und werden deshalb auch künftig in erster Linie ein einheitliches, sich gegenseitig ergänzendes Hilfeleistungssystem von Bund und Ländern mit Bewährungsproben im Frieden bleiben.

Der Bund hat bereits im Jahre 1968 sicher gestellt, daß die Einheiten und Einrichtungen des Zivilschutzes dem Katastrophenschutz der Länder zur Gefahrenabwehr zur Verfügung stehen. Beide sind zusammen immer wieder zur Lebensrettung und Schadensbekämpfung bei Hochwasser-, Sturm- und Schneekatastrophen, bei Ölverschmutzungen sowie Großbränden eingesetzt worden. Vom Meßstellennetz des Warndienstes kamen nach dem sowjetischen Reaktorunfall die ersten wichtigen Informationen über das Eindringen von Radioaktivität in unser Land.

Tschernobyl hat aber auch deutlich gemacht, daß der weitere Ausbau des Zivil- und Katastrophenschutzes notwendig ist, um die im Frieden denkbaren Großschadensereignisse, wie z. B. Industrieunfälle, zu bewältigen. Das Bundeskabinett hat daher ein Arbeitsprogramm beschlossen, das ein bundeseinheitliches Vorgehen nicht nur

bei großflächiger Strahlenbelastung, sondern auch bei anderen überregionalen Gefährdungsanlagen – auch im Vorsorgebereich unterhalb der Katastrophenschwelle – ermöglicht. Zu diesem Zweck ist u. a. geplant, ein flächendeckendes Meßnetz des Bundes unter Einbeziehung des Warndienstes mit einer zentralen Datenerfassung und eine zentrale Koordinierungsstelle für länder- und grenzübergreifende Krisenfälle beim Bundesminister des Innern einzurichten. Eine bessere Ausstattung der bereits vorhandenen Einheiten des erweiterten Katastrophenschutzes soll diese in die Lage versetzen, auch Strahlenbelastungen von geringer Intensität zu messen. Ferner laufen im Bundesministerium des Innern Vorplanungen für ein Sofortprogramm, das die Aufstellung weiterer ABC-Züge und die Verbesserung der ABC-Schutzausstattung des erweiterten Katastrophenschutzes vorsieht.

Nun gibt es Stimmen, die lehnen diese Maßnahmen ganz oder teilweise mit der Begründung ab, speziell die Kernenergie sei im Grunde nicht beherrschbar. Deshalb sei ihre Nutzung nicht verantwortbar und müsse besser heute als morgen eingestellt werden. Bis dahin dürften keine Zivil- und Katastrophenschutzmaßnahmen vorbereitet, sondern müßten alle Kräfte angespannt werden, um die Kernenergie zu beseitigen. Diese Auffassung kommt der eines Arztes gleich, der heute seinen Patienten mit einem Medikament auf chemischer Basis helfen könnte, dieses aber als Gegner der Chemie ablehnt und den Patienten damit tröstet, daß in einigen Jahren wahrscheinlich ein Medikament auf pflanzlicher Basis zur Verfügung stehen werde, mit dem ihm dann geholfen werden könnte. Ich fürchte, dem Patienten wird dies schlimmstenfalls nichts mehr nützen, weil er nämlich schon vorher gestorben ist.

Für uns als Zivil- und Katastrophenschützer folgt daraus, daß wir, solange eine Gefahrenquelle existent ist, das Menschenmögliche tun müssen, um zugunsten unserer Mitbürger ein Optimum an Gefahrenvorsorge und Gefahrenabwehr zu leisten. Das gilt in dem speziellen Fall der Kernenergie um so mehr als selbst ein Abschalten der eigenen Reaktoren nichts brächte, solange „vor unserer Haustür“ genügend Reaktoren im Betriebe bleiben, die – wie Tschernobyl gezeigt hat – eine von uns nicht beeinflussbare Gefahrenquelle bedeuten. Mit Carl Friedrich von Weizsäcker möchte ich die Frage stellen, wer uns das Recht gibt, hunderte von Menschen, die geschützt einen hoffentlich nie eintretenden schweren Unfall überleben könnten, durch das Unterlassen von Schutzvorkehrungen der Gefahr von schwersten Schäden für Leib oder Leben auszusetzen. Sie als Bewohner eines Küstenlandes wissen, daß man Deiche nicht erst dann baut, wenn die Sturmflut schon begonnen hat.

Ich halte den Grundsatz gemeinsamer Ressourcennutzung von Bund und Ländern nicht nur unter politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten für außerordentlich bedeutsam. Hier wird vor allem auch soziales Engagement vieler Bürger für wichtige Aufgaben im Zivil- und Katastrophenschutz aktiviert. Grundlinie dieses, von positivem Staatsbewußtsein zeugenden persönlichen Einsatzes ist es, Leben und Gesundheit sowie Hab und Gut der Mitmenschen zu schützen. Daß die freiwilligen Helferinnen und Helfer der Feuerwehren, der Sanitätsorganisationen und des Technischen Hilfswerks jederzeit zum Einsatz für den Näch-

sten bereit sind, dafür gebührt ihnen unser aller Dank und Anerkennung. In unserer Zeit wird soviel von Bürgerinitiativen gesprochen und in den Zeitungen, dem Rundfunk und dem Fernsehen darüber berichtet.

Meines Erachtens handelt es sich bei den Helferinnen und Helfern des Katastrophenschutzes um eine der ältesten und wirkungsvollsten Bürgerinitiativen in diesem Lande. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, daß dieser unverzichtbare Schatz an Gemeinschaftssinn nicht im Verborgenen bleibt, sondern in der Öffentlichkeit die Anerkennung findet, die ihm gebührt."

STELLENAUSSCHREIBUNG

Im Geschäftsbereich des Bundesamtes für Zivilschutz, einer Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern, ist bei der

Bundesanstalt Technisches Hilfswerk Landesverband Schleswig-Holstein in Kiel

die Stelle des

Sachgebietsleiters für Öffentlichkeitsarbeit

mit einer/einem Angestellten zu besetzen.

Dem Sachgebietsleiter für Öffentlichkeitsarbeit obliegt in enger Zusammenarbeit mit dem Landesbeauftragten die Darstellung der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk in der Öffentlichkeit. Dazu gehören die Kontaktpflege zu Presse, Rundfunk, Fernsehen, Film, die Beobachtung der Publikationsorgane und die Auswertung ihrer das THW betreffenden Veröffentlichungen sowie die Verbindung zu Behörden, Organisationen und Verbänden. Darüber hinaus ist die Öffentlichkeitsarbeit der THW-Ortsverbände zu initiieren und zu unterstützen.

Der Sachgebietsleiter für Öffentlichkeitsarbeit muß Veröffentlichungen erarbeiten, das Informationsmaterial zusammenstellen und Ausstellungen durchführen.

Gesucht wird ein Mitarbeiter, der über eine journalistische Ausbildung verfügt, kaufmännische oder verwaltungsmäßige Fähigkeiten besitzt und nachweisbar in der Lage ist, die beschriebenen Aufgaben zu erfüllen.

Stehen geeignete Bewerber mit dieser Qualifikation nicht zur Verfügung, kommen auch Bewerber in Frage, die aufgrund einschlägiger Tätigkeiten gleichwertige Kenntnisse und Fähigkeiten besitzen.

Organisationstalent und Verständnis für die Belange einer humanitären Hilfsorganisation werden vorausgesetzt.

Vorbehaltlich einer endgültigen Bewertung ist eine Eingruppierung bis Vergütungsgruppe IV b BAT möglich.

Die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk würde es begrüßen, wenn sich durch diese Ausschreibung insbesondere auch Frauen angesprochen fühlten. Ihnen werden die gleichen Aufstiegschancen geboten wie Männern.

Bewerbungen mit Zeugniskopien, Lebenslauf, einer Übersicht über den schulischen und beruflichen Werdegang sowie einem Lichtbild werden bis zum 5. März 1987 (Ausschußfrist) unter Angabe der Kennzahl THW 26/86 erbeten an die

**Bundesanstalt Technisches Hilfswerk
– Leitung –
Postfach 20 08 50, 5300 Bonn 2**

Adolf Rahe

Zwei Tage im SAR-Rettungszentrum Rheine

Mit dem „Teppichklopfer“ im Einsatz

Such- und Rettungsdienst der Bundeswehr ist integriert in das Luftrettungs-System der Bundesrepublik – Oft Einsätze an der Grenze des Möglichen

„Allzeit bereit“, so steht es auf dem Staffelabzeichen des Hubschrauber-Transportgeschwaders (HTG) 64, das in Ahlhorn stationiert ist und die Besatzungen für die SAR-Stützpunkte Ahlhorn, Jever, Faßberg, Nörvenich sowie für die SAR-Rettungszentren

niert ist und die Besatzungen für die SAR-Stützpunkte Ahlhorn, Jever, Faßberg, Nörvenich sowie für die SAR-Rettungszentren

Umfangreich ist die medizinische Ausstattung des SAR-Hubschraubers.



Hand in Hand arbeitet die Rettungsmannschaft, um schnelle Hilfe zu gewährleisten.



in Hamburg, Koblenz, Würselen und Rheine stellt. Das Lufttransportgeschwader 61 in Landsberg ist für Süddeutschland zuständig, und das Marinegeschwader 5 in Kiel versieht den SAR-Dienst im Seebereich.

Die an den Rettungszentren stationierten Hubschrauber sind in das nationale Netz der Rettungshubschrauber (RTH) integriert und werden von den örtlichen Rettungsleitstellen alarmiert. Die Piloten fliegen oft bis an die Grenze des Möglichen. Aber wo sie landen, finden sie kein applaudierendes Publikum – sondern Betroffenheit.

Der militärische Such- und Rettungsdienst (SAR = Search and Rescue) wurde 1959 in Dienst gestellt mit der Aufgabe, abgestürzte oder in Not geratene Flugzeuge zu suchen und die Besatzungen zu retten. Heute fliegt der SAR 80% aller Einsätze für den zivilen Bereich.

„Die meiste Zeit vergeht mit Warten“

An einem Dienstag, bei kaltem und regnerischem Wetter, haben Oberleutnant Krause, Pilot, Hauptfeldwebel Ludwig, Bordtechniker, und Oberfeldwebel Wulff, Luftretter, Dienst im SAR-Rettungszentrum Rheine. Der Hubschrauber vom Typ Bell UH-1D, auch „Teppichklopfer“ genannt, steht startklar vor dem Gebäude an der Nienbergstraße, als ich eintreffe, um einige Tage der Luftrettung mitzuerleben. Oberleutnant Krause meldet den RTH gerade der Rettungsleitstelle der Feuerwehr Rheine einsatzbereit, und Luftretter Wulff schreibt an der Apothekenanforderung. „Es wurde viel Material in den letzten Tagen verbraucht“, meint er. Aus der Einsatzstatistik geht hervor, daß am vergangenen Wochenende „Christoph 24“ neunmal im Einsatz war. „Dennoch vergeht die meiste Zeit mit Warten“, sagt Bordtechniker Ludwig. 1985 flog der Rettungshubschrauber aus Rheine die wenigsten Einsätze aller in der Bundesrepublik stationierten Rettungshubschrauber.

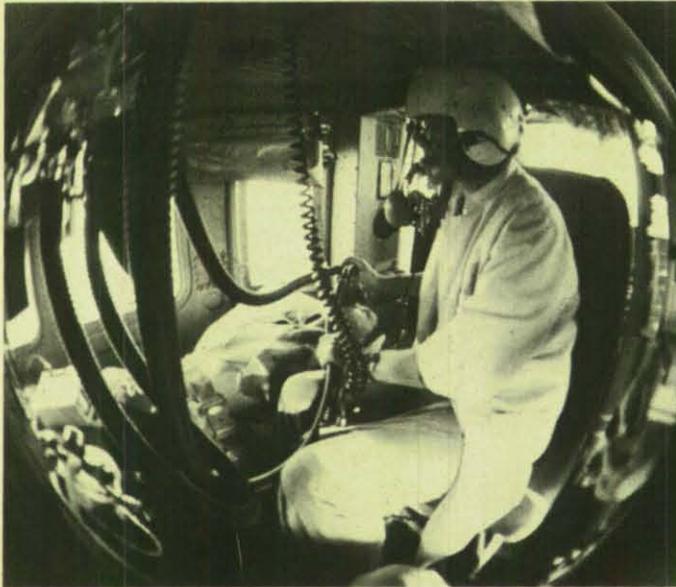
Nach zwei Minuten in der Luft

Um 10.25 Uhr ertönt zum ersten Male der Alarmpiepser im Rettungszentrum Rheine. Von der Rettungsleitstelle wird ein Einsatz in Sögel/Emsland durchgegeben. Die Besatzung eilt zur Maschine, der Pilot läßt die Turbine an, während der Bordtechniker die Einsatzleitstelle auf der Karte sucht und die Flugdaten dem Piloten weitergibt. Der Notarzt wird mit einem Feuerwehrfahrzeug vom 500 Meter entfernten „Mathias-Spital“ zum Hubschrauber gebracht. Nach zwei Minuten ist man „Air Born“, in der Luft.

Über Funk erfährt die Crew, daß es sich in Sögel um einen Verkehrsunfall handelt. Der

Ein eindrucksvolles Foto: Während des Fluges wird der Verletzte beatmet.

(Fotos: Rahe)



Verletzte ist bereits mit dem RTW ins nahegelegene Krankenhaus eingeliefert worden. Nach 15 Minuten Flug Landung am Kreis-krankenhaus Sögel. Der Verunglückte hat innere Verletzungen und Augenschädigungen. Der Notarzt macht ihn transportfähig, danach fliegt man den Verletzten in eine Oldenburger Fachklinik. Auf dem Rückflug Zwischenlandung auf dem Fliegerhorst Hopsten zur Betankung.

Wettlauf mit dem Tod

Wieder im Rettungszentrum angekommen, beginnt für alle der unangenehmste Teil der Fliegerei – der Papierkrieg. Flugdaten, Landungen, Personalien müssen notiert werden. Jeder hat seine Formblätter auszufüllen. Es geht auf 13.00 Uhr zu. Die Feuerwehr bringt das Mittagessen. Gleichzeitig werden die bestellten Infusionen und Ampullen mitgebracht, um das Lager aufzufüllen.

Und wieder heißt es warten. Man reißt sich nicht um Einsätze, denn bei jedem Einsatz geht es um Menschenleben. Dennoch hört man kritische Worte. Oft wird nach schweren Unfällen der RTH aus Angst oder Unkenntnis nicht gerufen. Erst Stunden nach dem Geschehen wird „Christoph 24“ für einen Verlegungsflug in eine Spezialklinik angefordert. Dieser Wettlauf mit dem Tod wird dann oft verloren. „Lieber starten wir einmal umsonst als einmal zu spät“, sagt Luftrettermeister Wulff.

Fliegerische Erfahrung und Können

Um 16.15 Uhr erneuter Alarm, Einsatzort Lengerich/Westf. Ein zwölfjähriges Mädchen ist von einem Pkw erfaßt worden. Ein Notarzt und Rettungssanitäter haben das Kind bereits versorgt. Diagnose: Schädel-

Hirn-Trauma. Das Kind wird in die Städtischen Kliniken Osnabrück geflogen, wo man nach sechs Minuten landet. Ein RTW-Transport hätte sicherlich 40 Minuten in Anspruch genommen.

Gerade in Osnabrück gelandet, fordert die Rettungsleitstelle des Landkreises Osnabrück „SAR 76“, wie er auch genannt wird, zu einem weiteren schweren Verkehrsunfall auf der B 475 zwischen Glandorf und Fuchtorf an. Das junge Mädchen wird dem am Landeplatz bereitstehenden Ärzteteam übergeben, und schon ist man wieder in der Luft Richtung Bundesstraße 475. Das Wetter wird zusehens diesiger. Der Teutoburger Wald zwischen Georgsmarienhütte und Bad Iburg ist von Wolken ganz umgeben. Dennoch entscheidet sich der Pilot nicht zum umkehren. Ein Verletzter bedarf dringend ärztlicher Hilfe. Wir fliegen genau durch die Schneise, die die Bundesstraße 51 durch den Teutoburger Wald zieht. Das erfordert viel fliegerisches Können und Erfahrung, die Pilot „Atze“ Krause mit über 6 000 Flugstunden besitzt. Meter für Meter fliegt er voran, immer Ausschau haltend nach Hochspannungsleitungen. Pilot, Bordtechniker, Luftretter und Notarzt arbeiten über Bordfunk eng zusammen. In Bad Iburg ist die Sicht wieder besser. Kurze Zeit später setzt der Pilot die Maschine so nah wie möglich neben die Unfallstelle auf. Ein Pkw ist unter einen Lkw gefahren. Der Fahrer wird bereits von der Feuerwehr aus seinem Wrack befreit. Notarzt und Luftretter legen eine Infusion an, beatmen den bewußtlosen Fahrer auch während des Fluges zur Neurochirurgie der Osnabrücker „Paracelsus-Klinik“.

Um 19.20 Uhr ist die Rettungscrew erneut in der Luft. „Schwerer Verkehrsunfall Ortsausgang Emsdetten“, heißt es über Funk. Zwei 18jährige Jugendliche sind schwer verletzt. Der bodengebundene Notarzt trifft gleichzeitig mit dem RTH ein. Für den Beifahrer des verunglückten Fahrzeugs ist

höchste Eile geboten. Die Atmung ist nur noch sehr flach. Arzt und Sanitäter arbeiten Hand in Hand. Schnell ist die Transportfähigkeit hergestellt, der Verletzte im RTH. Nach sieben Minuten – Landung an den Uni-Kliniken Münster. Der zweite Verletzte wird mit dem Notarztwagen ins Emsdetter Krankenhaus gebracht.

Ein Flug mit Risiko

Um 21.50 Uhr, es ist Sonnenuntergang, sind wir in der Luft, um die Maschine zum Fliegerhorst Bentlage zu fliegen, wo der RTH nachts steht. Plötzlich erhält die Besatzung die Anfrage, ob noch ein Transport von Emsdetten nach Münster durchgeführt werden kann. Da es sich nicht um ideales Nachtflugwetter handelt, ruft der Pilot vorher die Wetterberatung an. Die Wolken hängen tief, Minimum Nachtflugsicht. Ein Hubschraubertransport ist nach ärztlicher Auskunft dringend erforderlich. Der Pilot entscheidet sich, trotz des schlechten Wetters zu fliegen.

Es handelt sich um den zweiten Unfallverletzten des vorhergegangenen Einsatzes, der ebenfalls in die Uni-Kliniken Münster geflogen wird. Um 23.00 Uhr geht dann endlich ein langer Tag für alle Beteiligten zu Ende. Nicht jeden Tag hat man so viele Einsätze wie heute, oftmals sitzt die Crew auch den ganzen Tag ohne Einsatz im Rettungszentrum.

Täglich neu motiviert

Am nächsten Morgen um 7.30 Uhr meldet sich das Team wieder einsatzbereit. Wir sitzen gerade beim Kaffee als der Alarmempfänger ertönt. Man glaubt an den morgendlichen Probealarm, aber die Leitstelle meldet: „Kind vor Schule vom Pkw erfaßt.“ Sofort wird die Turbine wieder angelassen. Vor dem RTW erreichen wir den Unfallort. Es ist glücklicherweise nicht so schlimm geworden. Ein Unterschenkel ist gebrochen. Das Bein wird ruhig gestellt. Eine Infusion angelegt. Der Notarzt fährt im RTW mit ins Krankenhaus.

Gegen Mittag der zweite und letzte Einsatz für diesen Tag. Ein Dachdecker ist aus einer Höhe von ca. acht Metern abgestürzt. Da der Verdacht auf ein Schädel-Hirn-Trauma besteht, wird er zur Neurochirurgischen Abteilung ins Meppener Krankenhaus geflogen, wo eine Hirnblutung diagnostiziert wird.

Eine Rettungscrew hat immer von Freitag bis Freitag Dienst. Oftmals ein nervenaufreibender Dienst. Täglich wird die Besatzung mit neuen menschlichen Schicksalen konfrontiert. Dennoch tun alle es gern. Besonders wenn sie erfahren, daß durch ihren Einsatz ein Menschenleben gerettet werden konnte.

BVS-Direktor Helmut Schuch zeigte neue Perspektiven für die Arbeit des BVS auf

„Wir müssen den einzelnen bewegen, sich mit seiner persönlichen Sicherheit mehr als bisher zu beschäftigen“

Ansprache aus Anlaß der Amtseinführung des neuen Leiters der BVS-Landesstelle Hamburg, Joachim Kaufner

Anläßlich der Amtseinführung des neuen Leiters der BVS-Landesstelle Hamburg, Joachim Kaufner, hatte den Direktor des Bundesverbandes für den Selbstschutz, Helmut Schuch, zu einem Empfang in die Unterrichtsräume des BVS-Übungsgeländes in Hamburg-Fuhlsbüttel eingeladen.

Eine große Anzahl von Vertretern Hamburger Behörden, Verbänden, der Hilfsorganisationen, der Bundeswehr sowie Sicherheitsbeauftragte Hamburger Firmen und haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter des BVS waren der Einladung gefolgt.

Unter den Gästen begrüßte Direktor Schuch von der Behörde für Inneres Senatsdirektor Reinert, Leitenden Regierungsdirektor Breuer und Oberbranddirektor Gebhardt sowie von der Freiwilligen Feuerwehr Landesgeschäftsführer Nehrens und den neuen Direktionsbereichsführer Reichelt.

In seiner Ansprache machte Direktor Schuch grundsätzliche Ausführungen zur Aufgabe und Arbeit des BVS und zeigte neue Perspektiven auf. Er führte aus, die Entwicklung des Selbstschutzes bis heute müsse auf dem Hintergrund der gesellschaftlichen Entwicklung gesehen werden, und fuhr fort: „Die Verdrängung unangenehmer Tatsachen, die Gleichgültigkeit bzw. das Desinteresse an den Fragen der Sicherheit allgemein wurden mehr und mehr abgelöst durch das Bedürfnis der Erklärung von Problemen, die Forderung nach Erhellung der Hintergründe und dem z. T. verbreiteten generellen Mißtrauen gegenüber staatlichen Anordnungen und Empfehlungen. Der Bürger ist nicht mehr bereit, das, was

ihm von offizieller Seite als notwendig dargestellt wird und zudem ein persönliches Handeln erfordert, kritiklos und unreflektiert zu übernehmen – eine Entwicklung, die wir begrüßen, die von uns jedoch eine adäquate und offene Informationspolitik fordert, wenn es um Themen wie den Selbstschutz geht.

Wer Vorsorge und Eigenhilfe propagiert und den Menschen zu einem bestimmten, aus unserer Sicht sinnvollen Handeln in Notsituationen bewegen will, muß

1. eine umfassende, klare Aussage treffen, welche Gefahren den Bürger bedrohen können. Darauf hat der Bürger einen Anspruch. Es ist sicher nicht vertretbar, dem Bürger gewisse Risiken nur ‚tröpfchenweise‘ und nach Eintritt der Gefahr darzustellen – dies führt zu berechtigtem Unmut;
2. klipp und klar sagen, welche Risiken durch die Vorsorge und das Hilfspotential des Staates abgedeckt werden können und welche nicht, was also der einzelne zur Verbesserung seines persönlichen Schutzes selbst beitragen sollte. Dabei müssen unrealistische Vorstellungen vermieden werden; Restrisiken für den einzelnen und die Grenzen des Schutzes überhaupt – ich nenne hier nur das Stichwort ‚totaler Atomkrieg‘ – sind offen und ehrlich aufzuzeigen.

Auf kritische Einwände gefaßt

Die Bereitschaft des Bürgers zur Diskussion nutzen wir gerne, weil wir wissen,

daß unser Angebot ‚Selbstschutz‘ der Erläuterung, der Überzeugung bedarf. Wir sind auf kritische Einwände gefaßt und stellen uns der Diskussion, wenn es um die Frage geht, ob Selbstschutzmaßnahmen angesichts denkbarer großflächiger Gefahren effektiv sind. Auch uns ist im Falle des Reaktorunglücks von Tschernobyl vorgeworfen worden, wir hätten unserer Informationspflicht nicht ausreichend genügt. Ich kann dazu nur feststellen: Auf dem Hintergrund der insgesamt unzureichenden Informationen haben wir versucht, die praktischen Fragen zu beantworten, die nach unseren Kenntnissen beantwortet werden konnten – mehr konnte der BVS damals nicht leisten. Wir verspüren jetzt andererseits ein deutlich gestiegenes Interesse des Bürgers an den Fragen des Selbstschutzes, und wir gehen in unserer aktuellen Öffentlichkeitsarbeit offensiv darauf ein. Das Gefahrenbewußtsein ist geschärft. Mit der Darstellung aller nicht auszuschließenden Gefahren und Notlagen können und müssen wir den einzelnen bewegen, sich mit seiner persönlichen Sicherheit mehr als bisher zu beschäftigen. Dies ist zumindest der erfolgversprechende Einstieg zu einer Verbesserung der Situation in dem Bereich, den wir unter dem Begriff ‚Selbstschutz‘ zusammenfassen.

Effizienz schwer meßbar

Der Bundesverband für den Selbstschutz hat in den vergangenen Jahrzehnten – und das liegt sicherlich in seinem gesetzlichen Auftrag begründet – stets eine



Amtseinführung in Hamburg (von links): BVS-Landesstellenleiter Kaufner, BVS-Landesstellenleiter Sohl, BVS-Direktor Schuch, Oberbranddirektor Gebhardt.

Gratwanderung versucht: einerseits den Bürger umfassend über Gefahren zu informieren, diese Gefahren nicht im Sinne einer Panikmache zu überzeichnen, andererseits den möglichen Schutz aufzuzeigen, ohne die verbleibenden Risiken zu verschweigen. Die Effizienz der Arbeit des BVS ist dabei schwer meßbar gewesen. Während für die Erfüllung des Ausbildungsauftrages noch klare Zahlen vorliegen, entzieht sich der Erfolg des Informationsauftrags einer sicheren und nachprüfbar Gewichtung, auch wenn hier wiederholt Meßplatten gezimmert werden sollten. Wir werden ebenso wenig wissen, wieviel Not und Leid durch unsere praktischen Hinweise zu richtigem und schnellem Handeln in Notsituationen verhindert oder gemindert wurden wie nicht exakt zu erfassen ist, wie viele Verkehrsunfälle z. B. durch die intensive Aufklärung der Verkehrsteilnehmer durch die verschiedenen Organisationen vermieden wurden. Insofern ist es für uns immer problematisch gewesen, den finanziellen Aufwendungen gesicherte Erfolge gegenüberzustellen. Damit werden wir letztlich auch weiterhin leben müssen. Den Vorwurf mangelnder Effizienz – von welcher Seite auch erhoben – ungesichert in den Raum zu stellen und damit eine Demotivation der Mitarbeiter des Verbandes zu riskieren, war und ist sehr einfach. Aus den dargelegten Gründen kann und muß ich diesem Vorwurf aber entschieden widersprechen.

Argumente ernst nehmen

Wie sieht denn heute das allgemeine Umfeld aus, in dem der Selbstschutz steht? Es hat in der jüngeren Vergangenheit nicht an Versuchen gefehlt, auch den Selbstschutz als Teilbereich des Zivilschutzes zu diskreditieren. Das staatliche Bemühen um Schutz und Hilfe im Gefahrenfälle – das einheitliche Potential des

Katastrophen- und Zivilschutzes – ist von verschiedenen Seiten nicht in die Diskussion, sondern eher ins Gerede gebracht worden. Dabei schwankten die Aussagen zwischen ‚geplanter Kriegsvorbereitung‘ bis zu ‚das nützt ja sowieso nichts‘. Wir wissen, daß es sich bei diesen Kritikern zwar nur um relativ kleine, aber artikulationsstarke Gruppen handelt, deren Argumente wir ernst nehmen müssen. Wir haben uns auch auseinanderzusetzen mit jenen, die staatliches Handeln in diesem Bereich als falsch und unsinnig darstellen und ihre Botschaften medienunterstützt breit umsetzen können.

Woher der Wind weht, wissen wir, die wir Möglichkeiten und Grenzen des Katastrophen- und Zivilschutzes besser als viele unserer Kritiker kennen, sehr genau. Wir gehen bekanntlich im Grundsatz auch von der gleichen Basis aus, daß nämlich ein Krieg – in welcher Form auch immer – mit allen Mitteln der Politik dauerhaft verhindert werden muß. Unterstellt man jedoch von vornherein das Versagen dieser Friedenspolitik und geht dann wie selbstverständlich von der Apokalypse aus, dann – und nur dann – hätten die Kritiker recht, die sagen, die Schutzversprechungen sind Selbstbetrug. Nur: Sind diese Annahmen zwingend? Muß die mögliche Vorsorge nicht an Tschernobyl und anderen Bedrohungen ausgerichtet, also realitätsbezogen sein? Wir sind mit den Gegnern des Zivilschutzes der gleichen Meinung, daß die Ursachen von Kriegen angegangen werden müssen; Kriege können aber noch nicht dadurch verhindert werden, daß der Zivil- und Katastrophenschutz abgeschafft wird. Entsprechendes gilt hinsichtlich aller menschlichem Einfluß unterworfenen Katastrophenursachen. Um einen Vergleich zu wagen: Alle wollen Schadensfeuer verhüten, wir sind jedoch dagegen, vorab bereits die Feuerwehr aufzulösen, solange das gesteckte Ziel nicht zuverlässig erreicht ist.

Neue Erkenntnisse

Wenden wir uns den neuen Erkenntnissen zu, die wir auch aus den Ereignissen um Tschernobyl gewonnen haben:

1. Die Annahme, Katastrophen sind stets nur lokalbezogen zu sehen, ist – obwohl die akute Katastrophenschwelle im Mai/Juni dieses Jahres bekanntlich nicht erreicht wurde – nicht mehr gültig.
2. Das Informationsbedürfnis der Bevölkerung steigt ggf. bundesweit schlagartig an; Behörden und Institutionen stehen vor bisher ungeahnten Problemen.
3. Die Kenntnisse der Bürger über Gefahren und Abwehrmaßnahmen reichen – gerade im Falle von Radioaktivität oder Chemieunglücken – bei weitem nicht aus. Diese Informationslücke ist ad hoc nicht zu schließen.
4. Notwendig ist eine umfassende Konzeption, den Bürger allgemein über Gefährdungen, Vorsorge und richtiges Verhalten bereits jetzt bestmöglich zu informieren; im akuten Falle muß eine gezielte und spezielle Information hinzukommen.
5. Dies bedeutet eine kurz- und mittelfristig praktische Planung, wie sie z. Zt. durch eine Arbeitsgruppe, gebildet aus Bundes- und Ländervertretern sowie Vertretern der Hilfsorganisationen, beim Bundesminister des Innern erstellt wird. An diesem Konzept der Verbesserung der Information der Bevölkerung bei großflächigen Schadenslagen – vorbeugend und auf den akuten Fall bezogen – wirken u. a. neben einem Vertreter Hamburgs auch die Fachleute des BVS maßgeblich mit. Schon jetzt besteht Übereinstimmung, daß der vorbereitenden Information der Bevölkerung große Bedeutung zukommt. Hierzu wird der BVS mit seinen praktischen Erfahrungen wichtige Impulse geben.

Bürger motivieren zur Vorsorge

Auch in seiner eigenen Öffentlichkeitsarbeit wird sich der Verband verstärkt dem Ziel widmen:

- den Bürger über Gefahren, die sich aus Notsituationen, Unglücken, Katastrophen oder auch in einem zwar unwahrscheinlichen, aber nicht ganz auszuschließenden Verteidigungsfall ergeben können, realistisch zu informieren;
- den zur Vorsorge und Gefahrenabwehr aufgebauten Rettungsdienst, den Katastrophen- und Zivilschutz als einheitliches System der staatlichen Hilfe für alle Notfälle und damit als unverzichtbar und untrennbar aufzuzeigen;

- zugleich die Notwendigkeit der ergänzenden Eigenvorsorge des einzelnen für diese Nottfälle darzustellen;
- den unrealistischen Auffassungen von denkbaren militärischen Auseinandersetzungen in Europa, vor allem der völlig falschen Vorstellung, jeder Krieg könne oder müsse zwangsläufig der totale Atomkrieg sein, entgegenzutreten;
- und letztlich den Bürger zu motivieren, aktiv Vorsorge zu treffen.

Wie wir wissen, können wir dieses Ziel nicht allein erreichen. Der BVS ist deshalb entsprechend seinem gesetzlichen Auftrag bekanntlich darauf ausgerichtet, die Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Selbstschutz als Partner in Sachen Vorsorge und Eigenhilfe zu unterstützen. Ich darf bei dieser Gelegenheit unser Angebot zur engen Zusammenarbeit wiederholen und den Politikern und Verantwortlichen der Verwaltungen, die die Kooperation zwischen Kommunalverwaltung und BVS vertiefen und bereits nutzen, dafür danken, daß gemeinsam sichtbare Erfolge bei der Förderung des Selbstschutzes erreicht werden konnten. Ich weiß, welche Fülle von Aufgaben eine Verwaltung zu bewältigen hat und welcher Stellenwert dem Selbstschutz dabei bisher zukam. Um so mehr sollten die Kommunen das Potential und das Know-how des BVS nutzen.

Zurück zur Praxis ‚vor Ort‘: Hier in Hamburg gab es bekanntlich mancherlei besondere Situationen. So ist uns allen die Sturmflutkatastrophe in Erinnerung, an deren Bewältigung auch die Einsatzkräfte des BVS ihren Anteil hatten und damit die Wertschätzung des damaligen Innenministers Schmidt gefunden haben. Noch heute ist die Mitwirkung in der Deichwacht ein sichtbares Zeichen des besonderen Engagements des BVS und der guten gegenseitigen Beziehungen.

Erfahrener BVS-Mann

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unsere Schwierigkeiten der jüngsten Zeit habe ich eingangs kurz gestreift. Um so mehr freue ich mich, Ihnen heute Herrn Joachim Kaufner als neuen Leiter der BVS-Landesstelle Hamburg vorstellen zu können. Mit Herrn Kaufner wird ab 1. Dezember dieses Jahres ein gebürtiger Hamburger, ein vielseitig erfahrener und erprobter BVS-Mann die ‚Kommando-Brücke‘ des BVS in Hamburg übernehmen. Für seine neue Aufgabe hat er in den verschiedenen Tätigkeiten seines bisherigen BVS-Werdegangs umfassende Erfahrungen sammeln können: Seit Mitte 1957 hauptamtlich bei der BVS-Landesstelle Nordrhein-Westfalen beschäftigt, wurde er dort bereits im Oktober 1963 zum Hauptsachgebietsleiter

(Selbstschutz-Ausbildung) berufen. Anfang der 70er Jahre war er vorübergehend in der Funktion eines Hilfsreferenten zum Ausbildungsreferat der Bundeshauptstelle in Köln abgeordnet und 1984/85 nahm er vorübergehend zusätzlich die Geschäfte des Fachgebietsleiters Öffentlichkeitsarbeit in NRW wahr.

Sehr geehrter Herr Kaufner, grundsätzlich neu ist für Sie auch die Ausübung Ihrer künftigen Funktion ab 1. Dezember nicht, da Sie in NRW jahrelang Vertreter des Leiters unserer größten Landesstelle waren. Doch davon abgesehen, will ich nicht verschweigen, daß Sie hier in Hamburg aufgrund der Besonderheiten der letzten Jahre eine schwierige Aufgabe übernehmen. Zweifellos wird die Erfüllung dieser Aufgabe von Ihnen großen persönlichen Einsatz, viel Einfühlungsvermögen und Fingerspitzengefühl sowie Durchsetzungskraft erfordern.

So, wie ich Sie allerdings in den letzten Jahren kennen und schätzen gelernt habe, bin ich sicher, daß Sie allen diesen Anforderungen bestens genügen werden und in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern im Landesstellenbereich das kleine, aber respektable BVS-Schiff Hamburg sicher und erfolgreich durch sämtliche Untiefen steuern werden. Denn ich bin davon überzeugt, daß der qualifizierte,

der engagierte BVS-Mann Kaufner alles daran setzen wird, damit aus dieser Station ein in jeder Hinsicht krönender Abschluß seines Berufslebens wird.

Genauso bin ich davon überzeugt, daß Senat und Innenbehörde auf der einen Seite sowie die Vertreter der Hilfsorganisationen auf der anderen Seite Ihnen, Herr Kaufner, auch künftig jede erforderliche Unterstützung bei der Erfüllung Ihrer Aufgabe zuteil werden lassen – und dafür möchte ich mich bereits heute bei allen Beteiligten herzlich bedanken.

Mit Wirkung vom 1. Dezember bestelle ich Sie nun, sehr geehrter Herr Kaufner, unter gleichzeitiger Höhergruppierung zum neuen Leiter der BVS-Landesstelle Hamburg. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei der Erfüllung der vor Ihnen liegenden Aufgaben. Mit meiner Unterstützung und der Unterstützung durch die Bundeshauptstelle können Sie dabei jederzeit rechnen.“

Im Anschluß an die Rede sprachen Senatsdirektor Reinert und BVS-Landesheferevertreter Reichelt Grußworte. Der Landesbeauftragte der Deichwacht Hamburg, Borchert, überbrachte die Grüße der Hilfsorganisationen. Mit Dankesworten des neuen Landesstellenleiters, Kaufner, schloß der offizielle Teil der Veranstaltung.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), sind nachfolgend aufgeführte Stellen zu besetzen:

1. Leiter/in der BVS-Dienststelle Fulda

Verg.-Gr. IV a BAT – ab sofort –

2. Fachbearbeiter/in in der BVS-Dienststelle Hamburg-Nord

Verg.-Gr. V b BAT – ab 1. 2. 1987 –

Die Bewerber sollen über umfangreiche Kenntnisse auf dem Sektor des Zivilschutzes – insbesondere des Selbstschutzes – verfügen.

Bis zum Abschluß der Fachausbildung erfolgt die Eingruppierung eine Vergütungsgruppe niedriger.

Wir bieten außer einer angemessenen Vergütung die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bewerbungen mit vollständigen Unterlagen (Personalbogen mit Lichtbild, Lebenslauf, Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen) sind bis zum 10. 2. 1987 zu richten an den

**Bundesverband für den Selbstschutz
Bundeshauptstelle
Eupener Straße 74, 5000 Köln 41**

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.

Bei hauptamtlich Beschäftigten des BVS genügt formlose Bewerbung auf dem Dienstweg.

Zwischen Nord- und Ostsee

Kiel. 25 Frauen des Deutschen Frauenrings e. V. (DFR) nahmen im November vergangenen Jahres auf Einladung der BVS-Landesstelle an einer zweitägigen Informationstagung „Zivilschutz“ teil. Die Landesverbandsvorsitzende des DFR, Charlotte Laux, wies dabei eindringlich auf die Notwendigkeit hin, die Bürger umfassend über Selbstschutzmaßnahmen aufzuklären.

Nach den Vorträgen der BVS-Fachgebietsleiterin „Frauenarbeit“ Alice Ohrenschall sowie Fachgebietsleiters Peter Schütt und dem Flensburger BVS-Dienststellenleiter Roland Hiebsch referierten Ministerialdirigent Dr. med. Zur, Leiter der Gesundheitsabteilung im Sozialministerium Schleswig-Holstein, und Kirstin Boehlke, Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der Christian-Albrechts-Universität in Kiel, zu den Themen „Verhaltensweisen der Menschen im Unglücksfall“ und „Lebensmittelbevorratung für Katastrophenfälle“.

„Wichtigste Erkenntnis dieser Informationstagung war es“, so Charlotte Laux, „daß die Politiker die ‚Empfehlung zum Tun‘ in ein ‚Muß zum Handeln‘ umwandeln. Die Bevölkerung muß durch die Landes- und Kommunalbehörden verstärkt auf die Notwendigkeit zur Vorsorge für Katastrophenfälle hingewiesen werden.“

Berichte aus Hamburg

Hamburg-Süd. Die Ausstellung „Schaufenster-Harburg“ fand Anfang Oktober 1986 bereits zum 6. Male statt. Über 200 000 Besucher machten deutlich, daß diese Messe im südlichen Elberaum einen festen Stellenwert im Jahresablauf der Ereignisse bekommen hat. Eine gute Gelegenheit für Vereine, Hilfsorganisationen und Institutionen dieser Region, sich zu präsentieren und ein Stück Öffentlichkeitsarbeit sowie Bürgerinformation zu betreiben.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion der Hamburger Bürgerschaft, Hartmut Perschau, (3. v. l.) informiert sich über die Arbeit des BVS.



Auch die BVS-Dienststelle Hamburg-Süd war mit einem Stand vertreten und informierte über die Themen Zivil-, Katastrophen- und Selbstschutz, wobei die stündlichen Filmvorführungen ein besonderer Anziehungspunkt waren.

Nachrichten aus Bremen

Bremen. Für zehn Tage stand die untere Halle des alten Bremer Rathauses ganz im Zeichen des Zivil- und Katastrophenschutzes. „Zivilschutz mit dem Bürger – für den Bürger“ hieß die stark besuchte BVS-Ausstellung, an der sich auch die Berufsfeuerwehr, die Freiwilligen Feuerwehren, der ASB, das DRK, die JUH, der MHD, die DLRG und das THW beteiligten. Mehrere tausend Besucher aus dem niedersächsischen Umland machten von dem Angebot regen Gebrauch und ließen sich über Einzelheiten des Zivil- und Katastrophenschutzes unterrichten.

Bei der Präsentation in der Rathauhalle sollten aber nicht nur die Leistungsfähigkeit und der Ausrüstungsstand der verschiedenen Hilfsorganisationen dokumentiert werden. Mit der Ausstellung wollte man vielmehr darüber hinaus den Besuchern Anregungen zur Selbsthilfe geben.

Eröffnet wurde die Ausstellung von Bremens Innensenator Volker Kröning und dem Leiter der BVS-Landesstelle, Diethelm Singer.

Die immer wieder zu beobachtende Hilflosigkeit des einzelnen bei Unfällen im Alltag mache deutlich, daß auch der Bürger Eigenverantwortung zur Selbsthilfe trage, betonte Singer u. a. in seiner Begrüßungsrede.

Kritische setzte sich Innensenator Volker Kröning in seiner Rede mit dem Zivilschutz auseinander. Der Zivilschutz sei einer generellen Bestandsaufnahme unter Beteiligung der Öffentlichkeit und des Parlaments zu unterziehen. Unmißverständlich müsse bleiben, daß Vorrang vor Zivilschutz eine Politik der Friedensgestaltung habe, meinte Kröning.

Die Hilfsorganisationen und besonders die Helfer dürften sich hoher Wertschätzung in unserer Bevölkerung und des breiten Rückhalts bei Regierung und Parlament sicher sein. Sie sollten sich nicht von den friedenspolitischen Bewegungen in unserem Land isoliert sehen oder isolieren lassen und könnten weiterhin auf die Zusammenarbeit mit allen staatlichen und privaten Stellen bauen, die an Vorsorge für Katastrophen und vor allem an Hilfe zur Selbsthilfe interessiert seien, betonte Kröning. „Das Bewußtsein unserer Bürger für die Risiken unserer industrialisierten – aber auch militarisierten – Lebenswelt ist hellwach, die Chance der Zusammenarbeit ist deshalb groß – wenn man eine gemeinsame Ebene für den Dialog findet.“

Ich begrüße es deshalb, daß sich der Bundesverband für den Selbstschutz für diese Verständigungs- und Informationsarbeit mit den Institutionen des friedensmäßigen Katastrophenschutzes zu der Ausstellung im Rathaus zusammengefunden hat und seine Dienste auch für die tägliche Gefahrvorsorge anbietet. Wenn wir uns nicht überfordern lassen, werden die Bürger weiterhin einsehen, welcher Dienst ihnen hier erwiesen wird“, sagte Kröning.

Quer durch Niedersachsen

Oldenburg. Mehr als 3 000 Besucher folgten der Einladung zum „Tag der offenen Tür“ anlässlich der Einweihung des neuen Katastrophenschutzentrums in Oldenburg.

Neben den spektakulären Vorführungen von Feuerwehr, Sanitätsorganisationen und THW stießen auch die Beiträge des BVS auf großes Interesse. So wurde zusammen mit Selbstschutzberatern der Stadt Oldenburg eine „Selbstschutz-Beratungsstelle“ eingerichtet und „betrieben“. Vorführungen aus dem praktischen Teil des Selbstschutz-Grundlehrgangs wurden ergänzt durch Filme sowie die Ausstellung von Selbstschutzgerät. Im Mittelpunkt stand jedoch die moderne Technik. Per Computer konnten sich Besucher einen auf ihre Familie bezogenen Lebensmittelvorrat für 14 Tage berechnen und ausdrucken lassen.

Das überaus positive Echo in der Bevölkerung hat alle Beteiligten veranlaßt, dafür zu plädieren, den „Tag der offenen Tür“ zu einer festen Einrichtung werden zu lassen.

Hatten. Gleich sechs neue Selbstschutzberater konnte die Gemeinde Hatten im Landkreis Oldenburg bestellen. In einer kleinen Feierstunde überreichten Ge-

meinedirektor Helmut Hinrichs und Bürgermeister Herbert Huck die Bestellsurkunden.

BVS-Dienststellenleiter Rolf Bartsch, Oldenburg, hob in einer Ansprache hervor, daß Hatten damit im Landkreis Oldenburg eine Vorreiterrolle übernommen habe und in bezug auf den Selbstschutz vorbildliche Arbeit leiste.

Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

Dortmund. Attraktiv – vielseitig – abwechslungsreich – so repräsentierte sich die größte westdeutsche Verbrauchermesse „Dortmunder Herbst“. Über 600 Aussteller in sieben Hallen machten auf sich aufmerksam. Unter den zahlreichen Organisationen, die sich in der Halle „Information“ der Öffentlichkeit stellten, war auch der BVS mit einer Ausstellung vertreten. Über einen Computer konnten die Besucher Antworten zum Schutzraumbau sowie zur Lebensmittelbevorratung erhalten. In Einzelgesprächen, aber auch mit Hilfe der BVS-Schriften, konnte eine große Anzahl der insgesamt 151 000 Messe-Besucher in Fragen des Selbstschutzes beraten werden.

Remscheid. Die große Bedeutung des Zivil- und Katastrophenschutzes für die Bevölkerung hat der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Dr. Horst Waffenschmidt, in Remscheid hervorgehoben. Anlässlich einer Ausstellung des BVS, die unter dem Motto „Zivilschutz mit dem Bürger – für den Bürger“ im Allee-Center stattfand, kündigte der Politiker weitere Maßnahmen der Bundesregierung mit dem Ziel eines verbesserten Zivilschutzes an. Waffenschmidt, der von Bundestagsabgeordneten Bernd Wilz sowie Landtagsabge-

ordneten Georg Gregull und CDU-Kreisvorsitzenden Wolfgang Sause begleitet wurde, informierte sich eingehend über die Arbeit des BVS.

Bei seinem Besuch bekräftigte der Staatssekretär, daß Zivil- und Katastrophenschutz auch künftig in erster Linie ein einheitliches, sich gegenseitig ergänzendes Hilfeleistungssystem von Bund und Ländern bleiben werde. „Beide sind zusammen immer wieder zur Lebensrettung und Schadenbekämpfung bei Hochwasser-, Sturm- und Schneekatastrophen, bei Ölverschmutzungen sowie Großbränden eingesetzt worden“, sagte Waffenschmidt.

Die Katastrophe von Tschernobyl hat nach seiner Meinung deutlich gemacht, daß der weitere Ausbau des Zivil- und Katastrophenschutzes notwendig ist, um die im Frieden denkbaren Großschadensereignisse, wie zum Beispiel Industrieunfälle, zu bewältigen. Waffenschmidt: „Das Bundeskabinett hat daher ein Arbeitsprogramm beschlossen, daß ein bundeseinheitliches Vorgehen nicht nur bei großflächigen Strahlenbelastungen, sondern auch bei anderen überregionalen Gefährdungslagen – auch im Vorsorgebereich unterhalb der Katastrophenschwelle – ermöglicht.“

Zu diesem Zweck, so der Politiker, sei geplant, ein flächendeckendes Meßnetz des Bundes mit zentraler Datenerfassung und Koordinierungsstelle, die bessere Ausstattung der vorhandenen Einheiten und ein Sofortprogramm für die weitere Aufstellung von ABC-Zügen zu schaffen. Weiter erklärte Waffenschmidt: „Ich halte den Grundsatz gemeinsamer Ressourcennutzung von Bund und Ländern nicht nur unter politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten für außerordentlich bedeutsam. Hier wird vor allem auch das soziale Engagement vieler Bürger für wichtige Aufgaben im Zivil- und Katastrophenschutz aktiviert.“

Der Staatssekretär würdigte in diesem Zusammenhang die Arbeit der verschiedenen Organisationen. „Daß die freiwilligen Helferinnen und Helfer der Feuerwehren, der Sanitätsorganisationen, des Selbstschutzes sowie des Technischen Hilfswerks jederzeit zum Einsatz für den Nächsten bereit sind, dafür gebührt ihnen unser aller Dank und Anerkennung. In unserer Zeit wird soviel von Bürgerinitiativen gesprochen. Meines Erachtens handelt es sich bei den Helferinnen und Helfern des Katastrophenschutzes um eine der ältesten und wirkungsvollsten Bürgerinitiativen in diesem Land“, sagte er.

Hagen. Nach einer Dienstzeit von 23 Jahren ging Paul Lepper, Ausbilder einer FAASt der BVS-Dienststelle Hagen, in den Ruhestand. In einer Feierstunde verabschiedete Landesstellenleiter Peter Eykmann den langjährigen Mitarbeiter mit einer Dankurkunde. Er erinnerte bei dieser Gelegenheit an den Werdegang und die Verdienste Leppers.

Im Namen der Kollegen überreichte Karl-Ernst Backes dem künftig ehrenamtlich mitwirkenden Lepper ein Geschenk.

Gleichzeitig mit der Verabschiedung von Lepper wurden die ehrenamtlichen Mitarbeiter Heinz Krause und Helmut Schneider für langjährigen Dienst im Verband mit der BVS-Ehrennadel ausgezeichnet. Krause gehört seit 17 Jahren dem BVS an. Er ist Fachbearbeiter Schutzraumbau, Schutzbauberater und BVS-Fachlehrer. Schneider, seit 20 Jahren Helfer, ist BVS-Fachlehrer und besonders aktiv in der Ausbildung und Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes.

Gelsenkirchen. Um das Thema Schutzraumbau ging es in einer Ausstellung in Herne, die die BVS-Dienststelle Gelsenkirchen in Zusammenarbeit mit der Deutschen Schutzbaugemeinschaft veranstaltete. Die Besucher – überwiegend Architekten, Bauunternehmer und Bauwillige – erörterten Sinn und Zweck des Schutzraumbaus, wobei die BVS-Mitarbeiter fachliche Ratschläge erteilen konnten.

Besonderes Interesse zeigten die Gäste an den bautechnischen Grundsätzen für Schutzbauten sowie für Kosten, staatliche Zuschüsse und Abschreibungsmöglichkeiten.

Recklinghausen. Abschied von Recklinghausen nahm Joachim Kaufner, um in Hamburg die Leitung der dortigen BVS-Landesstelle zu übernehmen. Kaufner, der 30 Jahre lang als Fachgebietsleiter für Ausbilder bei der BVS-Landesstelle NRW tätig war, zeichnet sich durch großes Fachwissen, aber nicht zuletzt durch



Staatssekretär Dr. Horst Waffenschmidt (3. v. r.) läßt sich die BVS-Ausstellung erläutern. (Foto: Sieber)

BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann (rechts) verabschiedete Joachim Kaufner nach 30jähriger Mitarbeit in der Landesstelle.

(Foto: Goll)



seine von den Mitarbeitern geschätzte menschliche Haltung aus.

Die letzten drei Jahre seiner Dienstzeit verbringt Kaufner jetzt in der Stadt, in der er auch geboren wurde.

Landesstellenleiter Peter Eykmann und Personalratsvorsitzender Horst Haase nahmen den Abschied ihres langjährigen Kollegen zum Anlaß, um sich für die Zusammenarbeit zum Wohle des BVS zu bedanken.

Essen. Nur mit einer Mark waren die Besucher der „Ruhr '86“ dabei: Sie konnten in den Korb der Feuerwehr-Drehleiter klettern und sich die Messe von oben ansehen. Um die Ausstellung „Zivilschutz“ und die vier Sicherheitswettbewerbe des BVS attraktiver zu gestalten, ließ der Chef der Feuerwehr, Hans-Jürgen Boehme, die Leiter gegen den Himmel steigen, wobei die stolze Summe von 734 DM zusammenkam. Der Reinerlös dieser Sonderaktion kam der Aktion Sorgenkind zugute.

Während meist jugendliche Besucher die 23 m Höhe wagten, konnten sich die Eltern in der Zwischenzeit über Sinn und Zweck von Zivil- und Selbstschutzmaßnahmen informieren.

Eine angeschlossene Fahrzeug- und Geräteschau aller Katastrophenschutz-Orga-

nisationen sowie der Polizei und Verkehrswacht boten den Messebesuchern Gelegenheit, Einblick in die technische Ausrüstung zu nehmen.

Menden. Hermann Wollmeiner, Stadtamtsinspektor und Sachbearbeiter für Feuerschutz und Rettungswesen bei der Stadtverwaltung Menden, wurde mit der BVS-Ehrennadel ausgezeichnet. In Vertretung des Leiters der Landesstelle nahm Joachim Kaufner die Ehrung vor und überreichte gleichzeitig eine Urkunde.

Wollmeiner, der sein jetziges Amt bei der Stadt Menden bereits 1971 antrat, hat den BVS über viele Jahre durch persönliches Engagement unterstützt. Er setzte sich insbesondere ein, wenn es um Ausstellungen, Straßenaktionen und Sicherheitswettbewerbe des Verbandes ging. Die Ehrennadel, so Kaufner, sei Dank und Anerkennung zugleich.

Hamm. Für „allseits gute Pflichterfüllung“ und die „von allen anerkannte Kameradschaft“, dankte BVS-Dienststellenleiter Gerhard Reckert der langjährigen Mitarbeiterin Ursula Pötzing, die in den vorzeitigen Ruhestand trat. Die Verabschiedung von Frau Pötzing fand im Kreise

der hauptamtlichen Mitarbeiter der Dienststelle Hamm statt.

Hamm. Anlässlich eines Helfertreffens der BVS-Dienststelle Hamm zeichnete Landesstellenleiter Peter Eykmann ehrenamtliche Helfer für langjährige Tätigkeit aus. Für zehnjährige Mitarbeit im BVS erzielten Fachlehrer Uwe Zarte und Fachbearbeiter Schutzraumbau Frank Fehr eine Ehrenurkunde. Der Aufklärungs- und Ausbildungshelfer Günter Mummerhoff wurde für 20jährige Tätigkeit im Verband ausgezeichnet.

Bonn. „Ihnen und Ihren fachkundigen Mitarbeitern ist es zu danken, daß die Selbstschutz-Fortbildungsveranstaltungen ohne Ausnahme erfolgreich verlaufen sind“, schrieb der Bundesminister der Verteidigung dem Leiter der BVS-Dienststelle Bonn. Die Anerkennung galt der Tatsache, daß der BVS insgesamt 195 Beamte, Angestellte und Arbeiter in eintägigen Fortbildungslehrgängen geschult hatte. Dabei waren – nach einer größeren, durch personelle Veränderungen bedingten Pause – die Kenntnisse der Helfer in den Selbstschutzzügen des Bundesverteidigungsministeriums aufzufrischen.

Die insgesamt zehn Veranstaltungen, bei denen die Staffelausbildung und eine Abschlußübung die Schwerpunkte bildeten, fanden auf dem Übungsgelände der Katastrophenschutzschule des Bundes in Bad Neuenahr-Ahrweiler statt.

Der Minister lobte in seinem Dankschreiben besonders die BVS-Mitarbeiter Heuser und Scholz, die „mit großem Engagement und viel Sachverstand“ die Selbstschutzkräfte neu motiviert hätten.

Stemwede. Im Ortsteil Lavern der Gemeinde Stemwede war auch diesmal die Wirtschafts- und Gewerbeschau ein herausragendes Ereignis, an dem sich – wie in den Jahren zuvor – die BVS-Dienststelle Herford mit einer Ausstellung und einem Informationsstand beteiligte. Die Resonanz war gut, konnte Dienststellenleiter Günther Homburg zum Abschluß dieser Veranstaltung feststellen, die ein Wochenende lang Magnet für die Gemeinde und das gesamte Umland gewesen war.

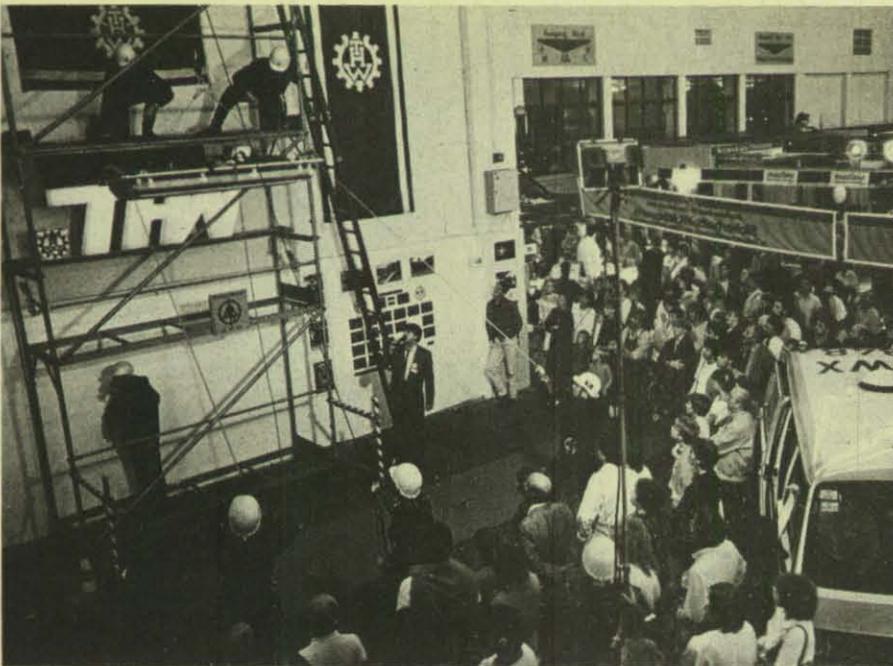
Unter den zahlreichen Besuchern, die sich beim BVS informierten, war auch Gemeindedirektor Ekkehard Stauss.

Essen. Um „praktischen Selbstschutz“ ging es – neben Sicherheitswettbewerben – auf dem Gemeinschaftsstand des BVS und den Essener Hilfsorganisatio-

734 DM erbrachte die Sonderaktion der Feuerwehr. Die Initiatoren beim Kassensturz.

(Foto: Müller)





Das Bergen aus Höhen zieht viele Zuschauer an.
(Foto: Spilker)

nen, die sich auf dem Gruga-Messege-
lände an der Ausstellung „Mode – Heim
– Handwerk“ beteiligten.

Das Motto „Selbstschutz – Ihre Sicher-
heit“ fand an den insgesamt acht Aus-
stellungstagen große Resonanz bei den
Besuchern. Viel Beachtung fanden Vor-
führungen aus dem Bereich des prakti-
schen Selbstschutzes, das Ablöschen
brennender Bekleidung oder das Bergen
aus Höhen. Ergänzt wurden die zahlrei-
chen Informationsmöglichkeiten durch
Filmvorführungen und viele Einzelgesprä-
che. Schließlich konnten auch zahlreiche
Fachlehrgänge vermittelt werden.

Nicht zuletzt war auch der Sicherheits-
wettbewerb, bei dem es zahlreiche
Preise, darunter Rundflüge, zu gewinnen
gab, ein voller Erfolg.

Unter den Gästen am BVS-Stand befand
sich auch Essens Oberbürgermeister Pe-
ter Reuschenbach, der angesichts des
attraktiven Angebotes der Hilfsorganisa-
tionen nicht mit Lob sparte.

Dorsten. Fragen des betrieblichen Kata-
strophenschutzes diskutierten BVS-Direk-
tor Helmut Schuch und BVS-Landesstel-
lenleiter Peter Eykmann mit Führungskräf-
ten des Bergwerks Fürst-Leopold/Wulfen
in Dorsten. Diese Begegnung be-
schränkte sich nicht nur auf theoretische
Erörterungen. Vielmehr wurden die BVS-
Vertreter von der Werksleitung der
Schachanlage zu einer Information „vor
Ort“ eingeladen. In 870 m Teufe (berg-
männischer Ausdruck für Tiefe) wurden
die hohen Sicherheitsmaßnahmen des
Steinkohlebergbaus am Beispiel eines
modernen Abbaubetriebes mit Schildaus-
bau demonstriert. Dort ging es um Kohle-
gewinnung mit Hilfe eines Gleithobels.
Fachliche Erläuterungen erfuhren die Be-
sucher durch Betriebsführer Roland
Pitschler sowie durch Obersteiger Josef
Seeger. Anhand von Folien und grafi-
schen Darstellungen erläuterte der Leiter
der Stabsstelle des Bergwerks, Klaus
Otto, die Sicherheitsmaßnahmen im
Steinkohlenbergbau insgesamt.

In diesem Zusammenhang wies Direktor
Schuch darauf hin, daß verschiedene

Nach der Grubenfahrt
mit Informationen über
den betrieblichen Kata-
strophenschutz (v. l.):
BVS-Direktor Helmut
Schuch, Landesstellen-
leiter Peter Eykmann,
Dr. Anders und Ober-
steiger Josef Seeger.

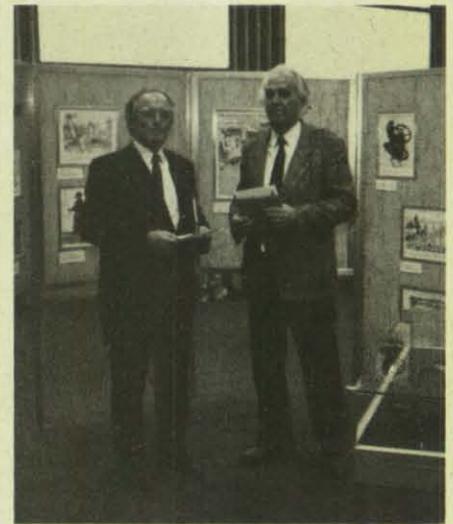


Schachtanlagen das Ausbildungsangebot
des BVS im Rahmen der BKO-Ausbil-
dung in Anspruch nehmen.

BVS- und Bergbauvertreter vereinbarten,
den Erfahrungsaustausch fortzusetzen
und zu intensivieren.

Kamen. Der BVS zeigte in den Räumen
der Sparkasse Kamen die Ausstellung
„Schutz und Wehr“.

Schirmherr der Veranstaltung, die durch
Exponate der Freiwilligen Feuerwehr und
des Stadtarchives ergänzt wurde, war
Bürgermeister Werner Berg. Er zeigte
sich von der Bilderschau ebenso angetan
wie Stadtdirektor Bönker.



Bürgermeister Werner Berg (rechts) und BVS-
Dienststellenleiter Erhard Stammberger bei der Er-
öffnung der BVS-Ausstellung.
(Foto: Lind)

Die Veranstaltung war Auftakt für eine
Reihe von Selbstschutz-Grundlehrgän-
gen, zu denen die Stadt eingeladen hatte.

Hamm. Eine Ehrung in Gedichtform wi-
derfuhr dem BVS-Beauftragten der Stadt
Lünen, Erich Schildmann, bei einem
Helfertreffen der BVS-Dienststelle Hamm.
Der Anlaß: Schildmann blickt auf eine
30jährige Tätigkeit im Verband zurück. Ihn
„Hochleben zu lassen“, wie es in den
launigen Versen von Irmgard Elsagier hieß,
waren die Mitarbeiter, Freunde und Kolle-
gen gekommen, und auch Landesstellen-
leiter Peter Eykmann gratulierte herzlich
zum Jubiläum. Schildmann, meinte er,
könne sich schon zu den Vätern des
Selbstschutzes zählen.

Schildmann war im Laufe seiner Tätigkeit
in den verschiedensten Bereichen des
Selbstschutzes aktiv. Er begann 1957 als
ehrenamtlicher Mitarbeiter der damaligen
Ortsstelle Lünen.

Für seine außergewöhnlichen Verdienste
überreichte ihm Eykmann die BVS-Ehren-
nadel.

Hessenspiegel

Groß-Umstadt. Der 12. Feuerwehrtag des Landes Hessen wurde in Groß-Umstadt durchgeführt. Die BVS-Dienststelle Darmstadt war mit der Ausstellung „Schutz und Wehr“ vertreten. Anlässlich der Eröffnungsveranstaltung wurde dem BVS durch den 1. Vorsitzenden des Hessischen Landesfeuerwehrverbandes, Wilfried Köhler, der Ehrenteller des Landesfeuerwehrverbandes Hessen überreicht. In seiner Ansprache vor zahlreichen Gästen dankte Köhler dem BVS für die gute Zusammenarbeit mit den Hessischen Feuerwehren und für die Unterstützung bei vielen Ausbildungsveranstaltungen.

Der Dank des Hessischen Landesfeuerwehrverbandes galt nicht nur der Zusammenarbeit mit der Dienststelle Darmstadt, sondern der gesamten Arbeit des BVS in Hessen.

Landrat Dr. Hans-Joachim Klein hob in seiner Ansprache die Notwendigkeit der Information der Bevölkerung über Selbstschutzmaßnahmen hervor.

Bürgermeister Seibert stellte seine Verpflichtung zum Aufbau des Selbstschutzes heraus und dankte dem BVS für die ihm gewährte Unterstützung.

Wiesbaden. Auf 25jährige ehrenamtliche Mitarbeit im BVS kann Heinz Nicodemus zurückblicken. Er begann 1961 seine Tätigkeit im Verband bei der damaligen Kreisstelle Kelkheim/Taunus.

Im Zuge der Umstrukturierung des BVS kam Nicodemus später zur BVS-Dienststelle Wiesbaden, wo er aufgrund seines Berufes als Architekt als Bauberater für den Main-Taunus-Kreis tätig war.

1978 übernahm der Jubilar die Leitung des Fachgebiets Schutzraumbau bei der BVS-Landesstelle Hessen, wobei er die Unterstützung der Dienststelle Wiesbaden bei der Schutzbauberater von Bauinteressenten beibehielt.

Landesstellenleiter Straube würdigte die langjährige ehrenamtliche Mitarbeit Nicodemus und überreichte ihm eine Dankurkunde.

Kassel. BVS-Landesstellenleiter Gerhard Straube überreichte Joachim Albrecht zu seinem 25jährigen Dienstjubiläum eine Dankurkunde. Albrecht kam nach dreijähriger Dienstzeit bei der Bundeswehr 1964 als Geräteverwalter zur damaligen Kreisstelle Fulda. Später wurde Albrecht Ausbilder einer FAASt der Dienststelle Kassel. 1981 übernahm er die Leitung der FAASt.

Straube stellte in seiner Laudatio die Kollegialität und Einsatzbereitschaft des Ju-

bilars heraus und bedankte sich für die langjährige Mitarbeit.

Frankfurt. Alfred Poth, Leiter einer fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstelle der BVS-Dienststelle Frankfurt feierte sein 25jähriges Dienstjubiläum.

Poth begann seinen Dienst 1961 bei der Stadt Hanau. Anfang 1964 wurde er ehrenamtlicher Mitarbeiter der damaligen BLSV-Ortsstelle Hanau und 1966 hauptamtlicher Ausbildungsleiter der Ortsstelle. Nach der Umstrukturierung des Verbandes wurde Poth Mitarbeiter der Dienststelle Frankfurt.

Anlässlich einer Tagung der FAASt'en an der BVS-Schule Birkenfeld überreichte Landesstellenleiter Straube Poth die Jubiläumsurkunde. In einer kurzen Ansprache würdigte Straube das langjährige Wirken Poths.

Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

Ludwigshafen. Anlässlich des „Dürkheimer Wurstmarkts“ wies BVS-Dienststellenleiter Werner Diehl, Ludwigshafen, auf die Notwendigkeit von Selbstschutz- und Vorsorgemaßnahmen hin. Nicht nur große Katastrophen wie das Kernkraftwerksunglück in Tschernobyl, sondern auch „kleinere“ Unfälle wie der Benzol-Tankerunfall im Mannheimer Hafen hätten dem Bürger vor Augen geführt, wie wichtig Kenntnisse in der Selbst- und Nächstenhilfe sind.

Nach langen Jahren war der BVS wieder auf dieser großen Veranstaltung vertreten. In vielen Gesprächen mit den Besuchern wurde besonders betont, daß in einem Notfall die Hilfe der Rettungsorganisationen nicht überall sofort und gleichzeitig sein könne. Der Bürger solle deshalb das kostenlose Informations- und Ausbildungsangebot des BVS nutzen, um sich und anderen helfen zu können.

Mainz. Die BVS-Dienststelle Mainz zeigte in Verbindung mit der Stadtverwaltung

Mainz die Ausstellung „Zivilschutz mit dem Bürger — für den Bürger“ im Foyer des Rathauses.

In Vertretung von Oberbürgermeister Jockel Fuchs eröffnete der Dezernent für den Zivilschutz, Prof. Kurt Dörr, die Ausstellung. Von den anwesenden Mitgliedern des Stadtrates und den Repräsentanten der politischen Parteien sowie der Katastrophenschutz-Organisation wurde die Notwendigkeit des Zivil- und Selbstschutzes hervorgehoben.

Dörr bedankte sich bei allen Anwesenden für das Engagement, das sie für diese Belange aufgebracht hätten.

Den Begriff „Selbstschutz“ sprach anschließend BVS-Landesstellenleiter Awiszus besonders an. Er hob hervor, daß Selbstschutz ein Zeitproblem darstellt zwischen Eintreten von Gefahrensituationen und Eintreffen der organisierten Hilfe. Hier sollte der Bürger in der Lage sein, diese Zeitspanne durch sinnvolle Selbsthilfe zu überbrücken. Awiszus wies auf die Ausbildungsangebote des BVS und der Hilfsorganisationen hin.

Das Resümee nach Beendigung der Ausstellung zeigte, daß ein sehr reges Interesse der Bevölkerung vorhanden ist. Dies wurde vor allem an den vielen Gesprächen und Diskussionen deutlich.

Kaiserslautern. Seit Jahren arbeitet die BVS-Dienststelle Kaiserslautern sehr eng mit der Civilian Support Group (CSG), 6950 US-Army, Kaiserslautern zusammen. Eine besondere Ehre wurde jetzt BVS-Dienststellenleiter Hilmar Matheis zuteil.

Während der Feierlichkeiten zum 35jährigen Bestehen der CSG 6950 in Kaiserslautern-Vorgelweh verlieh der Leiter dieser Einheit, Werner Jung, an Matheis die deutsche Dienstausszeichnung der Civilian Support Organization, United States Army Europe.

In der überreichten Urkunde heißt es: „Herrn Hilmar Matheis wird die deutsche Civilian Support Dienstausszeichnung in Würdigung seiner Verdienste um die



BVS-Dienststellenleiter Hilmar Matheis nimmt aus der Hand von Werner Jung die Auszeichnung entgegen.

Fort- und Weiterbildung der Civilian Support-Arbeitnehmer verliehen.

Als Leiter der Dienststelle des BVS in Kaiserslautern hat Herr Matheis mit großem persönlichen Engagement dazu beigetragen, den Ausbildungsstandard unserer Lehrgangsteilnehmer erheblich zu erhöhen. Durch die von ihm durchgeführte und geleitete Ausbildung an der BVS-Schule in Birkenfeld, konnten neue Ausbildungsvorhaben praxisnah und in kürzester Zeit realisiert werden."

Saarland-Rundschau

Saarbrücken. Der Selbstschutz in Wohn- und Arbeitsstätten, vornehmlich aber die Aufbau- und Förderungsmaßnahmen der Gemeinden, standen im Mittelpunkt der Informationstagung „Zivilschutz“, zu der viele Kommunalpolitiker aus dem Saarland angereist waren.

BVS-Landesstellenleiter Christian Koch stellte hierbei nicht nur die besondere Bedeutung der Vorsorge und Eigenhilfe des Bürgers heraus. Er ging insbesondere auch auf die den Hauptverwaltungsbeamten der Gemeinden obliegenden Verpflichtungen näher ein, wobei er gleichzeitig auf eine wirkungsvolle Unterstützung des BVS bei der Aufgabenerfüllung hinweisen konnte. Die gemeinsamen Initiativen der Gemeinden und des Verbandes hätten bereits in zahlreichen Fällen zu ausgezeichneten Ergebnissen geführt. Es müsse auch für die Zukunft angestrebt werden — so der Landesstellenleiter — die Information und Ausbildung der Bevölkerung sowie den Behördenselbstschutz und den betrieblichen Katastrophenschutz noch weiter zu intensivieren.

Schließlich hob Koch die Wichtigkeit der Selbstschutzberater hervor, wobei er auf die Tatsache verwies, daß der BVS in der Vergangenheit entscheidend mit dazu beigetragen habe, daß zahlreiche Bürger als Selbstschutzberater gewonnen und ausgebildet werden konnten. Erfreulich sei nun herauszustellen, daß die erste persönliche Ausstattung für einen Teil der Selbstschutzberater in Kürze ausgeliefert werden.

Die Kommunalpolitiker waren von der Notwendigkeit der Selbstschutzvorkehrungen überzeugt. Sie sprachen sich einhellig für eine Intensivierung der entsprechenden Maßnahmen aus. Dafür wollen sie sich in ihren Gemeinden einsetzen. Ein Teil der Mandatsträger zeigte sich sogar bereit, die Funktion eines Selbstschutzberaters zu übernehmen.

Saarbrücken. Am 13. November 1986 veranstaltete die SPD-Stadtratsfraktion

der Landeshauptstadt Saarbrücken ein Hearing zum Thema „Schutzraumbau“ in Form einer Podiumsdiskussion.

Als Podiumsteilnehmer waren neben dem Vorsitzenden anwesend: Manfred Münster, Beigeordneter im Betriebs- und Sicherheitsdezernat der Landeshauptstadt Saarbrücken; Georg Beck, Vertreter der IG Bau, Steine, Erden; Dietmar Kolling, Architekt; Georg Vief, Arzt und Mitglied der Internationalen Vereinigung der Ärzte gegen den Atomkrieg (IPPNW); Franz Kuhn, Leiter der BVS-Dienststelle Saarbrücken.

Bereits nach den Eingangsreferaten wurde die Gegensätzlichkeit der einzelnen Standpunkte deutlich. Mit Ausnahme des Vertreters der Stadt und des BVS wurden von den Beteiligten klare Absagen zum Schutzraumbau erteilt. Die gut geführte und zumeist sachlich vorgetragene Diskussion ermöglichte den Zuhörern ein breites Spektrum der Betrachtungsmöglichkeiten. Fragen aus dem Publikum dienten der Klärung von Einzelheiten.

Eine Annäherung an die gegenseitigen Standpunkte konnte in der Kürze der Zeit nicht erreicht werden. Dies war auch gar nicht vorgesehen, wie der Vorsitzende in seinem Schlußwort ausführte. Vielmehr sollten den Fraktionsmitgliedern die einzelnen Grundeinstellungen und ihre jeweilige Begründung vorgestellt werden, um anschließend selbst eine entsprechende Entscheidung der Fraktion herbeiführen zu können.

Saarbrücken. Die erneuten Kontakte der BVS-Landesstelle Saarland zu den politischen Parteien auf Landesebene zeigen Erfolg. So hat z. B. der Landesvorsitzende der F.D.P., Dr. Horst Rehberger, BVS-Landesstellenleiter Christian Koch inzwischen zugesichert, die Funktions- und Mandatsträger seiner Partei über das Informationsangebot des BVS zu unterrichten. Die Landesstelle hat die Absicht, für den betreffenden Personenkreis Informationstagungen „Zivilschutz“ durchzuführen mit dem Ziel, eine weitere Belebung der Öffentlichkeitsarbeit und Ausbildung zu erreichen.

Südwest aktuell

Freiburg. In ihrer Freizeit besuchten im September 43 Interessenten, darunter Mitarbeiter der Landratsämter Lörrach und Waldshut, Zivilschutzsachbearbeiter aus Bad Säckingen und Stühlingen, Helfer des THW und die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Freiburg das Eidg. Institut für Reaktorforschung (EIR) in Würenlingen/Schweiz.

Frau Pfeuti, zuständig für den Besucherdienst der EIR, begrüßte die Gäste. Sie erläuterte die Entstehung des Institutes und zeigte das Forschungs- und Entwicklungsprogramm auf. Im Anschluß stellte sich der Leiter der EIR-Schule für Strahlenschutz, Spiess, den Fragen der Besucher. Der Schwerpunkt der Fragen zielte auf das Reaktorunglück in Tschernobyl sowie auf die Vorsorgemaßnahmen der Schweiz im Vergleich zur Bundesrepublik.

Bei einem Rundgang durch das Institutsgelände wurde den Besuchern die Arbeitsweise des Forschungsreaktors SAPHIR gezeigt. Dieser Schwimmreaktor war ursprünglich das vielbestaunte Aushängeschild der USA auf der 1. Weltkonferenz für die friedliche Nutzung der Kernenergie im Jahre 1955 in Genf. Der Reaktor wird zu Ausbildungs- und Forschungszwecken sowie als leistungsstarke Neutronenquelle betrieben. Zu bestaunen war die Sicherheitszone 2, das Hot-Labor (radioaktive heiße Materialien), in dem Materialprüfungen und Forschungen mit Hilfe von Fernbedienungseinrichtungen (sog. Greifarme) in heißen Zellen durchgeführt werden.

Beeindruckt waren die Besucher von der Vielfalt der Forschungs- und Entwicklungsprogramme, die bei der EIR durchgeführt werden. Interessant sind die sicherheitstechnischen Einrichtungen, um einen Strahlenunfall auszuschließen.

Karlsruhe. „Durch eine Explosion im Bereich des Küchentraktes im 3. Obergeschoß des Regierungspräsidiums Karlsruhe kommt es zu Bränden und Einsturz von Decken; einige Personen sind verschüttet.“

So lautete die Lagemeldung des Behördenselbstschutzleiters, Sohns, an die Führer der Bergungs-, Brandschutz- und Sanitätsstaffel. Durchgeführt wurde diese Übung auf dem Katastrophenschutz-Übungsgelände der Stadt Pforzheim und des Enzkreises, da die Einsatzkräfte dort realistische Bedingungen vorfinden. Die Selbstschutzkräfte bekämpften Brände, bargen „Verletzte“ aus den Trümmern und versorgten die täuschend echt geschminkten Verletztendarstellerinnen.

Durch besondere Einlagen der Übungsleitung wurden die Helfer immer wieder vor neue Aufgaben gestellt. Während die Lösch- und Bergungsarbeiten in vollem Gange waren, stürzte eine „brennende“ Person schreiend aus dem Küchenbereich. Nun galt es, die Flammen schnell zu ersticken und die Brandwunden fachgerecht zu versorgen. Auch bei einem „Verkehrsunfall“ mußte schnell und umsichtig gehandelt werden. Die Unfallstelle wurde abgesichert, „Verletzte“ aus dem

Fahrzeug befreit und ein Notruf abgesetzt.

Die BVS-Mitarbeiter der Dienststelle Karlsruhe, die das Regierungspräsidium bei der Vorbereitung und Durchführung der Übung unterstützten, zeigten sich mit den Leistungen der Selbstschutzkräfte zufrieden.

Bayern heute

München. Die BVS-Dienststelle München führte einen „Selbstschutztag“ im Zentralfinanzamt (ZFA) durch. Dank der freundlichen Unterstützung durch den Amtsleiter, Ltd. Regierungsdirektor Müller, und Behördenselbstschutzleiter Steueramtsrat Ströbel konnte die Veranstaltung im historischen „Alten Hof“ in München stattfinden.

Die Münchener Tagespresse kündigte die Veranstaltung in ihren Lokalteilen an.

Zahlreiche Besucher informierten sich an den vier BVS-Ständen über Selbstschutzausstattung in Wohnstätten, Lebensmittelbevorratung, Schutzraumbau, Ausbildung im Selbstschutz und die ehrenamtliche Mitarbeit im BVS.

Jedem der Stände war eines dieser Themen zugeordnet und mit Geräten, Modelle und Informationstafeln ausgestattet. Der Einsatz eines Filmwagens rundete das Angebot ab.



Die vier BVS-Informationsstände im „Alten Hof“ in München.

Auch viele Angehörige des Zentralfinanzamts nutzten ihre Mittagspause, um die Informationsstände des BVS zu besuchen.

Tags zuvor waren etwa 40 Beschäftigte des ZFA als Brandschutz-, Bergungs- und Sanitätskräfte des Behördenselbst-

schutzes eingesetzt, um bei der halbjährlichen Übung unter der Leitung des Behördenselbstschutzleiters und den Mitarbeitern der BVS-Dienststelle München ihr Können unter Beweis zu stellen.

In den Kellerräumen des ZFA waren „Verletzte“ zu bergen und zu versorgen, Abstütungen und Aussteifungen einzubringen, Schutzraumtüren auszuheben, Entstehungsbrände und brennende Kleidung von Personen abzulöschen.

Nach zwei Stunden schwerster Arbeit unter zum Teil schwierigen Bedingungen konnte die Übung mit Erfolg beendet werden.

Dabei hat sich wiederum der gute Ausbildungsstand und die Einsatzbereitschaft der Helfer des Behördenselbstschutzes im ZFA gezeigt.

Garmisch-Partenkirchen. Unter starker Beachtung der Presse haben die Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Starnberg in nahezu 3000 Metern Höhe, unter dem Gipfel der Zugspitze, den höchsten Selbstschutz-Grundlehrgang, der jemals veranstaltet wurde, durchgeführt. Teilnehmer waren die Beschäftigten der auf Deutschlands höchstem Berg etablierten Behörden wie Post- und Fernmeldeamt, Wetteramt, Zoll und Grenzpolizei sowie Zugspitzbahn AG.

Mit freundlicher Unterstützung der Zugspitzbahn AG wurde das gesamte Gerät für die Ausbildung mit der Zahnradbahn unmittelbar ins Hotel „Schneefernerhaus“ transportiert, wo in einem Nebenzimmer, mit herrlichem Blick über die bayerischen und österreichischen Alpen, bis weit hinein nach Südtirol, der theoretische Teil des Lehrgangs stattfand.

Die praktische Ausbildung wurde auf einem Geröllfeld unter dem Gipfelkreuz der Zugspitze durchgeführt.



Selbstschutz-Grundausbildung auf Deutschlands höchstem Berg. Lehrgangsteilnehmer üben das Ablöschen eines Brandes mit dem Pulverlöschers.

Kaufbeuren. 16 Angehörige des Behördenselbstschutzes der Justizvollzugsanstalt Landsberg und die BVS-Fachlehrer Helmut Volpert und Manfred Eberl der Dienststelle Kaufbeuren übten unter Leitung des Behördenselbstschutzleiters und Leiters der Betriebsfeuerwehr der Vollzugsanstalt, Regierungsinspektor Rüdiger Vieweger, für das Bayerische Feuerwehr-Leistungsabzeichen Stufe I (Bronze).

Vor den kritischen Augen des Kreisbrandrates Drischberger und zwei Schiedsrichtern der Freiwilligen Feuerwehr legten die beiden Löschgruppen dann die Prüfung mit Erfolg ab.

Bei einem abschließenden kameradschaftlichen Beisammensein wurde die gute Ausbildung der Behördenselbstschutzkräfte gelobt und die gute Zusammenarbeit zwischen dem Behördenselbstschutz und den Freiwilligen Feuerwehren gewürdigt.

Ein Vertreter der Anstaltsleitung bedankte sich bei den Einsatzkräften für die gezeigte Leistung. Sein besonderer Dank galt auch den Mitarbeitern des BVS, die bereits seit fünf Jahren die Behördenselbstschutzkräfte der Justizvollzugsanstalt in 34 Selbstschutz-Fachlehrgängen hervorragend ausbildeten.

Das besonders gute Verhältnis zwischen BVS und Justizvollzugsanstalt zeigte sich auch darin, daß zwei Mitarbeiter des BVS bei der Prüfung für das Feuerwehr-Leistungsabzeichen teilnahmen.

Deggendorf. Neben den traditionellen Messestädten Straubing und Passau hat nun erstmals die Stadt Deggendorf für die Donau-Wald-Region eine Gewerbeausstellung durchgeführt. Zu den 260 Ausstellern gehörte auch die BVS-Dienststelle Deggendorf. In Halle 11 wurde mit



Hoher Besuch in der BVS-Ausstellung in Deggendorf (v. rechts): Bezirksrat Georg Haberl, Oberbürgermeister Dieter Görnitz, Staatsminister Alfred Dick, BVS-Dienststellenleiter Rudolf Hackl und BVS-Mitarbeiter Krüger. (Foto: Ohlwerter)

der Ausstellung „Schutz und Wehr“ die Öffentlichkeit über den Zivilschutz und insbesondere den Selbstschutz in Wohn- und Arbeitsstätten informiert.

In zahlreichen Einzelgesprächen konnten die BVS-Mitarbeiter auf das kostenlose Informations- und Ausbildungsangebot hinweisen. Erste Erfolge zeigen sich darin, daß bereits mit einigen Vereinsvorständen Gespräche über die Aufnahme von BVS-Veranstaltungen in das Winterprogramm geführt wurden.

Am Eröffnungstag besuchte der Bayerische Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltfragen, Alfred Dick, der Regierungsvizepräsident von Niederbayern, Dr. Heinz Huther, sowie weitere zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens den Informationsstand.

Staatsminister Dick informierte sich in einem Gespräch mit dem Leiter der Dienststelle Deggendorf, Rudolf Hackl, eingehend über das Informations- und Ausbildungsangebot des BVS und wünschte der Ausstellung viel Erfolg.

Am Donnerstag, dem 9. Oktober 1986, (Tag der Landwirtschaft) informierte sich der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Ignaz Kiechle, auf der Donau-Wald-Ausstellung. Auch er besuchte mit zahlreichen Ehrengästen die BVS-Ausstellung.

Die 1. Deggendorfer Donau-Wald-Ausstellung war ein großer Erfolg. Insgesamt besuchten über 80 000 Interessenten die Messe.

Auerbach. „Die Bevölkerung von Auerbach und Umgebung hat sich sehr engagiert“, resümierte BVS-Dienststellenleiter Franz Weinberger, Weiden, nach Abschluß eines Sicherheitswettbewerbes unter dem Motto „Damit Hilfe kein Zufall bleibt“ am 4. Oktober 1986. Rund 50 Teilnehmer hatten sich für diesen Wettbewerb interessiert, der im Rahmen der

Selbstschutztage in Verbindung mit einem „Tag der offenen Tür“ am Parkplatz „Schwemmweiher“ stattfand.

Veranstalter war der BVS in Zusammenarbeit mit der Stadt Auerbach, dem ASB, dem THW, dem 3. Betreuungszug des erweiterten Katastrophenschutzes, den Feuerwehren Auerbach und Nasnitz, dem Motorsportclub und der Verkehrswacht.

Die Schirmherrschaft hatte Bürgermeister Hanni Haberberger übernommen.

Zur Eröffnung am Samstagvormittag stellte Bürgermeister Haberberger den Dank der Stadt obenan; hätten doch die Selbstschutztage mit den Informationsabenden mit Sicherheit viel für die Bürger dieser Großgemeinde gebracht.

Auch stv. Landrat Rudolf Merkl hatte sich eingefunden und überbrachte die Grüße des Landrates Dr. Hans Wagner.

Die Selbstschutztage wie auch der Sicherheitswettbewerb hätten dazu beigetragen, die Bevölkerung zur Selbst- und Nächstenhilfe zu motivieren. Immerhin müßten in der Bundesrepublik täglich 5000 Notfalleinsätze geleistet werden. Nur fünf Prozent der Bundesbürger seien in der Lage, am Unfallort Erste Hilfe zu leisten. Gerade als Gemeinde am Rande des Truppenübungsplatzes Grafenwöhr, wie es Auerbach sei, werde man stärker gefordert. Die Förderung der Selbsthilfe werde von der Friedensbewegung gerne als „Gewöhnungs- und Einschläferungsmittel für eine atomare Auseinandersetzung“ hingestellt. Gegen diese Äußerungen müsse man sich wehren, meinte Merkl und fuhr fort: „Wir sind stolz auf die Männer und Frauen im Landkreis, die im ehrenamtlichen Einsatz Hilfe leisten.“

Weinberger gab nun grünes Licht für den Wettbewerb, an dem sich auch die Real- und Hauptschule mit je einer Gruppe beteiligten.

Der ehemalige aktive Feuerwehrmann kam dann zum Durchbruch, als stv. Land-

rat Merkl, assistiert von Direktorin Sr. Beate Wittmann und Rektorin Sr. Salesia Lauß, die Aufgabe „Anschluß eines Schlauches mit Strahlrohr“, weit unter der geforderten Zeit von 20 Sekunden bravourös meisterte.

Neun Stationen mußten die Wettbewerbsteilnehmer durchlaufen, wobei theoretische und praktische Aufgaben zu bewältigen waren.

Alle 90 Punkte, die dabei zu erreichen waren, konnte Manfred Lanz verbuchen. Er wurde dafür mit dem 1. Preis, einem Fahrrad, belohnt. Zweiter Preis war ein Sanitätskasten, den Johanna Schubert (89 Punkte) gewann. Mit 88 Punkten erreichte Christine Skala den dritten Platz.

Bamberg. Ihrer örtlichen Tageszeitung konnten die Bamberger Bürger entnehmen, in welcher vorbildlicher Weise ihre Stadt dem gesetzlichen Auftrag nachkommt, für Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes zu sorgen. Es war nicht nur nachzulesen, welche der 21 Selbstschutzberater für welchen Bereich der Stadt zuständig sind, auch die Wohnadressen waren angegeben. Hier können sich die Bürger über Selbstschutzmaßnahmen informieren.

Die Verantwortlichen im Rathaus nutzten die Veröffentlichung auch, um auf die Pflichten der Gemeinde hinzuweisen, die Aufgaben der Selbstschutzberater zu beschreiben, die Grundidee des Selbstschutzes darzulegen und auf den BVS als die ausbildende Institution hinzuweisen.

Kaufbeuren. In der Justizvollzugsanstalt Landsberg fand ein Informationsvortrag mit dem Thema „Der Selbstschutz in Behörden – eine wichtige Aufgabe“ statt. 181 Beschäftigte waren zu motivieren, Vorsorgemaßnahmen durchzuführen und im Bereich der Justizvollzugsanstalt den Selbstschutz aufzubauen.

Die Mitarbeiter zeigten sich sehr interessiert, und viele bekundeten ihr Interesse an einer Mitarbeit im Behördenselbstschutz. Seitens der Anstaltsleitung hob Oberregierungsrat Moser die Aufbauarbeit des Behördenselbstschutzleiters Regierungsinspektor Vieweger in den vergangenen fünf Jahren lobend hervor.

76 Bedienstete haben sich schon zu einer freiwilligen Mitarbeit im Behördenselbstschutz bereit erklärt und zum großen Teil die entsprechende Fachausbildung im Brandschutz-, Bergungs- und Sanitätsdienst durchlaufen. Die Allroundausbildung gewährleistet, daß gerade angesichts des Schichtdienstes immer genügend Fachkräfte für die Selbstschutzeinheiten zur Verfügung stehen.

Zum Gedenken an Otto Lummitzsch

Ein Mann – eine humanitäre Idee

Wenn ein Ortsverband der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk sein 25jähriges Bestehen begeht, dann erhält er vom Direktor eine Ehrenurkunde mit dem Bild, das den Gründer der Organisation, Otto Lummitzsch, zeigt, wie er gerade junge THW-Helfer für den Einsatz in Holland (1953) verabschiedet.

Wer war dieser Mann, der im Abstand von gut 30 Jahren zwei Organisationen, die Technische Nothilfe und das Technische Hilfswerk gründete und deren Leiter war?

Der Bevölkerung In Notlagen helfen

Lummitzsch wurde am 10. Februar 1886 in Leipzig-Plagwitz geboren. Sein Vater war zunächst Gutsbesitzer in Kuttlau, Niederschlesien, später Landmaschinenhändler in Glogau. Der Sohn Otto besuchte die Schule in Glogau und absolvierte anschließend eine technische Ausbildung, die ihn, seinen Neigungen entsprechend, in die Lage versetzte, eine Existenz als Bauingenieur und Architekt

in Berlin aufzubauen. Doch bald unterbrach der Ausbruch des Ersten Weltkrieges seinen Lebensweg. Von 1914 bis 1918 leistete er Militärdienst in verschiedenen Verwendungen. Mit dem Eisernen Kreuz Erster Klasse und mit weiteren Auszeichnungen dekoriert, stellte sich der Leutnant der Reserve Lummitzsch nach Kriegsende sofort der Garde-Kavallerie-Schützen-Division in Berlin zur Verfügung, um seinem Vaterland in schwerer Zeit zu helfen.

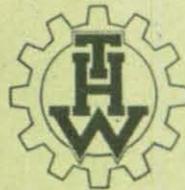
Während dieser Phase des Überganges, der politischen Unruhen und gewalttätigen Auseinandersetzungen hatte er die Vorstellung, eine große Organisation auf freiwilliger Grundlage zu schaffen, die dem Staat und der Bevölkerung in Notlagen technische Hilfe leisten sollte. Zum besseren Verständnis des Anliegens von Otto Lummitzsch erscheint es nützlich, sich einmal vor Augen zu führen, daß damals, als der Staat sich zwischen Auflösung und Neugründung befand, jede Störung der Versorgung, vor allem der Kinder, der alten Menschen und der Krankenhäuser katastrophale Folgen haben konnte.

Daher wurde Lummitzsch's Idee vom Militär akzeptiert. Im Januar 1919 konnte er im Garde-Kavallerie-Schützen-Korps die erste Technische Abteilung aufstellen, der schnell weitere folgten. Diese Abteilungen wurden ihm ebenfalls unterstellt.

Das Bild auf der Ehrenurkunde erinnert an Otto Lummitzsch.



Otto Lummitzsch, der Gründer und erste Direktor des Technischen Hilfswerks, verabschiedet THW-Helfer vor dem Hollandensatz 1953, dem ersten Auslandseinsatz des Technischen Hilfswerks



VOR FÜNFUNDZWANZIG JAHREN FÜHRTE DER ZUSAMMENSCHLUSS FREIWILLIGER EHRENAMTLICH TÄTIGER HELFER ZUR GRÜNDUNG DES ORTSVERBANDES

AUS EINFACHEN ANFÄNGEN HERAUS ENTSTAND DER ORTSVERBAND IN SEINER HEUTIGEN GESTALT ALS EIN MITTELPUNKT DES DIENENS AM MENSCHEN. ALS DANK UND ANERKENNUNG FÜR DIE VON DEN HELFERN GELEISTETE AUFBAUARBEIT STIFTE ICH DEM ORTSVERBAND DIESES ERINNERUNGSBLATT.

BONN-BAD GODESBERG

DIREKTOR DES TECHNISCHEN HILFswerKS

Insgesamt gehörte die Technische Truppe jedoch zunächst zur vorläufigen Reichswehr. Die ständig zunehmende Zahl der Einsätze und die daraus resultierenden Erfolge einerseits sowie die wachsenden Aufgaben andererseits machten eine erhebliche Vergrößerung des Potentials notwendig. Daraufhin sah sich Lummitzsch veranlaßt, der Reichsregierung die Bildung einer „Technischen Nothilfe“ im ganzen Reichsgebiet vorzuschlagen.

Zügiger Aufbau

Aufgrund des Friedensvertrages von Versailles (28. Juni 1919) mußte die Reichswehr ihr Berufsheer auf 100 000 Mann reduzieren. Im Zuge dieser Maßnahme wurden die Technischen Truppen aufgelöst und die Technische Nothilfe Ende 1919 als neue Organisation dem Reichsminister des Innern unterstellt und Otto Lummitzsch als ihr Leiter eingesetzt.

Da es weder an Freiwilligen noch an Aufgaben fehlte, ging der Aufbau der neuen Technischen Nothilfe, alsbald „TN“ oder auch „TENÖ“ abgekürzt, unter Lummitzsch im ganzen Reichsgebiet sehr zügig voran. Seine große Stütze hierbei war sein Vertreter und Freund Erich Hampe (* 17. 12. 1889, † 27. 6. 1978). Hampe war übrigens im Zweiten Weltkrieg bekannt geworden als General der Technischen Truppen, die er 1941, nach seinem erzwungenen Ausscheiden aus der TN-Führung, innerhalb der Deutschen Wehrmacht gegründet hatte, und von 1954 bis 1956 war er Präsident der Bundesanstalt für Zivilen Luftschutz in Bonn, einer Vorläuferbehörde des heutigen Bundesamtes für Zivilschutz.

In ungezählten Einsätzen nach Unglücken in Industriebetrieben, Verkehrsunfällen oder Naturkatastrophen hat sich die Technische Nothilfe in der Folgezeit bei der Schadensbekämpfung sehr bewährt und die Bevölkerung vor den schlimmsten Auswirkungen sogenannter wilder, von den Gewerkschaften nicht getragener Streiks geschützt. So haben Lummitzsch und seine nach Hunderttausenden zählenden ehrenamtlichen TN-Männer einen ganz wesentlichen Beitrag zur Sicherung der noch jungen Republik geleistet. Aber der TN blieben auch Opfer nicht erspart. Als Beispiel seien die drei jungen Nothelfer Gerhard Richter, Adolf Eckard und Herbert Stentzel genannt, die am 7. und 8. Februar 1922 bei der Ausübung ihrer freiwillig übernommenen Pflicht ihr Leben bei Eisenbahnunfällen verloren. Ihnen zu Ehren hat die Technische Nothilfe auf dem Luisenfriedhof in Berlin eine künstlerisch gestaltete Grabstätte errichtet, die von Otto Lummitzsch nach 1950 auch zu einer Gedenkstätte des Technischen Hilfswerks erklärt wurde.

Zuflucht bei der Wehrmacht

Mit dem Erstarken der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei (NSDAP) kam es nach deren Machtübernahme 1933 zu fortwährenden Versuchen, die sich politisch zurückhaltende Organisation TN zu „bräunen“, d. h. sie zu einer reinen Nazi-Organisation zu machen. Als erstes wurde Otto Lummitzsch zum 1. April 1934 seines Postens enthoben, weil seine Frau Käthe, geb. Heilbronn, Halbjüdin war.

Lummitzsch mußte der Gewalt weichen. Er trat dann als Direktor in die Zentralverwaltung des Elektrokonzerns AEG in Berlin ein. Hier konnte er tätig sein, bis der Zweite Weltkrieg eine erneute Unterbrechung mit sich brachte und er als Hauptmann der Reserve beim Wehr-Wirtschafts- und Rüstungsamt im Oberkommando der Wehrmacht eingesetzt wurde. Es ist also festzustellen, daß Lummitzsch und Hampe als Gründer und Führer der TN sich politisch nicht halten konnten und eine Art Zuflucht bei der Wehrmacht fanden, bis der Krieg zu Ende war. Lummitzsch ging dann wieder zur AEG, ließ sich aber bereits ab dem 1. Juli 1946 wieder beurlauben und eröffnete in Berlin ein Ingenieurbüro.

Ein Neubeginn

Die politische und wirtschaftliche Situation in der damaligen sowjetischen Besatzungszone und in der späteren DDR bewog ihn, dem ersten Präsidenten der 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland, Prof. Dr. Theodor Heuss, und dem Bundesminister des Innern, Dr. Dr. Gustav W. Heinemann, die Schaffung einer Organisation – ähnlich der von den Alliierten zusammen mit vielen anderen vergleichbaren Organisationen sofort aufgelösten TN – vorzuschlagen.

Der Bundesminister des Innern beauftragte Lummitzsch daraufhin am 22. August 1950 mit dem Aufbau einer zivilen Helfer-Organisation, die alsbald den Namen Technisches Hilfswerk (THW) erhielt. Dieser war natürlich nur möglich, weil es Lummitzsch gelang, viele ehemalige TN-Männer für seine Idee unter neuen politischen und sozialen Gegebenheiten zu gewinnen. Ob in seiner unmittelbaren Umgebung oder in den Städten der einzelnen Bundesländer, überall gab es engagierte Bürger, die bereit waren, die schwere Aufbauarbeit zu beginnen. Die Organisation erhielt eine Struktur, Landesverbandsdienststellen wurden eingerichtet, und Lübeck war der erste der heute 613 Ortsverbände. Die in den ersten Jahren äußerst knappen Haushaltsmittel konnten nur auf der Grundlage von gutem Willen und Improvisation zu Erfolgen beitragen.

Schaufeln und Spitzhacken, Äxte und Bindeleinen bildeten die erste Ausstattung des THW. Mit „Tempo-Matador“ (1,2 t), „Opel-Blitz“ (1,75 t) und „Ford“ (2,0 t) als Einsatzfahrzeuge konnten 1952/53 die ersten motorisierten Bereitschaftszüge aufgestellt werden.

Hemmnisse überwunden

Unermüdlich war Otto Lummitzsch tätig, um ein einsatzbereites THW zu schaffen. Doch überall gab es selbstverständlich auch Hemmnisse, die jedoch nicht zuletzt durch die überzeugende Leistung der Helferschaft überwunden werden konnten.

Für Otto Lummitzsch erwies sich „seine“ TN unerwartet jedoch auch als belastende Hypothek, freilich zu Unrecht, wie sich nach und nach herausstellte.

Der große Durchbruch für das THW kam mit dem ersten Auslandseinsatz in den Niederlanden, nach der großen Flut im Februar 1953. Es war zugleich der erste bedeutende Einsatz der Organisation überhaupt. Für Niederländer und Deutsche war dieser Einsatz eine gute Hilfe für die Wiederherstellung nachbarschaftlicher Beziehungen nach dem Kriege. In Deutschland wurde eine Welle der Sympathie für das THW ausgelöst. Eine Verdoppelung der Helferzahlen war die unmittelbare Folge. Lummitzsch konnte zufrieden sein, seine Idee hatte gezündet. Inzwischen war der Plan, das THW als eingetragenen Verein nach dem Bürgerlichen Recht zu gestalten, aufgegeben worden. Zur besseren Absicherung der Helfer entschloß sich der Innenminister zu einem anderen Schritt: Mit dem Errichtungserlaß vom 25. August 1953 gab er dem Technischen Hilfswerk den Status einer nichtrechtsfähigen Bundesanstalt, zu deren Direktor Otto Lummitzsch bestellt wurde.

Ein doppeltes Lebenswerk

Der Aufbau des THW ging in großen Schritten weiter. Viel Arbeit wurde für die Ausstattung und die Ausbildung aufgewendet. Katastropheneinsätze, so z. B. die Überschwemmung vieler Teile des Landes Bayern 1954, forderten und forderten das THW.

Als Otto Lummitzsch am 15. April 1955 in den Ruhestand trat, konnte er auf ein doppeltes Lebenswerk zurückblicken. Zweimal hatte er aus dem Nichts heraus Organisationen mit freiwillig und ehrenamtlich tätigen Helfern geschaffen und damit ein bedeutendes humanitäres Werk vollbracht, das in der Welt ohne Beispiel ist.

J. v. Arnim

40 000 Menschen waren obdachlos

THW-Helfer unterstützten Rettungsmaßnahmen nach Erdbeben in Griechenland

Ein neues Verschütteten-Suchgerät wurde mit Erfolg eingesetzt und stieß auf großes Interesse

Ein starkes Erdbeben erschütterte vor einigen Wochen Teile Süd Griechenlands. Besonders schwer betroffen war die süd-peloponnesische Stadt Kalamata. Auf Ersuchen der Regierung in Athen hin entsandte die Bundesregierung Deutschland unter anderem eine Mannschaft des Technischen Hilfswerks (THW) zur Unterstützung der örtlichen Rettungsmaßnahmen nach Kalamata. Elf THW-Helfer unter der Leitung von Dipl.-Ing. Dietrich Läpke, stv. THW-Landesbeauftragter für Baden-Württemberg, trafen zusammen mit drei Helfern des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) in einer Bundeswehrmaschine in Kalamata ein. Sie waren sechs Tage lang im Einsatz.

Ein Erdbeben in der Stärke 6,2

Das Erdbeben hatte in der Stärke 6,2 nach der nach oben offenen Richter-

Skala die südgriechische Hafenstadt Kalamata erschüttert. Glücklicherweise waren nur wenige der 45 000 Einwohner in ihren Häusern, denn gerade zu dieser Zeit wurde im Rahmen eines Volksfestes im Hafen ein neues Fährschiff nach Kreta in Dienst gestellt. Dennoch waren 19 Tote und 120 Verletzte zu beklagen.

Als ein Nachbeben in der Stärke von 5,6 die Stadt erneut erschüttert hatte, bat die griechische Regierung um technische Unterstützung mit Sauerstoffanlagen. Auf Bitten des Auswärtigen Amtes beauftragte das Bundesministerium des Innern die THW-Leitung mit der Entsendung einer THW-Hilfsmannschaft.

Die THW-Leitung erteilte dem THW-Landesverband Baden-Württemberg den Auftrag, zwei Trupps mit Sauerstoffanlagen nach Kalamata in Marsch zu setzen. Wegen unterschiedlicher Anschlüsse der griechischen Sauerstoffflaschen mußten Adapterstücke beschafft werden.



Dieses Wohnhaus drohte auf ein dahinterliegendes Schulgebäude zu stürzen. Mit drei Teilsprengungen wurde es endgültig zum Einsturz gebracht und abgeräumt.

Noch in der Nacht wurde die Ausstattung, zu der neben Rohren für die Sauerstoffanlagen auch Bergungsgerät gehörte, auf dem Bundeswehr-Flugplatz Köln-Wahn verladen. Die Bundeswehrmaschine hob schließlich mit knapp 13 Tonnen Hilfsmaterial und den Helfern in Köln ab.

Mit der THW-Mannschaft flog ein dreiköpfiges Team des Arbeiter-Samariter-Bundes (ein Einsatzleiter und zwei Feldköche). Es hatte die Aufgabe übernommen, die Hilfsgüter zu verteilen und für die obdachlose Bevölkerung zu kochen. Gegen Abend traf die Mannschaft in Kalamata ein.

Neues Suchgerät wurde eingesetzt

Nachdem sich bei früheren Auslandseinsätzen gezeigt hatte, daß insbesondere beim Entladen und Abtransport leicht große Verzögerungen auftraten, waren alle Helfer überrascht, mit welcher Präzision und Schnelligkeit die griechische Luftwaffe die Maschine entlud. Innerhalb von zwei Stunden war das gesamte Material abmarschbereit auf vier Lastkraftwagen verlastet.

Bei der Fahrt durch die Stadt stellte man auf den ersten Blick nur geringe Schäden fest. Zwar waren fast alle Häuser angeschlagen, aber nur bei einigen Gebäuden waren Zusammenbrüche zu erkennen. Obwohl Strom und Wasser funktionierten, hatten die Bewohner ihre Häuser verlassen, aus Angst vor weiteren Nachbeben.

Noch in der gleichen Nacht wurden die THW-Helfer von den griechischen Behörden zu einem zusammengebrochenen mehrstöckigen Haus gerufen. Dabei setzten sie erstmals ein neuartiges Verschütteten-Suchgerät ein, das aus einer Kette hochempfindlicher Mikrophone besteht. Es ermöglicht, auch noch leiseste Geräuschquellen genau zu lokalisieren.

An dieser Schadenstelle konnten die THW-Helfer auch ihre Sauerstoffanlagen wirkungsvoll einsetzen. Zwar wurden keine Verschütteten mehr geborgen, jedoch wurde durch den Einsatz des THW Gewißheit geschaffen, daß sich z. B. in einem zusammengestürzten fünfgeschossigen Gebäude, in dem bis zuletzt noch Personen vermutet worden waren, niemand mehr befand.

Die griechischen Behörden waren an diesen Geräten sehr interessiert, so daß die THW-Helfer nach Abschluß der Bergungsarbeiten dem Generaldirektor des griechischen Katastrophenschutzes, Skobos, und einigen Feuerwehroffizieren die Einsatzmöglichkeiten nochmals vorführen mußten.

Nur sehr langsam konnten sich die Helfer in den zusammengestürzten Gebäuden vorarbeiten.



In Kalamata wurde erstmalig ein neuartiges Verschütteten-Ortungsgesetz eingesetzt. (Fotos: OV Groß-Umstadt)



40 000 Obdachlose in Kalamata

Parallel zu den Bergungsarbeiten erfolgte die Erkundung weiterer deutscher Hilfsmöglichkeiten. Als erstes erging die Anforderung über die eingerichtete THW-Kurzwellenstation nach Deutschland über fünf Feldküchen zur Versorgung der in Zelten campierenden Bevölkerung.

Daraufhin wurde von der Bundesregierung ein Konvoi mit fünf Feldküchen, 14 ASB- und THW-Helfern sowie weiteren Hilfsgütern (chemische Toiletten, Zelte, Decken etc.) auf dem Landweg nach Kalamata in Marsch gesetzt, wo man nach drei Tagen eintraf.

Ein Eindruck vom Ausmaß der Schäden vermittelte die nach wenigen Tagen von den griechischen Behörden erstellte Statistik. In der Stadt Kalamata gab es 40 000 Obdachlose, die in Zelten untergebracht waren. Von dem früheren Bestand von 21 000 Wohneinheiten waren 14 500 unbewohnbar und nur 3 000 sofort wieder beziehbar. Von 577 Klassen der öffentlichen Schulen waren nur 169 noch

benutzbar. Die griechischen Behörden waren somit bei Unterbringung, Versorgung und Betreuung der 40 000 Bewohner vor ganz erhebliche Probleme gestellt. Erstaunt waren aber alle deutschen Helfer von der guten Organisation durch die griechischen Behörden.

So konnten bereits drei Tage nach dem Erdbeben alle Einwohner in Zelten untergebracht werden; auch wurde eine gut funktionierende Lebensmittelverteilung organisiert.

Probleme gab es bei der Versorgung mit warmem Essen sowie im Bereich der sanitären Verhältnisse. Hier waren vor allem die deutschen Hilfsmaßnahmen (Feldküchen, chem. Toiletten etc.) für die griechischen Behörden eine große Unterstützung.

Sprengung wurde vorgenommen

Einen Tag vor der Rückkehr nach Deutschland wurden die THW-Helfer

noch vor ein besonderes Problem gestellt. Ein beim Erdbeben stark beschädigtes viergeschossiges Haus drohte, auf ein daneben stehendes völlig intaktes Schulgebäude zu stürzen. Das THW wurde von der Einsatzleitung um Unterstützung bei der Beseitigung des inzwischen als „schiefer Turm von Kalamata“ genannten Gebäudes gebeten. Der als stv. Einsatzleiter mit vor Ort befindliche Geschäftsführer Goller, ein erfahrener THW-Sprengberechtigter, schlug eine Sprengung vor.

Das griechische Militär konnte kurzfristig nur militärischen Sprengstoff beschaffen, jedoch hatten die griechischen Behörden Bedenken, daß dadurch neue erdbebenähnliche Erschütterungen ausgelöst würden.

Daher wurden drei Teilsprengungen durchgeführt, wodurch das Gebäude soweit erschüttert wurde, daß der Rest mittels Stahlseilen des THW und mit einem Schaufellader eingerissen werden konnte. Dabei bewährte sich erneut die hervorragende Zusammenarbeit mit der Athener Feuerwehr.

Über diese Sprengung wurde am Abend im griechischen Fernsehen ausführlich berichtet und das THW dabei besonders hervorgehoben.

Dank an die Helfer

Nach Beendigung des Einsatzes wurde der THW-Einsatzleiter vom griechischen Sozialminister empfangen, der den ausdrücklichen Dank des griechischen Ministerpräsidenten Prof. Dr. Andreas Papan-dräou für die deutsche Hilfe aussprach.

Auch der für die Leitung aller Hilfsmaßnahmen verantwortliche Präfekt für die Region Messinien, Vassilis Petropoulakis, bedankte sich herzlich beim THW für die geleistete Unterstützung.

Die Rückreise der THW-Helfer erfolgte bis Venedig mit einer Transall-Maschine der Bundeswehr, von dort mit der Bahn weiter nach Deutschland.

Die Motivation der beteiligten THW-Helfer aus Baden-Württemberg (OV Mannheim und Heidelberg), Hessen (OV Groß-Umstadt) und Nordrhein-Westfalen (OV Bergisch-Gladbach) ist trotz großer Arbeitsleistung – die ersten drei Tage wurde auch in der Nacht fast ohne Pause durchgearbeitet – vorbildlich gewesen.

Die Zusammenarbeit mit den anderen im Einsatz befindlichen Hilfsorganisationen war sehr gut. Besonders beeindruckt waren jedoch alle Beteiligten über das gute, freundschaftliche Zusammenwirken mit den griechischen Feuerwehrleuten, Soldaten und auch den Verantwortlichen in der Einsatzleitung.



THW besuchte die „Roten Engel“ in Nykøbing

Neustadt. Zu Besuch beim dänischen Rettungskorps „Falck“, der größten privaten Rettungsgesellschaft der Welt, hielten sich am Wochenende die Helfer der THW-Ölwehr aus Neustadt auf. Zum ersten Male fuhr diese THW-Spezialeinheit aus dem Kreis Ostholstein mit allen Fahrzeugen und Sondergeräten nach Nykøbing auf der dänischen Insel Falster. Entsprechend positiv fiel das Fazit des deutsch-dänischen Treffens aus: Nicht nur das gegenseitige Kennenlernen der Hilfsorganisationen stand im Mittelpunkt des Besuchs, sondern auch der praktische Gebrauch der Einsatzmittel beiderseits des Fehmarnbelt.

Für die aus Neustadt angereisten THW-Helfer der Ölwehr unter der Leitung ihres Ortsbeauftragten, Rudolf Abold, präsentierte die diensthabende Mannschaft des „Falck-Rettungskorps“, die rund um die Uhr mit sechs hauptamtlichen „Roten Engeln“ in der 30 000-Seelen-Gemeinde in Bereitschaft steht, die komplette Palette der Fahrzeuge und Einsatzmittel.

Da Falck in Nykøbing sowohl Bergungs- und Brandschutzdienst als auch Krankentransporte und Straßenhilfsdienst durchführt, stehen der supermodern ausgerüsteten Station über 30 Spezialfahrzeuge in drei Fahrzeughallen zur Verfügung. Besonderes Interesse bei den THW-Helfern fand natürlich die Bekämpfung von Ölschäden auf der Straße und auf Fließgewässern.

Ein praktischer Erfahrungsaustausch brachte beiden Seiten neue Erkenntnisse. Als besonderen Clou konnte Falck-Einsatzleiter Svend Rasmussen den deutschen Gästen das neue Wasser-Rettungsfahrzeug mit kompletter Tauchausrüstung für vier Falck-Retter präsentieren, das zusätzlich durch ein seegängiges Rettungsboot mit Fachausstattung zur Bekämpfung von Ölschäden und zur Wasserbergung komplettiert wird.

Noch während der praktischen Besichtigung wurde das Spezialfahrzeug durch die hauseigene Alarmzentrale zum Einsatz gerufen. Und auch hier konnten die deutschen Gäste staunen: 20 Sekunden nach dem Alarm brauste der knallrote Spezialwagen bereits mit laut heulenden „Kojak“-Sirenen vom Hof.

Den Abschluß der umfangreichen Besichtigung bildete schließlich noch der Besuch der Polizei-Einsatzzentrale in Nykøbing, von wo aus die „Roten Engel“, wie die Falck-Retter in Dänemark liebevoll genannt werden, bei ihren Einsätzen im

Blick in die moderne Alarmzentrale von Falck in Nykøbing.
(Foto: Behrens)



Bereich der gesamten Insel Falster koordiniert werden.

THW-Ortsbeauftragter Abold zeigte sich erfreut über die freundliche Aufnahme in Dänemark und überreichte als Zeichen des Dankes einen THW-Wimpel an Einsatzleiter Svend Rasmussen, bevor die Kolonne der THW-Fahrzeuge sich auf den Rückweg zum Fährhafen nach Gedser machte.

C. B.

THW-Ölwehr im Einsatz nach Verkehrsunfall

Heiligenhafen. Auf der E 47, der großen Europastraße zwischen Lübeck und Puttgarden, überkam den Fahrer eines Hamburger Tanklastzuges plötzlicher Hunger. Er begann deshalb mit der Suche nach seinem Abendbrot in der Kabine – offenbar ohne mit genügender Sorgfalt auf den Straßenverkehr zu achten. Prompt kam der 10-Tonner von der Straße ab, überschlug sich und stürzte sieben Meter tief eine Böschung hinab. Seine Ladung: 10 000 Liter Maschinenöl (Hydraulik-Öl). Der Fahrer blieb unverletzt. Am Fahrzeug entstand großer Schaden, 1 000 Liter Schweröl versickerten im Boden.

Weitere 1 000 Liter konnte die alarmierte Ölwehr des THW-OV Neustadt noch ge-

rade rechtzeitig abpumpen, bevor auch diese Ölmenge ungehindert auslaufen konnte. Bei starkem Weststurm und kräftigem Regen arbeiteten die THW-Helfer über acht Stunden bis weit in die Nacht hinein an der Bergung der Ladung des Fahrzeuges, dessen restlicher Inhalt in einen Ersatz-Tanker umgepumpt wurde.

C. B.

Hoher Besuch

Kiel. Am 4. September 1986 stattete der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Hans-Georg Dusch, dem THW-Landesverband Schleswig-Holstein einen zweitägigen Informationsbesuch ab.

Gemeinsam mit Landesbeauftragten Meier wurden am frühen Nachmittag zunächst die Ortsverbände Flensburg und Schleswig im nördlichsten Kreis der Bundesrepublik aufgesucht.

Um sich einen Eindruck über die Einsatzbereitschaft und -fähigkeit beider Ortsverbände zu verschaffen, besichtigte Präsident Dusch die Unterkünfte sowie die Fahrzeuge und Großgeräte, die den Ortsverbänden für Einsätze und technische Hilfeleistungen zur Verfügung stehen. Dabei gab er den THW-Ortsbeauftragten und ebenfalls anwesenden Führungskräf-

Von der Straße abgekommen war der Tanklastzug sieben Meter tief abgestürzt.
(Foto: Behrens)



ten Gelegenheit, ihm über Sorgen und Nöte zu berichten.

Danach verlagerte sich die Informationsfahrt vom Norden an die Westküste Schleswig-Holsteins, wo der Präsident mehrere Ortsverbände in den schon oft von Sturmfluten heimgesuchten Kreisen Nordfriesland und Dithmarschen besuchte. Erste Station war gegen Abend des 4. September der Ortsverband Büsum, wohin der THW-Landesbeauftragte die Mitglieder des Landesausschusses, den Kreisbeauftragten für Dithmarschen sowie den zuständigen Geschäftsführer eingeladen hatte.

In harmonischer Atmosphäre wurden Gedanken, die die Helferschaft bewegen, ausgetauscht. Ein Hauptthema des Abends war die Abwanderung junger Helfer wegen der schlechten Arbeitsmarktlage, speziell an der Westküste, nach Süddeutschland. Allgemeines Resümee aller beteiligten Führungskräfte: „Es war ein fruchtbares Gespräch; wir haben einen für das THW sehr engagierten Präsidenten.“

Am zweiten Tag seiner Informationsreise, dem 5. September, besuchte der Präsident die Westküsten-Ortsverbände Tönning, Heide und Meldorf. Die jeweiligen Ortsbeauftragten oder deren Vertreter nutzten zum einen diese Gelegenheit, um bei der Begehung der Unterkünfte die positive Entwicklung in diesem Bereich aufzuzeigen, zum anderen aber auch, um „kleinere Probleme“ vorzutragen.

Ein kleiner Abstecher in das von holländischen Einwanderern in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts angelegte und auch heute noch mit seinen Kanälen und geraden Straßen sehr holländisch anmutende Friedrichstadt sowie ein Blick über den Nordseedeich bei Meldorf rundeten das Besuchsprogramm ab.

Er werde in nicht allzuferner Zukunft wiederkommen, äußerte Präsident Dusch bei seiner Verabschiedung in St. Michaelisdorf, was vermuten läßt, daß es ihm in Schleswig-Holstein gefallen hat, wo er am Nachmittag des zweiten Besuchstages auch noch an einer Landesvorstandssitzung der Helfervereinigung des THW teilnahm, bevor er nach Bonn zurückkehrte.

W. V.

Hamburg



Fahrt der THW-Jugend nach Fischen/Allgäu

Hamburg-Altona. Am 5. Oktober starteten nach Vorarbeiten durch die Jugendbetreuer Urs Nissen und Erk Völschau



Aufstieg zum Gottesacker.

22 Jugendliche des THW-Bezirksverbandes Hamburg-Altona mit drei Kraftfahrzeugen nach Fischen/Allgäu.

Begleitet wurden die THW-Jugend von Landesjugendleiter Manfred Düll und Olaf Praetsch.

Nach 443 km Fahrt wurde in der Jugendherberge Bad Brückenau übernachtet. Am nächsten Tag ging die Fahrt weiter nach Fischen.

Am darauffolgenden Tag wurde schon richtig geklettert. An den gefährlichen Kletterstiegen wurden die Jugendlichen zur Sicherheit angesiebt, denn der 1 630 m hohe Besler war für die Hamburger schon eine Herausforderung.

Ein besonderes Erlebnis war der Besuch bei den Gebirgsjägern in Mittenwald. Dort konnten die Jugendlichen einer Ausbildung der jungen Gebirgsjäger beiwohnen, die eine Schlucht überqueren, die

nur durch zwei Seile überspannt war. Die Jugend hatte hier Gelegenheit, angesiebt auch diese Schlucht zu überqueren. Für viele war es so etwas wie eine Mutprobe. Die Rückfahrt wurde in Reutte/Tirol unterbrochen, um die Stadt zu besichtigen.

Auch eine Ausbildung auf dem Wasser war möglich, da der THW-OV Sonthofen der Jugendgruppe ein Schlauch- und ein Mehrzweckboot zur Verfügung stellte. Bei sonnigem Wetter fand eine Wasserausbildung auf dem Alpsee bei Immenstadt statt.

Neben der sportlichen Betätigung auf den Sportanlagen der Oberstdorfer Schulen, wurde auch eine umfassende DLRG-Ausbildung in der Allgäu-Schwimmhalle in Sonthofen durchgeführt. Je neun Teilnehmer erreichten das Rettungsschwimmabzeichen in Silber und in Bronze.

Am Donnerstag, dem 16. Oktober, ging

Geschafft: Die THW-Jugend auf dem Beseler.





Nicht nur Freizeit. Die Jugendlichen bei der Holzbearbeitung.

die Fahrt an die Katastrophenschutzschule des Bundes nach Ahrweiler, wo eine Ausbildung im Bergen vorgesehen war. Auf dem Programm standen noch: Trümmerstraße, Stabsräume, Modellbauanlage und am Abend ein DIA-Vortrag über den THW-Erdbeben-Einsatz in Mexico.

Am Samstag, dem 18. Oktober, ging die Fahrt zurück nach Hamburg, wo die Jugendgruppe nach einer Fahrleistung von rund 2 300 km wohlbehalten wieder eintraf. M. D.

Hohe Ehrung für THW-Bezirksbeauftragten

Hamburg. Mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse wurde der langjährige THW-Bezirksbeauftragte von Hamburg-Mitte, Er-



Zweiter Bürgermeister Pawelczyk überreicht Erwin Siebert die hohe Auszeichnung. (Foto: Krüger)

win Siebert, vom Bundespräsidenten ausgezeichnet. In Gegenwart zahlreicher Gäste würdigten Innensenator Alfons Pawelczyk und der Präsident des Bundesamtes für Zivildienst, Hans Georg Dusch, die ehrenamtliche, verantwortungsvolle Tätigkeit Sieberts.

Nach seiner hauptamtlichen Tätigkeit als Hauptsachgebietsleiter Ausbildung im Landesverband legte Siebert nach seinem Eintritt in den Ruhestand 1977 keinesfalls die Hände in den Schoß, sondern wurde ehrenamtlicher Bezirksbeauftragter von Hamburg-Mitte. Es gelang ihm, durch Erfahrung und Einfühlungsvermögen die KatS-Einheiten seines Bezirksverbandes zu einsatzbereiten Zügen zu formen.

Sein ehrenamtliches Engagement war und ist stets beispielgebend für seine Helfer. A. K.

Jährliche Atemschutzübung durchgeführt

Hamburg. Unter der Führung des Atemschutzausbilders Remeyn vom THW-Bezirksverband Hamburg-Altona wurden 42 Atemschutzgeräteträger bei der vorgeschriebenen jährlichen Übung der Atemschutzgeräteträger auf dem BVS-Übungsplatz geschult.

Helferinnen und Helfer des DRK Hamburg stellten die benötigten Mimen. Nach einer theoretischen Einweisung und Überprüfung der Atemschutzgeräte, wurden die Trupps in verqualmten Kriechgängen eingesetzt, um unter schwerem Atemschutz verschiedene „Verletzte“ zu bergen. Die nachfolgende Erste Hilfe wurde durch den Sanitätsdienst übernommen.

Am Nachmittag mußten in einem Trümmerhaus mehrere versperrte Räume geöffnet werden, um an die dahinterliegenden „Verletzten“ zu gelangen.

Im Laufe der Übung wurden alle Helfer an die Grenze ihrer körperlichen Leistungsfähigkeit herangeführt.

Eine schwierige Aufgabe ist das Bergen eines „Verletzten“ unter schwerem Atemschutz. (Foto: Krüger)



Eine Abschlußbesprechung und Auswertung der Übungsteile beendet die Atemschutzübung. A. K.

Hohe Auszeichnung für den Landesvorsitzenden der THW-Helfervereinigung

Hamburg. Anlässlich seines 70jährigen Geburtstages wurde der Landesvorsitzende der THW-Helfervereinigung, Heinz Köllisch, für seine Verdienste um das THW Hamburg mit dem THW-Ehrenzeichen in Silber ausgezeichnet.

In Anwesenheit vieler Ehrengäste würdigte Landesbeauftragter Trautvetter in seiner Laudatio die langjährigen Verdienste des Geehrten. Schon als PR-Direktor einer großen Hamburger Brauerei setzte sich Köllisch sehr engagiert für die Belange des THW und des Katastrophenschutzes ein. Nach seinem Eintritt in den Ruhestand übernahm er den Vorsitz der THW-Helfervereinigung Hamburg und gab auch im Bundesvorstand viele Impulse. Das neu eingeführte Versicherungspaket für die ehrenamtlichen Helfer ist nicht zuletzt sein Verdienst.

Trautvetter wünschte Köllisch noch viele Jahre Gesundheit im Namen aller ehrenamtlichen Hamburger Helfer. Landessprecher Winfried Plate überreichte ein „Blau-licht“, damit Köllisch immer den richtigen Weg für den Katastrophenschutz in Hamburg finden möge. A. K.

Bremen



„Bremer Freimarkt“ 1986

Bremen. Am 25. November 1986 hatte Bremen wieder seinen großen Freimarkt-umzug. Wie schon in vielen vorangegangenen Jahren war auch wieder ein Festwagen des THW-OV Bremen-Schwach-

Zugführer Lindenstrauß mit der Festwagmannschaft.



hausen dabei. Die Anregung dazu wurde vor langer Zeit durch Ortsbeauftragten Erich Behrendt gegeben. Heute ist die Teilnahme schon zur Tradition des Ortsverbandes geworden. Für die Ausschmückung des Festwagens sowie für die Beteiligung am Umzug hatte der Zugführer Karsten Lindenstrauß die Verantwortung. H. S.

H. S.

Niedersachsen



THW-Einsatz bei Großübung

Wildeshausen. Im Rahmen einer Großübung der Freiwilligen Feuerwehr Wildeshausen, Landkreis Oldenburg, mit den örtlichen Hilfsorganisationen wurde auch der THW-OV Wardenburg alarmiert. Die Helfer waren gerade bei einer Stege-



„Abstützen zweier Balkone“ heißt die Übungsaufgabe für das THW. (Foto: Hartmann)

bauübung und konnten deshalb schnell zum „Einsatz“ fahren.

Baumaterial war noch auf dem Lastkraftwagen und stand für die Aufgabe „Abstützen zweier Balkone am Krankenhaus und einer Betondecke des Kellereinganges“ zur Verfügung.

Schnell und ohne Probleme wurde die Aufgabe gelöst. Auch die Zusammenarbeit mit der Feuerwehr klappte gut. H. H.

Gemeinsame Atemschutzgeräteausbildung

Oldenburg. Kürzlich führte die Kreisfeuerwehr des Landkreises Oldenburg einen Lehrgang „Atemschutzgeräteträger“ für Helfer aus dem THW-OV Hude-Bookholzberg und Wardenburg durch. Auch Mitarbeiter des DRK Ganderkesee und Hude sowie ein Feuerwehrmann nahmen daran teil.

Dieser erste für das THW der Stadt Oldenburg durchgeführte Lehrgang verlief erfolgreich. Kreisausbildungsleiter Ernst-August Müller, Bookholzberg, unterstrich die gegenseitige Bereitschaft zwischen THW und Feuerwehr, sich auszubilden.



Ein Gruppenbild vom Lehrgang „Atemschutzgeräteträger“.

(Foto: Hartmann)

Dies fördere die Kameradschaft zwischen den Feuerwehrmännern und den THW-Helfern.

Auch bei Bereitschaftsübungen der Kreisfeuerwehr des Landkreises werden die THW-Einheiten einbezogen. H. H.

Nordrhein-Westfalen



THW-Unterkunft Beuel eingeweiht

Beuel. Der THW-OV Beuel weihte am 11. Oktober 1986 in einer Feierstunde seine bereits im Jahre 1980 bezogene Unterkunft ein. Die neue Unterkunft liegt frei im Gelände und ist verkehrsgünstig gelegen. Die Kraftfahrzeughalle mit seitlich ein- und ausgebauten Neben- und Unterkunftsräumen entspricht nicht ganz den Vorstellungen des THW-Ortsverbandes, hatte doch das Finanzministerium für Ankauf und Sanierung ein Limit gesetzt, so daß auch jetzt noch mit einigen Unzulänglichkeiten gelebt werden muß. In Eigenleistung bauten die engagierten Helfer einen Fahrzeug-Unterstellplatz, in dem u. a. auch der beladene Pontonanleger mit einer Höhe von 3,70 m Platz findet.

Zur Einweihungsfeier waren alle jene Persönlichkeiten eingeladen, die dem Ortsverband bei seinem Bauvorhaben geholfen oder unterstützt hatten. Auch alle Helfer-Gruppen, die meist getrennt und teilweise ihre Dienste versehen, kamen zusammen.

Nach einem Rundgang und der Besichtigung aller Räume der Unterkunft begrüßte Ortsbeauftragter Gerhard Schmitz die Gäste und THW-Helfer in der großen Kfz-Halle, die mit Hilfe von Netzen geschickt abgeteilt war.

Nach der Ansprache des Direktors des

THW, Gerd-Jürgen Henkel, gelang Landesbeauftragten Dipl.-Ing. Siegfried Drogies eine große Überraschung: Es wurde die sichtlich gerührte Küchenchefin und „Mutter des Ortsverbandes“, Margarete Schmitz, für ihre Verdienste mit dem Ehrenzeichen des THW in Silber geehrt. Der anerkennende Beifall der Helfer und Gäste unterstützte die Worte des THW-Direktors, daß dies das erste silberne Ehrenzeichen für eine THW-Helferin sei. Die Anerkennung galt auch der Mithilfe weiterer Helferinnen, die ihre Arbeit zum Wohle aller Helfer in der Küche leisteten. Hier wurde insbesondere die selbstlose Tätigkeit während der vergangenen sechs Hochwasser-Einsätze, jeweils über eine Woche Dauer, rund um die Uhr hervorgehoben.

Auch Ortsbeauftragter Gerhard Schmitz, Ehemann der Geehrten, wurde überrascht; er erhielt zwei Monate vor seinem 25jährigen Dienstjubiläum als Ortsbeauftragter – mit 33 Jahre aktiver Tätigkeit im THW – das Ehrenzeichen des THW in Gold.

So ist es bisher als einmalig anzusehen, daß einem Ehepaar gemeinsam eine so hohe Ehrung zukommt.

In Vertretung des Bezirksvorstehers von Beuel übergab Stadtverordneter Josef Wester die lang erwartete Flagge des Stadtbezirks Bonn-Beuel, die auch sofort von den Initiatoren dieser Aktion, Gerhard Bartel und Matthias Gohlke, am bereits aufgestellten Binnenschiffahrts-Mast gehißt wurde.

Im Anschluß an die offizielle Feierstunde gab es die obligatorische Erbsensuppe. Ein gemütliches Beisammensein bei einem Grillnachmittag beschloß den Tag.

H. P.

Saarland



THW-Jugendgruppe Völklingen für Bundeswettkampf 1987 qualifiziert

Völklingen. Mit Stolz konnten die Aktiven des THW-OV Völklingen die Jugendgruppe des Ortsverbandes als Sieger beim Landeswettkampf der Jugendgruppen in Blieskastel-Abweiler feiern. Jugendgruppen aus zehn Ortsverbänden im Saarland zeigten bei diesem Wettkampf eindrucksvoll, daß die Jugendarbeit in den einzelnen THW-Ortsverbänden einen guten Ausbildungsstand aufzuweisen hat.

Der Bau eines Trümmersteges bildete die Aufgabenstellung dieses Wettkampfes. Dazu galt es, die Einsatzstelle mit Hilfe eines Notstromaggregates und Schein-



Applaus für die Sieger (v. links): Landesbeauftragter Faß, Landrat Lindemann, Innenminister Läßle, Landtagsabgeordneter Becker, Zugführer Schug, Ortsbeauftragter Stolz. (Foto: Hilberath)

werfern auszuleuchten, so daß ein „Verletzter“ sicher über den Trümmersteg transportiert werden konnte. Zudem mußten die Junghelfer ihr Können bei der Holzverarbeitung unter Beweis stellen, als sie eine Wasserrinne aus Holz zu errichten hatten, durch die ein Wasserbehälter über eine Schmutzwasserpumpe zu füllen war.

Unter den kritischen Augen der Schiedsrichter zeigten die Jugendlichen ihre Fertigkeit beim Umgang mit dem technischen Gerät. Einige „Althelfer“, die das Geschehen am Rande des Wettkampfparkours verfolgten, hätten des öfteren mal einen Blick in die Helferfibel wagen müssen, um die gleiche exakte Arbeit der „Jungen“ nachzuvollziehen.

Einen äußerst spannenden Zweikampf gab es zwischen den Junghelfern der Ortsverbände Freisen und Völklingen. Mit der hervorragenden Zeit von 38,0 Minuten absolvierte die Siegergruppe aus Völklingen mit ihrem Jugendbetreuer Helmut Cattarius und den 13- bis 16jährigen Junghelfern den Wettkampfparkours,

gefolgt von den THW-Jugendgruppen Freisen (39.35 Min.) und Saarwellingen (45.48 Min.).

Die Siegerehrung wurde vom Schirmherrn der Veranstaltung, Landrat Clemens Lindemann, und dem saarländischen Innenminister, Friedel Läßle, vorgenommen, die wie auch THW-Direktor Gerd-Jürgen Henkel den Jugendlichen aus Völklingen gute Chancen beim Bundeswettkampf 1987 in Hannover bestätigten.

G. K.

Baden-Württemberg



THW-Helfer bauten Spielgerät für Gethsemane-Kindergarten

Mannheim. Nicht die Heinzelmännchen von Köln, sondern die „blauen Engel“ vom THW-OV Mannheim überraschten



THW-Ortsbeauftragter Manfred Stiegel übergibt mit Gruppenführer Dieter Zinser dem Gemeindepfarrer das Klettergerüst. (Foto: Sand)

die 60 Kinder des Evangelischen Kindergartens der Speckweg-Gemeinde Gethsemane mit einem großen Spiel- und Klettergerüst. Vor drei Jahren hatten die Eltern des Kindergartens beschlossen, so ein Klettergerüst aus Holz anzuschaffen. Da die erforderliche Summe nicht vorhanden war, bemühten sich die Eltern, durch Spenden, Bazarveranstaltungen und bei sonstigen Gelegenheiten, das Geld zusammen zu bekommen.

Dann kam es zum Kontakt mit THW-Ortsbeauftragten Manfred Stiegel. Er nahm sich der Sache an, und schon zum „Tag der offenen Tür“ aus Anlaß der Übergabe des THW-Zentrums in Seckenheim arbeiteten zwölf THW-Helfer und Gruppenführer Dieter Zinser an dem Spielgerät.

Rund 250 Stunden brauchten die THW-Helfer, um nach Entwurf, Planung und Ausführung eine Spiel- und Kletterlandschaft aus Holz herzustellen, die von den Kindern im Sturm erobert wurde. Zuvor jedoch hatte die THW-Mannschaft Betonfundamente setzen müssen, um dem mehrere Quadratmeter großen und rund drei Meter hohen Holzgebälk Festigkeit zu geben.

Pfarrer Traugott Alexander und die Kindergartenleiterin Brigitte Etzel waren bei der offiziellen Übergabe hellauf begeistert. Für die drei Kindergartengruppen und die Tagesstätte steht nun ein Spielgerät da, das viele Wünsche erfüllt.

Kinder, Eltern und Pfarrer sowie die ganze Kindergartenmannschaft dankten den Helfern.

Der THW-OV Mannheim hat schon zwölf Mannheimer Kindergärten seit 1980 „unter die Arme“ gegriffen und viel Spaß und Freude bereitet. O. S.

THW-OV Mannheim lud Bundestagsabgeordneten Dr. Bugl zum Gespräch ein

Mannheim. Das THW im allgemeinen und im besonderen, Probleme und Erfreuliches standen auf dem Programm eines Informationsabends mit Bundestagsabgeordneten Dr. Josef Bugl. Der Ortsbeauftragte des THW-OV Mannheim, Manfred Stiegel, hatte Dr. Bugl wieder einmal um eine Aussprache gebeten, denn seit Jahren pflegt der Abgeordnete Kontakte zum Ortsverband.

Ortsbeauftragter Stiegel stellte Dr. Bugl nicht nur seine Führungsmannschaft vor, sondern berichtete über den Ortsverband, seine Entwicklung in letzter Zeit und die Besonderheiten, die der 300 Helfer starke Mannheimer Kreis hat. So erfuhr der Gast einiges über die erfreuliche Entwicklung der Jugendgruppe, die Helfervereinigung, die neu eingerichteten Suchhunde-Gruppen und Auslandsein-

Bundestagsabgeordneter Dr. Bugl (2. v. l.) zu Gast beim THW-OV Mannheim. (Foto: Sand)



sätze. Anhand von Graphiken legte Stiegel die Struktur des THW dar. Angesprochen wurden auch personelle und materielle Wünsche sowie Probleme, die durch die Bürokratie entstehen. Wichtig sei auch, so Stiegel, allseits eine „Lobby für das THW zu finden und eine verstärkte Information bei jungen Leuten und der gesamten Bevölkerung, der man die Vielseitigkeit dieser Hilfsorganisation vor Augen führen müsse.

Dr. Bugl führte intensive Gespräche mit den einzelnen Führungskräften und dem Geschäftsführer van Hazebruck.

Stiegel dankte Dr. Bugl für den gemeinsamen Abend, der zur Intensivierung der Kontakte beigetragen und den Gedankenaustausch gefördert habe und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß der Abgeordnete sich auch künftig des THW-Ortsverbandes annehmen werde. O. S.

Einlaufkanal eines Heizkraftwerkes abgeschottet

Pforzheim. Mit einem besonderen Auftrag traten die Stadtwerke Pforzheim an

den THW-OV Pforzheim heran. Es galt, einen Einlaufkanal des Heizkraftwerkes wasserdicht abzuschotten. Holzdielen und Planen wurden durch die Stadtwerke bereitgestellt, die benötigten Sandsäcke lieferte die Feuerwehr.

An einem Samstagmorgen begannen die Helfer mit der Arbeit. Dielen wurden in vorhandene Stahlträger eingesetzt und verkeilt, mehrere Kunststoffplanen eingelegt und eine Sandsackbarriere errichtet.

Diese Arbeiten führten die Helfer in brust-hohem, eiskaltem Wasser durch. Dabei kam auch das Schlauchboot zum Einsatz. Um Unterkühlungen vorzubeugen, stand ein Fahrzeug mit Standheizung zum Aufwärmen bereit.

Nachdem die Arbeiten beendet waren, wurde mit Pumpen der Wasserspiegel gesenkt. Der sorgfältige Einbau der Sandsäcke bewährte sich dabei, die Barriere erwies sich als wasserdicht.

Einige Fische, die nach dem Absenken des Wasserspiegels um ihr Leben fürchteten, wurden von den Helfern geborgen und in der Enz wieder ausgesetzt.

F. W.



Die THW-Helfer beim Abschotten des Einlaufkanals.

(Foto: Winterfeldt)

Jahrestreffen der Fernmeldezüge Baden-Württemberg 1986

Ludwigsburg. Die Fernmeldezüge des Landes Baden-Württemberg trafen sich nun schon zum achten Male zu einer gemeinsamen Großübung in Ludwigsburg. Am Fernmeldetreffen beteiligt waren zwölf Fernmeldezüge des Katastrophenschutzes aus Baden-Württemberg mit insgesamt 48 Fahrzeugen und 218 Helfern.

Um 8.00 Uhr morgens fand die Einsatzbesprechung der Zugführer mit der Aufgabenteilung an die einzelnen Züge statt. Der Übungsverlauf sah eine komplette Funkausleuchtung für den Landkreis Ludwigsburg vor, d. h. eine Verständigungsüberprüfung zwischen einzelnen geographischen Teilen mit der Fernmeldezentrale in Ludwigsburg-Grünbühl. Da vorher schon bekannt war, daß im Stromberg durch die geologische Beschaffenheit des Geländes Funkstörungen auftreten würden, wurde im Verlauf der Übung dort eine behelfsmäßige Relaisstelle errichtet und das Stromberggebiet über diese ausgeleuchtet.

Von den Fernmeldetrupps wurde ein umfangreiches Fernmeldenetz in Sternform aufgebaut. Das Zentrum dieses Sternnetzes lag in der Unterkunft des THW-OV Ludwigsburg. Von hier aus wurde unter Zuhilfenahme von bereits vorhandenen Fernmeldenetzen eine Verbindung zum Landratsamt in Ludwigsburg, zum DRK in der Reuteallee, zum Rathaus Ludwigsburg und zur Feuerwehr Ludwigsburg errichtet. Es wurden aber auch Leitungen von den Fernmeldezügen selbst errichtet. So waren an die Feldvermittlung in Ludwigsburg-Grünbühl die DLRG, im Schießtal die Feuerwehr Remseck, die Neckarschleuse Poppenweiler, die Kläranlage Hoheneck und die Wasserschutzpolizei in Marbach angeschlossen. Die Endstellen des Sternnetzes waren von den Helfern der Fernmeldezüge besetzt. Die Ge-

samtlänge des errichteten Netzes betrug 31,5 km.

Am Sonntagmorgen bildeten die Einheiten eine Kolonne, um zum Ludwigsburger Schloß zu fahren. Hier betonte Ortsbeauftragter Detlef Zahner in seiner Rede zum Abschluß der Veranstaltung den großen Einsatz, den die Helfer im Verlauf der Übung beim Feldkabelbau und bei der Funkausleuchtung geleistet hatten. G.

Oberbürgermeister Dr. Becker besuchte Pforzheimer THW

Pforzheim. In der Unterkunft des THW-OV Pforzheim informierte sich Oberbürgermeister Dr. Joachim Becker über Einsatzmöglichkeiten und Ausstattung der Katastrophenschutzeinheiten.



Oberbürgermeister Dr. Becker (Mitte) informiert sich über die THW-Ausstattung. (Foto: Winterfeldt)

Im Rahmen seines Besuches übergab Dr. Becker fünf Funkalarmempfänger an THW-Ortsbeauftragten Günter Reissing, die wesentlich zur schnellen Alarmierung der Helfer beitragen. W.

THW-OV Freiburg auf der Landesgartenschau 1986

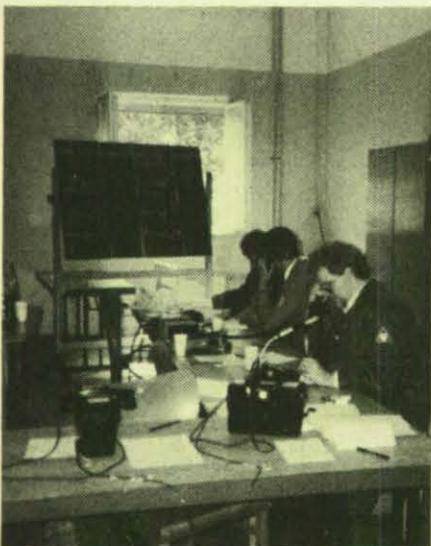
Freiburg. Die um einen ehemaligen Baggerssee im Westen der Stadt Freiburg gestaltete Landesgartenschau sollte nach Absicht der Organisatoren nicht nur eine Blumenschau sein. Vielmehr sollten durch Einbindung privat eingebrachter Objekte und durch ein von Bürgern, Vereinen, Verbänden und Organisationen getragenes Rahmenprogramm Besucher aller Interessensgebiete angezogen werden. Der THW-OV Freiburg trug in mehrfacher Hinsicht zu diesem Ziel bei.

Um ein am südlichen Seeufer angelegtes Feuchtbiotop über einen „Schleichweg“ zugänglich zu machen, wurden mit zwei etwa sieben Meter langen Holzstegen kleine Seitenarme überbrückt und dazwischen ein Knüppeldamm angelegt.

Eine große Attraktion für die Besucher war eine Fähre quer über den etwa 150 m breiten See. Als Schwimmkörper dienten 24 Blechfässer, über die eine 8 m x 5 m große Plattform gelegt wurde, die Platz für 35 Personen bot. Feste Geländer an den Längsseiten und Türen an den Stirnseiten dienten der Sicherung. Die Anlegestege schwammen auf je drei Blechfässern und wurden an der in Stufen ausgebildeten Uferböschung so befestigt, daß sie dem im Laufe des Sommers angestiegenen Wasserspiegel folgen konnten.

Ein mit geringem Durchhang über den See gespanntes Perlonseil wurde durch zwei große Ösen über die Fähre geführt. Damit konnten die Passagiere die Fähre mit eigener Kraft über das Wasser hängen: Diese eingeplante „Naturverbundenheit“ war manchen Beteiligten jedoch zu mühsam; dann mußte der Begleiter der Fähre für die Bewegung sorgen.

Gegen Ende der Gartenschau fand ein „Tag des freiwilligen Helfers“ statt, an dem fast alle Hilfsorganisationen der



Die Drähte laufen heiß, die Übung läuft.



Fachgerecht gebaut: Die THW-Fähre des Ortsverbandes Freiburg.

(Foto: Oswald)

Stadt ihre Aktivitäten zur Schau stellten. Der THW-OV Freiburg, unterstützt vom Ortsverband Müllheim und dem Info-Stand aus Ellwangen, zeigte mit zwei GKW 72, drei Fahrzeugen des I-Zuges, dem Radlader und einem Kranwagen einen Querschnitt durch alle Arbeitsrichtungen.

„Stiche und Bunde“ waren das Thema der Jugendgruppe. Besonderen Eindruck machten die Vorführungen der verschiedenen Werkzeuge des Radladers: Räum-schaufel, Polypgreifer und Preßluftmeißel wurden an entsprechenden, schweren Objekten eingesetzt. Die Rettung aus der Höhe mit dem Leiterhebel war für die meisten Zuschauer ein ungewohntes Bild, und wie immer war die Arbeit mit der Sauerstofflanze an Betonklötzen ein besonderer Anziehungspunkt.

Die laufenden Berichte in der Lokalpresse, insbesondere die öfters erschienenen Bilder der Fähre konnten dem THW-OV Freiburg die Gewißheit vermitteln, einen guten Beitrag zum Rahmenprogramm der Landesgartenschau geleistet und sich der Öffentlichkeit in gutem Licht gezeigt zu haben.

F.O.

Staatssekretär Ruder forderte mehr öffentliches Interesse für den Katastrophenschutz

Rottenburg. Am 20. September 1986 fand in dem romantischen Städtchen Rottenburg am Neckar der THW-Landesleistungsvergleich 1986 des Instandsetzungsdienstes statt. Die acht besten Instandsetzungszüge aus Baden-Württemberg hatten sich und einer breiten Öffentlichkeit zu beweisen, daß sie ihren Aufgaben in einem Katastrophenfall gerecht werden können. Es galt, Aufgaben aus dem Bereich Elektro-Freileitungsbau, Instandsetzung von Wasserversorgungssystemen und Beseitigung von Gefahrengut zu lösen. Teilweise mußten die Helfer, deren besonnene Vorgehensweise bei der Aufgabenlösung besonders auffiel, die

Arbeiten unter schwerem Atemschutz ausführen.

Während die THW-Helfer die Aufgaben unter den kritischen Blicken der Schiedsrichter lösten, hatten ihre Zugführer die verschiedensten Fachfragen zu beantworten. Hier fiel vor allem der doch unterschiedliche Wissensstand der Führungskräfte auf. Alles in allem waren die Leistungen der Instandsetzungszüge äußerst befriedigend. In diesem Sinne äußerte sich auch THW-Direktor Henkel, der neben Dr. Ammermüller, Bundesinnenministerium, und Dr. Willebrand von der THW-Leitung als Beobachter am Landesleistungsvergleich teilnahm. Neben den Bonner Gästen waren zahlreiche namhafte Vertreter aus Politik, Behörden und Wirtschaft zu dem Wettkampf erschienen.

Bei der anschließenden Siegerehrung kritisierte Staatssekretär Robert Ruder die mangelnde Bereitschaft der Medien, über den Katastrophenschutz zu berichten.

„Sie helfen alle freiwillig und ehrenamtlich für eine gute Sache“, sagte der Staatssekretär im baden-württembergischen Innenministerium zu den 160 versammelten Helfern. Allein die Tatsache des Helfens müßte, so Ruder, den Medien mehr Platz für Berichterstattungen wert sein. Ruder nahm zusammen mit dem Landesbeauftragten für Baden-Württemberg, Dipl.-Ing. Dirk Göbel, die Siegerehrung vor. Mit 1204 von insgesamt 1352 möglichen Punkten gewann der I-Zug aus Horb den ersten Preis. Zweiter wurde der I-Zug aus Tübingen mit 1179 Punkten. Den dritten Platz belegten die Helfer des THW-OV Emmendingen mit 1073 Punkten.

Göbel äußerte sich sehr zufrieden mit dem Ablauf des Landeswettkampfs. Er dankte dem Ortsverband Rottenburg und dessen Ortsbeauftragten Bullinger sowie den Mitarbeitern des GFB Tübingen und Geschäftsführer Eissler für die reibungslose Organisation. Mit dazu beigetragen habe auch, so der Landesbeauftragte, sein Mitarbeiter Dieter Stecker, der viel Zeit in die Vorbereitungen des Wettkampfes gesteckt habe. Den Dank des Landesbeauftragten erhielten auch die Helfer

des Verpflegungstrupps aus Ofterdingen, die für alle Teilnehmer und die Gäste einen schmackhaften Eintopf zubereitet hatten.

Die siegreiche Mannschaft aus Horb vertritt nun 1987 das Land Baden-Württemberg beim THW-Bundeswettkampf des Instandsetzungsdienstes in Hannover.

A.S.

„Tag der offenen Tür“ beim THW-OV Ludwigsburg

Ludwigsburg. An einem Samstag stellte sich der THW-OV Ludwigsburg bei einem „Tag der offenen Tür“ der Öffentlichkeit vor. Obwohl es Petrus mit den Helfern nicht gut meinte, nutzten unerwartet viele Besucher die Gelegenheit, sich über das THW zu informieren. Und sie wurden auch nicht enttäuscht. Anhand von Vorführungen wurde ihnen ein umfassender Einblick in die Aufgaben der Organisation gegeben.

Vom Bergungszug wurde eine Seilbahn erbaut, mit der sich mutige Besucher vom Bergungsturm sicher ablassen konnten. Vor allem die jungen Besucher waren begeistert. Auch ein Zweibock konnte in Aktion gezeigt werden, der mit Hilfe der Vorbauseilwinde des Gerätekraftwagens ein Kanalrohrstück mehrmals aus einem Graben hochhievt und wieder hinunterließ.

Der Fernmeldezug baute ein Fernschreiber- und ein Fernmeldenetz, über das sich die Besucher gegenseitig verständigen konnten. Ebenso waren zwei Tauchpumpen im Einsatz, um zu demonstrieren, wie ein Keller ausgepumpt wird.

Der Clou für die Besucher war das fahrbare Notstromaggregat auf Basis eines alten Gerätekraftwagens. Der imponierende Lichtmast aus elf 1500-Watt-Flutlichtstrahlern wurde spontan von einem der Besucher mit einem Lichtmast des Neckarstadions verglichen.

Ferner beteiligten sich an der Veranstaltung das DRK Ludwigsburg mit einem Sanitätszug und der BVS Ludwigsburg mit Filmvorführungen.

G.

Großes Interesse für die Arbeit der THW-Helfer zeigt Staatssekretär Ruder (2. v. r.).
(Foto: Steffan)



Bayern



THW-Alarmübung im Dürrbachtal

Würzburg. Der THW-OV Würzburg profitierte wieder einmal vom Bau der Schnellbahntrasse Hannover-Würzburg. Die Deutsche Bundesbahn stellte erneut ein in ihrem Besitz befindliches Gebäude

Die Helfer verschaffen sich einen Einstieg übers Dach.

(Foto: Kleinert)



der Katastrophenschutz-Organisation für eine Übung zur Verfügung.

Ein leerstehendes Zweifamilienhaus, nahe der neu erstellten Dürrbachtalbrücke erwies sich bestens geeignet für einen angenommenen Ernstfall.

So bereiteten Ortsbeauftragter Müller sowie die Zugführer Joachim Zorn und Günter Wolny kurzfristig eine Alarmübung vor. Angenommen wurde eine Gasexplosion, wobei es galt, 16 „verletzte Personen“, dargestellt von Helfern des Instandsetzungszuges, unter schwierigen Bedingungen zu bergen.

Wichtigster Bestandteil dieser Übung war auch die Auswertung der Alarmierung der Helfer, die über Telefon erfolgte. So konnte man sich einen Überblick verschaffen, wie viele Einsatzkräfte im Notfall zu erreichen sind.

Jeglicher Zugang zum Gebäude war den Rettern versperrt. Mühselig mußten sie sich einen Einstieg übers Dach verschaffen und anschließend zwei Decken und einige Trennwände durchbrechen, um zu den „Verletzten“ vordringen zu können. Der Abtransport der „Opfer“ erfolgte über einen Balkon im ersten Obergeschoß mit Hilfe eines „Rollgliss-Geräts“.

Müller lobte die hohe Einsatzkraft seiner Helfer und bedankte sich bei den Verantwortlichen der Bundesbahn, die diese Übung erst ermöglicht hätten. W. K.

Neues Zuhause durch viel Einsatz

Staffelstein. THW-Ortsbeauftragter Franz Josef Müller konnte anlässlich der Einweihung der neuen Unterkunft in Wolfsdorf viele Gäste begrüßen. Mit besonderer Freude hieß er den neuen THW-Direktor, Gerd Jürgen Henkel, willkommen. Seine Grüße galten auch den beiden Landtagsabgeordneten Walter Grossmann und Otto Schuhmann, Landrat Schaller und den Kreisräten, Zweiten Bürgermeister Alfred Meixner sowie den Stadträten von

Staffelstein und den Ortsbeauftragten benachbarter THW-Ortsverbände.

Müller bedankte sich für alle Hilfen und Spenden und dankte insbesondere den Helfern, die durch ihren Einsatz diese Unterkunft erst ermöglicht hätten. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die nächste Zeit etwas mehr Ruhe für die Helfer bringe und die Kameradschaft mehr gepflegt werde; denn dies sei für den Ortsverband dringend notwendig.

Landrat Schaller freute sich besonders, als gebürtiger Wolfsdorfer an dieser Feierstunde teilnehmen zu können. Es sei ein langer Weg bis zu dieser Unterkunft gewesen. Stets war das THW von einem Ort zum anderen, von einem Gebäude zum anderen gezogen, ohne eine feste Bleibe zu haben. Für dieses Werk, das gemeinsam geschaffen worden sei, dankte er den Helfern und fügte hinzu, daß dieses Werk aber ohne die tatkräftige Arbeit von Franz Josef Müller nicht möglich gewesen wäre.

Zur Erinnerung an diesen Tag überreichte Schaller dem Ortsbeauftragten ein Wappen des Landkreises.

THW-Direktor Henkel gestand gleich zu Beginn seiner Rede, daß er mit diesem Tag nicht so ganz glücklich sein könne wie die Helfer, für die es ein Tag des Jubels, des Sieges sei, denn für ihn sei es der Tag des Offenbarungseides. Er war es, der damals als Referatsleiter der Abteilung THW 6, die für Liegenschaften zuständig ist, den Antrag, die Unterkunft in Staffelstein einmal zu sanieren, ablehnte.

Er betonte, daß mit der Leistung der Anwesenden hier etwas zustande gekommen sei, was anders nicht lösbar gewesen wäre.

Bei der Einweihung ließ Landrat Ludwig Schaller einige Zahlen sprechen. „Zur Unterbringung der Katastropheneinheit im Raum Staffelstein hat der Landkreis Lichtenfels das Anwesen Weberpals in Wolfsdorf am 13. 4. 1981, bestehens aus einer Fahrzeughalle mit Bürotrakt und Lagerhalle sowie einer Grundstücksfläche

von 3 256 Quadratmetern, zum Kaufpreis von 531 000 Mark erworben. Verhandlungen über einen notwendigen Erweiterungsbau wurden bereits anfangs 1982 geführt, mit dem Vorschlag, diesen in völliger Eigenleistung zu erstellen, wozu der Landkreis die Kosten des Materials zu übernehmen hätte. Mit Beschluß vom 2. 7. 1984 hat sodann der Kreisausschuß zugestimmt, bei Gesamtkosten einschließlich Eigenleistung von 313 000 Mark den reinen Materialwert von zirka 160 000 Mark zu übernehmen. Dieser Betrag wurde schließlich in diesem Haushaltsjahr um weitere 40 000 Mark aufgestockt, so daß insgesamt 200 000 Mark zur Verfügung stehen, wovon bereits 192 000 Mark verbraucht worden sind.“

J. J.

THW in der „Unterwelt“

Erlangen. Der Bergungszug und die Jugendgruppe des THW-OV Erlangen besuchten die Bismarckgrotte in der Nähe von Neuhaus an der Pegnitz. Sicherheitsbeauftragter Horst Engelmann hatte die Helfer und Jugendlichen mit der Entstehung, Beschaffenheit sowie den Schönheiten, aber auch Gefahren der Höhlen im Fränkischen Jura bekannt gemacht, so daß die 44 Helfer mit der richtigen Einstellung in die Höhle einsteigen konnten.

Vor dem Höhleneingang wurden Lampen verteilt und den Jugendlichen je ein Bergungshelfer zugeteilt. Dann konnte es losgehen.

Schon der steile Einstieg zeigte, daß auch bergsteigerisches Können in einer Höhle verlangt wird. Dieses Teilstück wurde deshalb mit einer Seilsicherung versehen. Durch einen Durchschlupf gelangten die Helfer in eine größere Halle, in die wiederum mehrere Gänge mündeten.

Nur noch auf die mitgebrachten Lichtquellen angewiesen, durchforschten die Jugendlichen und Helfer diesen weitverzweigten Teil der Grotte mit den domähnlichen Hallen, den tiefen Spalten und Gängen.

Besonderes Aufsehen erregten die aus dem Kalkgestein ausgesinterten, glänzenden Kristalle. Große Tropfsteine sind leider nicht mehr vorhanden. Manche frühere Höhlenbesucher haben sie wahrscheinlich verantwortungslos abgeschlagen und als Souvenir mitgenommen. Doch auch so gab es versinterte Wände, die wie Wasserfälle wirkten, und ähnlich Schönes zu sehen.

Anschließend wurde der Durchstieg der Höhle begonnen. Engelmann, der die Höhle von mehreren früheren Besuchen kannte, übernahm die Führung. Außerdem konnte er rechtzeitig auf gefährliche,

aber auch auf besonders schöne Stellen hinweisen. Dabei gab es einige sehr enge Spalten zu durchkriechen.

Beim Aufstieg zum Ausgang waren noch zwei kaminähnliche Schächte mit je etwa 8 bis 10 Metern Höhe zu durchklettern, bevor endlich wieder Tageslicht zu erblicken war. Mancher der Helfer und Jugendlichen atmete befreit auf, als er wieder auf der Erdoberfläche stand, dauerte der Aufenthalt in der Höhle doch fast drei Stunden. H. E.

Viereinhalb Stunden „Katastrophe“

Augsburg. Insgesamt 700 Einsatzkräfte wurden zur Bewältigung von gleich fünf „Katastrophen“ im Raum Augsburg eingesetzt. Mit dabei waren auch der 2. und 4. Bergungszug, der 1. Instandsetzungszug und der 3. Verpflegungstrupp des THW-OV Augsburg sowie die Fachberater in Katastropheneinsatzleitung (KEL) und Örtlicher Einsatzleitung (ÖEL). Insgesamt war das THW mit 130 Helfern sowie 30 Verletztendarsteller im Einsatz.

Eine „Giftgaswolke“ bedrohte zunächst das Stadtgebiet von Norden her. Die KEL, die eine Stabsrahmenübung inszenierte, setzte sich jedoch entgegen den Spielregeln mit dem nächsten Wetteramt in Verbindung, das „leichten Südwind“ bestätigte. Diesen Südwind, der das Problem einer Evakuierung in den benachbarten Landkreis blies, änderte der Leitungsdienst kurzerhand um 130° auf Nordwind.

Ad hoc wurde daraufhin von der KEL die Evakuierung von über 50 000 Personen simuliert. Wurde dieses theoretische Problem noch halbwegs im vorgeplanten Zeitraum bewältigt, so setzten nacheinander vier weitere „Katastrophen“ die Einsatzleitung und die Funker der Fernmel-

dezentrale ziemlich unter Druck: Eine Explosion in der „Chemischen Fabrik Pfersee“, ein Zugunglück am Güterbahnhof, ein verschütteter Stollen unter dem Witeltsbacherpark und ein Brand in der Papierfabrik Haindl erforderten den Einsatz von Polizei, Feuerwehr, THW, BRK, MHD, JUH, ASB, ABC-Zug, Bundeswehr, Suchhundestaffel, DLRG und des Zentralklinikums Augsburg.

Die Aufgaben des 2. Bergungszuges bestanden im Bau eines Behelfssteges über den Mühlbach und das einfache Retten weniger „Verletzter“ sowie einer Aussteifung. Die Aufgabe für zwei Bergungsgruppen des 4. Bergungszuges erschöpfte sich im Beseitigen einiger Holzbalken, die den Zugang im Stollen versperrten – eine Aufgabe, die ohne Gerät in fünf Minuten erledigt war.

Nicht anspruchsvoller waren die Aufgaben des Instandsetzungszuges: Die Gas/Wasser-Gruppe betätigte mit drei Mann einen Schieber zum Abdichten einer leckenden Rohrleitung, die Abwasser/Öl-Gruppe dichtete einige Chemikalienfässer mit Holzstöpseln ab und die Elektro-Gruppe beleuchtete mit vier Lampen einen Teil der Stollengänge.

Einer weiteren Bergungsgruppe, die um 12.22 Uhr alarmiert wurde, wurde nach dem Eintreffen am Schadensort „Papierfabrik“ mitgeteilt, daß die Übung bereits abgebrochen worden sei.

Fazit dieser „Katastrophenübung“: Die dem THW gestellten Aufgaben waren durchwegs anspruchslos und hätten auch von wesentlich weniger Helfern in der gleichen Zeit bewältigt werden können. Ortsbeauftragter Norbert Rother dazu: „Unsere Führungskräfte und Helfer fühlten sich nicht ausreichend gefördert. Das vorhandene technische Gerät kam nur ungenügend zum Einsatz. Es wäre wünschenswert, wenn dies bei künftigen Planungen berücksichtigt würde.“ V. G.

Mit jugendlichem Schwung prima Leistungen erbracht

Forchheim. Sie wollten alle gewinnen, die Jugendlichen und ihre Betreuer, beim Landeswettkampf der THW-Jugendgruppen, am ersten Samstag im Oktober in Forchheim. Es wurde wochenlang ausgebildet, geübt, ja trainiert, als ob es um die Olympia-Teilnahme ginge. „Mit Herz und Verstand“ – hier bei der Jugend ist der neue Wahlspruch des THW uneingeschränkt angebracht. Da machen eher die „Alten“ Fehler und unterlassen aus vermeintlich pädagogischen Gründen die Bekanntgabe der Platzierung von Platz vier an. Aber davor stand der Wettkampf...

Aus zwölf Ortsverbänden stellten sich insgesamt 13 Mannschaften von 33 bayerischen THW-Jugendgruppen zum Leistungsvergleich in Forchheim. Der Ablauf des Wettkampfes war vom Ortsverband Forchheim sehr gut organisiert. Nach einem stärkenden Mittagessen gab Landesjugendleiter Josef Krauß die Bahnen frei. Je drei Gruppen und zweimal zwei Gruppen begannen immer gleichzeitig ihre Wettkämpfe. Wie wichtig der THW-Landesverband Bayern diesen Leistungsvergleich der Jugend nahm, ergab sich aus der Tatsache der Anwesenheit des Landesbeauftragten, Dipl.-Ing. Reiner Vorholz, sowie von Dirk-Hubertus Bosse, der für die Ausbildung des THW in Bayern zuständig ist und hier als Oberschiedsrichter fungierte.

Für die nicht gerade im Wettstreit befindlichen Jugendgruppen hatte die Stadt Forchheim Besichtigungsfahrten organisiert. So konnten auch die später startenden Gruppen sich nichts Vorteilbringendes anschauen.

Fast 200 Jugendliche und Betreuer vereinigten sich bei strahlendem Sonnenschein auf dem Forchheimer Freizeitgelände zu einem farnefrohen Bild. Ihre Erwartungen waren indes unterschiedlich hoch gesteckt. Die meisten wollten wohl einfach das Spektakel nicht versäumen, während andere sich berechnete Hoffnungen auf den Sieg machten.

So fröhlich wie sonst waren die Jugendlichen heute nicht, denn alle waren natürlich motiviert, sich so gut wie möglich zu verkaufen. Die Ungewißheit, wie schnell die anderen sein würden, lastete auf ihren schmalen Schultern. Das Los schickte die Weidener Mannschaft – parallel zu der aus Erlangen und Bamberg – als erste auf den Parcours. Zunächst war ein Pegnitzarm möglichst rasch zu überqueren. Anschließend waren auf einem etwa 70 Meter langen Geländestreifen vier weitere, durchaus anspruchsvolle Aufgaben zu erledigen. Jeder ging sofort und gezielt die Arbeiten an, die er am besten zu beherrschen glaubte: es galt,



THW-Helfer mit Atemschutzmasken dichten behelfsmäßig die Fässer ab.

(Foto: Schöllhorn)

Holzpfähle anzuspitzen sowie einen „Verletzten“ auf einer Trage zu sichern und zu transportieren. Außerdem waren ein Greifzug einzuschirren und zwei Dreiböcke zu errichten. Mit fast schon gespenstischer Zielstrebigkeit und blindem Selbstverständnis arbeiteten die Helfer Hand in Hand und ergänzten sich so gegenseitig. Unter den Augen des THW-Landesbeauftragten sowie des Bundesjugendleiters, Paul-Josef Wilmes, beeindruckten sie durch ein Höchstmaß an Souveränität und Perfektion.

Sieger des Tages wurden die Junghelfer aus Simbach am Inn, die Bayern nun im nächsten Jahr beim Bundesvergleich in Hannover vertreten werden. Sie wurden bei der Siegerehrung in der Forchheimer Unterkunft von allen neidlos bejubelt – ein schöner Zug, der nochmals demonstrierte, in welcher entspannten Atmosphäre die Veranstaltung abgelaufen war. Dies war auch der Eindruck des Landesjugendleiters, Josef Krauß, der bei der Verabschiedung davon sprach, an diesem Tag eine bejahende Jugend gesehen zu haben, die vom no-future-Denken weit entfernt sei, sondern im Gegenteil, Hoffnung für die Zukunft gebe.

So, wie sie kämpften, die Jugendlichen aus Marktredwitz, Garmisch-Partenkirchen, Kronach, Weiden, Lohr am Main, Nürnberg-Süd, Simbach/Inn, Erlangen, Bamberg, Gemünden am Main, Dachau, Nürnberg-Nord und Lauf, so freuten sie sich auch auf den geselligen Abend. Vorher jedoch fand die Siegerehrung im THW-Heim in Forchheim statt. Dabei betonte Ortsbeauftragter Gerhard Kummerer, es sei für die Mannschaften aus den bayerischen Ortsverbänden Anerkennung und Auszeichnung, daß zur höchsten Preisverleihung Repräsentanten des THW und des öffentlichen Lebens erschienen sind.

Oberbürgermeister Ritter von Traitteur freute sich als Schirmherr, daß Bayerns THW-Jugend sich dem Leistungsvergleich stellt. Die Sieger beglückwünschte er: „Dabeisein ist wichtiger als siegen.“

Landesbeauftragter Reiner Vorholz verband seinen Dank für die Teilnahme aller Jugendgruppen Bayerns mit dem Wunsch, daß die Jugend noch viele Jahre so begeistert im THW mitwirken möge. Sein spezieller Dank galt dem Ortsverband Forchheim, der „in gewohnter Qualität“ seine Aufgabe in der Ausrichtung des Leistungsvergleichs 1986 selbst unter Beweis stellte.

Gleicher Dank galt dem Landesjugendleiter Josef Krauß und allen Ortsverbänden, die ihre Jugendmannschaften in solch hohem Leistungsstand nach Forchheim schickten.

Landesjugendleiter Josef Krauß dankte der Jugend, die gerne ihre Freizeit in den

Dienst des THW stelle. „Im Sinne des Helfens und Helfenwollens, praktiziert durch die THW-Jugend, liegt die Zukunft des Technischen Hilfswerkes. Unsere THW-Jugend sind die Helfer von morgen.“ Krauß überreichte die Siegerpokale an die THW-Jugend von Simbach, Garmisch-Partenkirchen und Dachau.

Bundesjugendleiter Paul-Josef Wilmes lud die Siegergruppe aus Simbach als Landessieger zum THW-Bundesleistungskampf 1987 nach Hannover ein, wo sie Bayern vertritt.

Der Schirmherr überreichte den Ehrenteller der Stadt, die Sparkasse leistete einen Beitrag zur Finanzierung des Leistungsvergleiches. J. D.

THW-Junghelfer bauten Nistkästen

Selb. Mit einer „Nistkasten-Aktion“ bewiesen die Mitglieder der Jugendgruppe des THW-OV Selb, daß Jugendliche auch eine enge Beziehung zur Natur und hier wiederum zur heimischen Vogelwelt haben. An sechs Gruppenabenden bastelten fünf Junghelfer unter der Leitung von Jugendgruppenleiter Uwe Prucker insgesamt zehn Nist- und Brutkästen für Meisen und Fledermäuse, die nun im Bereich um die THW-Unterkunft, genauer gesagt bei der Herz-Jesu-Kirche, dem nahen Kindergarten und in der Umgebung des Grafenmühlweihers an Bäumen angebracht wurden.

Reiner Wunder vom Bund Naturschutz stand den jungen Männern dabei beratend zur Seite und zeigte den THW-Helfern die besten Stellen und die entsprechenden Bäume, an denen die Nisthöhlen befestigt wurden. Freilich war auch Gruppenführer Prucker zur Stelle, der sich ebenso wie THW-Ortsbeauftragter Manfred Winkler von den handwerklichen Fortschritten der Jugendlichen überzeugte.

Da staunten die Schüler nicht schlecht

Oberviechtach. An der Eisenbarthschule werden in der 3. Klasse neben dem hauptsächlichlichen Unterrichtsstoff, Aufgaben und Einsätze der Feuerwehren behandelt. Gegebenenfalls nehmen die Schüler auch an Übungen teil. In der 4. Klasse wird der zusätzliche Unterrichtsstoff auf Aufgaben und Einsätze des Technischen Hilfswerks erweitert und auch die örtliche THW-Unterkunft, wie in Oberviechtach, besucht.

Die Schülerinnen und Schüler der Klassen 4a und 4b mit ihren Lehrkräften waren Gäste beim Technischen Hilfswerk

und besichtigten die neue Unterkunft, die Einsatzfahrzeuge und die Kraftfahrzeughalle.

Herbert Drachsler, stellvertretender Ortsbeauftragter, machte die Gäste mit den Aufgaben des THW in Theorie und Praxis vertraut und erläuterte zunächst die Ausrüstung des Mannschaftskraftwagens.

Im Unterrichtsraum der Unterkunft an der Schönseer Straße, die erst 1985 ihrer Bestimmung übergeben wurde, beantwortete Drachsler Fragen der Schüler und Schülerinnen, die von der Alarmierung der 45 THW-Helfer, im Ernstfall durch Funkwecker, bis zu den 130 inaktiven Mitgliedern und ihre Ergänzungen durch Anschaffungsmaterial fänden. Im Schnitt, und das fanden auch die jungen Gäste besonders beachtlich, fallen beim THW-Ortsverband Oberviechtach, neben den Übungseinsätzen und Besprechungen, jährlich zwischen 36 bis 40 Einsätze an. G. H.

Technische Hilfeleistung des Ortsverbandes Regensburg

Regensburg. Das alljährlich stattfindende Open-Air-Festival ist mittlerweile zu einem festen Bestandteil im Einsatzplan des Ortsverbandes Regensburg geworden, der seit Beginn dieser Veranstaltung dort zur technischen Hilfeleistung eingesetzt wird, am Anfang noch mit einem 5-kVA-Aggregat (1977) und jetzt mit sieben Einsatzfahrzeugen und insgesamt 30 Helfern.

Am ersten Samstag im August rückten um 9.00 Uhr die Helfer unter Leitung der Zugführer des 1. Instandsetzungszuges, Michael Thim, und des 1. Bergungszuges, Michael Hase, zum Einsatzort Sarching Weiher aus. Dort mußten bis zum Beginn der Veranstaltung ein Zaun gezogen, ein Podium mit Überdachung gebaut und eine umfassende Stromversorgungs- und Beleuchtungsanlage installiert werden. Bei diesen Arbeiten wurde auch erstmals der neue Radlader eingesetzt.

Mit einer vom Ortsverband Regensburg angefertigten Übersteckbüchse konnten die Pfähle für die Umzäunung eingerammt werden, der Baggerausleger diente als Kranarm zum Aufstellen mehrerer Portale aus Rohrbaugerüstteilen.

Die Stromversorgung der Veranstaltung wurde durch das Polyma-Aggregat des Ortsverbandes Mallersdorf sichergestellt.

Nachdem die Aufbauarbeiten beendet waren, verblieb eine Stammesbesetzung von zwölf Helfern und Führungskräften am Einsatzort. Als am darauffolgenden Morgen das Konzert endete, wurde sofort wieder abgebaut und die eingesetzten Gerätschaften gereinigt und wieder verlastet. M. H.



Horst F. Hamborg

XXV. Internationale Rotkreuzkonferenz in Genf

Aufruf zur Einigkeit in der Menschlichkeit

Ausschluß der südafrikanischen Regierungsdelegation ein „Betriebsunfall“? – DRK ging gestärkt aus der Rotkreuzkonferenz hervor

Mit eindringlichen Aufrufen zur Einigkeit ging am 31. Oktober 1986 die XXV. Internationale Rotkreuzkonferenz zu Ende. Der Beginn war durch die Aussperrung der südafrikanischen Regierungsdelegation sehr belastet worden. Nahezu 1 200 Delegierte verabschiedeten neue Statuten der Bewegung vom Roten Kreuz und vom Roten Halbmond sowie 30 Resolutionen, die die humanitäre Arbeit des Roten Kreuzes erleichtern und verbessern sollen.

Die Internationale Rotkreuzkonferenz tritt grundsätzlich alle vier Jahre zusammen. Ihr gehören Delegierte der Rotkreuzbewegung (IKRK, Liga und nationale Gesellschaften) sowie die Vertreter der staatlichen Vertragsparteien der Genfer Abkommen an. Auf Einladung der Ständigen Kommission wohnen ihr auch Beobachter von staatlichen und nichtstaatlichen, regionalen und fachlichen Organisationen bei, die sich speziell für humanitäre Fragen interessieren. Die Internationale Kon-

ferenz ist das höchste Organ der Internationalen Bewegung vom Roten Kreuz und vom Roten Halbmond und für die rotkreuzpolitischen Fragen und die Weiterentwicklung des humanitären Völkerrechts maßgebend.

Der Zwischenfall um die Suspendierung der südafrikanischen Regierungsdelegation, die für die Dauer der Konferenz ausgesperrt wurde, war nach Meinung vieler Fachleute in der heutigen weltpolitischen Lage kaum zu vermeiden gewesen. Bei dem Streit ging es nicht allein um die Verurteilung der Apartheid, in der sich alle einig waren. Es ging auch nicht um den Ausschluß der südafrikanischen Rotkreuzgesellschaft, deren erfolgreiche Tätigkeit und vorbildliche Haltung ausdrücklich anerkannt wurde. Es ging ausschließlich darum, die Mitgliedschaft der südafrikanischen Regierung bei dieser Konferenz zu suspendieren.

Die Befürworter dieser Maßnahme, sie erhielt 159 Ja-Stimmen, argumentierten, die südafrikanische Regierung verletze durch die Apartheid den Grundsatz der Menschlichkeit und mißachte damit die Grundsätze des Roten Kreuzes. Wer solches tue, könne nicht als rechtmäßiges Mitglied der internationalen Rotkreuzbewegung angesehen werden. Da die Konferenz nach Artikel II Abs. 4 der Statuten allein berechtigt sei, die Statuten und die Geschäftsordnung „zu revidieren und zu interpretieren“, sei die Konferenz Herrin

Nahezu 1 200 Delegierte trafen sich in Genf.





Die deutsche Delegation während ihrer Beratung.

ihrer Entscheidungen und berechtigt, über die Aussetzung der Mitgliedschaft einer Delegation zu befinden.

IKRK, Deutschen Rotes Kreuz (DRK) und 50 andere, meist westliche Rotkreuz-Delegationen, wiesen darauf hin, daß eine solche Maßnahme die zentralen Grundsätze der Neutralität, der Universalität und der Menschlichkeit verletzte; sie sei zudem unzuverlässig, weil die Aussetzung der Internationalen Konferenz in den Statuten eindeutig und unabdingbar festgelegt sei. Um zu verdeutlichen, daß der Antrag auf Aussetzung der Mitgliedschaft für die Rotkreuzkonferenz rechtlich unzulässig sei, nahmen das IKRK und 51 weitere Delegationen, unter ihnen die des DRK, nicht an der rechtswidrigen Abstimmung über den Ausschluß der südafrikanischen Regierungsdelegation teil und begründeten ihren Standpunkt in entsprechenden Erklärungen zur Abstimmung.

So bezeichnete DRK-Präsident Prinz Wittgenstein vor der Presse diesen einmaligen Vorgang als einen „Betriebsunfall“, der hätte vermieden werden müssen. IKRK-Präsident Alexander Hay begrüßte es, daß trotz allem „ein sehr positiver Geist“ in der Konferenz die Beratung gefördert habe.

Das Deutsche Rote Kreuz ist gestärkt aus dieser XXV. Internationalen Rotkreuzkonferenz hervorgegangen. DRK-Präsident Prinz Wittgenstein wurde zum Vizepräsident der neunköpfigen Ständigen Kommission der Bewegung vom Roten

Kreuz und Roten Halbmond gewählt. Sie ist Treuhänder der Internationalen Konferenz und besteht aus den Präsidenten und je einem weiteren Vertreter des IKRK und der Liga sowie aus fünf Persönlichkeiten aus den 144 nationalen Rotkreuz- oder Rothalbmond-Gesellschaften, die ad personam gewählt werden.

Die Kandidatur des DRK-Präsidenten für die Kommission wurde mit einem überwältigenden Ergebnis befürwortet. Schon im ersten Wahlgang erhielt Prinz Wittgenstein 145 Stimmen von 229 Delegierten, 29 mehr als er für die absolute Mehrheit benötigt hätte. Mit 123 Stimmen folgte ihm der Präsident des Jordanischen Roten Halbmonds, Dr. Ahmad Abu-Goura. Der außerordentliche Erfolg des DRK-Präsidenten spiegelt – obwohl sie seiner Person und seinen Verdiensten gilt – das hohe Ansehen und Vertrauen wider, welches das DRK in der internationalen Bewegung des Roten Kreuzes und Roten Halbmonds genießt. Erworben hat es sich dieses nicht nur in Katastrophen- und Entwicklungshilfe, sondern vor allem auch durch die hohe Effektivität und Einsatzbereitschaft der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter, die die Aufgaben des DRK als Nationaler Rotkreuzgesellschaft und Wohlfahrtsverband unterstützen und erfüllen.

Zu den positiven Ergebnissen der Internationalen Rotkreuzkonferenz gehören nicht zuletzt die verabschiedeten Resolutionen. Dazu gehört eine vom DRK initiierte Entschliebung über Hilfe und Rot-

kreuz-Zusammenarbeit bei technischen Unglücksfällen und Katastrophen. In diesem Zusammenhang ist ein Schreiben des sowjetischen Rotkreuz-Präsidenten an Prinz Wittgenstein zu nennen, in dem er dem DRK für eine beachtliche finanzielle Unterstützung der Opfer von Tschernobyl dankte und die Unterstützung des Roten Kreuzes der UdSSR bei der Wahl zur Ständigen Kommission in Aussicht stellte.

Ein weiteres wichtiges Thema war die Zusammenarbeit der Nationalen Gesellschaften des Roten Kreuzes und Roten Halbmonds mit den Regierungen auf dem Gebiet der Familienzusammenführung. In einer Resolution werden alle Regierungen aufgefordert, die Bemühungen jener Nationalen Gesellschaften zu unterstützen, die sich mit dem Suchdienst und Familienzusammenführung befassen. Ferner wird dazu aufgefordert, Ausreisegesuche von Personen im Sinne der Familienzusammenführung im positiven und humanitären Geist zu behandeln. Außerdem, so die Resolution, müsse sichergestellt werden, daß alle Antragsteller weder benachteiligt noch diskriminiert werden. Diese auch von den Regierungsvertretern unterstützte Entschliebung wurde einvernehmlich angenommen. Sie ist von besonderer Bedeutung für die Arbeit des DRK, stellt sie doch in der Frage der Familienzusammenführung aus den Staaten Ost- und Südosteuropas ein weiteres Handlungsinstrument dar.

Im weiteren Verlauf der Konferenz verabschiedeten die Vertreter von 137 Gesellschaften und 125 Regierungen die neuen Statuten der Bewegung, die wesentliche Verbesserungen und Klarstellungen beinhalten. Die Aufteilung der Zuständigkeiten in der humanitären Arbeit der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften zwischen Liga und IKRK wurden bestätigt: Aktivitäten in Konfliktzonen bleiben dem IKRK vorbehalten, während der Liga Katastrophenhilfe und Aufbau der nationalen Organisationen vorbehalten bleiben. Die übrigen Entschliebungen betrafen Themen vom Frieden bis zur Entwicklungsarbeit und schlossen Gesundheit und Verbreitung der Kenntnisse des humanitären Völkerrechts mit ein. So gab es unter anderem eine Resolution zur Flüchtlings- und Asylantenproblematik sowie zur Kennzeichnung von medizinischen Transporten.

Aus der Sicht des Deutschen Roten Kreuzes bleibt festzuhalten, daß trotz des rechtswidrigen Ausschlusses der südafrikanischen Regierungsdelegation die Internationale Rotkreuzbewegung das klare Mandat erhalten hat, in ihren Anstrengungen am Dienst für die Menschlichkeit, insbesondere in Katastrophenfällen und bei bewaffneten Konflikten, nicht nachzulassen und sie weiter zu verbessern.

Neue Landesschule für ASB Nordrhein-Westfalen



Um dem gestiegenen Lehrgangsbedarf gerecht zu werden, suchte der Landesverband seit langem eine geeignete Unterkunft für seine Landesschule. Daher konnten Lehrgangsangebote, bei denen die Teilnehmer im Internatsbetrieb geschult werden, bisher nicht gemacht werden.

Ein passendes Objekt zu finden, war gar nicht so einfach, denn zahlreiche Bedingungen für ein solches Haus müssen erfüllt sein:

- Das Gebäude sollte so groß sein, daß mindestens 25 Teilnehmer übernachten können. Für die unterschiedlichen Ausbildungsformen im ASB ist ein variabler Schulungs-/Seminarraum nötig, ebenso sind Räume für Arbeits-/Übungsgruppen wichtig.
- Damit die Personal- und Betriebskosten möglichst gering bleiben, ist die Verpflegung der Teilnehmer durch eine eigene Küche nicht sinnvoll; günstig ist vielmehr die Anbindung an eine bestehende Einrichtung, zum Beispiel die Küche eines benachbarten Betriebes oder Krankenhauses.
- Die Landesschule sollte sowohl mit öffentlichen Verkehrsmitteln als auch mit dem PKW leicht zu erreichen sein.
- Die Nähe zur Landesgeschäftsstelle ist zudem eine Voraussetzung für einen reibungslosen Lehrgangsbetrieb, da Büroeinrichtungen mitbenutzt werden können.

Diese Voraussetzungen wurden von den früher besichtigten Objekten nicht erfüllt.

Durch den Kauf des ehemaligen Altenheimes „Haus Hildegard“ in Ertstadt-Frauenthal hat die lange Suche endlich ein gutes Ende gefunden.

Die geforderten Rahmenbedingungen werden sowohl in baulicher Hinsicht als auch von der Lage des Objekts erfüllt. Nach der Renovierung des zweieinhalbgeschossigen Gebäudes sind auf der ersten und zweiten Etage genügend Räume zur Unterbringung von 25 Lehrgangsteilnehmern vorhanden. Die Einrichtung eines Lehrsaaes, einer Cafeteria und einer Verwaltungsstelle sind im Erdgeschoß geplant.

Da das Gebäude in einer Grünanlage steht, können die Lehrgangsteilnehmer in den Pausen und nach Lehrgangsende uneingeschränkt ihrem Bewegungsdrang nachkommen. Die Verpflegung der Teilnehmer übernimmt die in unmittelbarer Nachbarschaft gelegene Klinik Frauenthal. Damit werden zusätzliche Personalkosten eingespart.

Einige Ärzte haben bereits ihre Bereitschaft signalisiert, den ASB bei Fachlehrgängen, zum Beispiel für Rettungssanitäter, als Referenten zu unterstützen.

Mit dem Einzug in das renovierte Gebäude im März/April 1987 können dann die von den Ortsverbänden seit langem gewünschten Ausbildungsangebote erfüllt werden: z. B. Sanitäts-, Rettungshelfer- und Rettungssanitäter-Lehrgänge. Auch im Katastrophenschutz sind Ausbildungen für Führer und Unterführer sowie Fachlehrgänge geplant.

2 434 ZDL beim ASB tätig

Beim Arbeiter-Samariter-Bund leisteten im Oktober 1986 2 434 junge Männer ihren Zivildienst. Stichtag: der 15. des Monats. Dies gab Otto Hildesheim vom zuständigen Referat in der Kölner Bundesgeschäftsstelle bekannt. Seinen Angaben zufolge verfügte der ASB zum selben Zeitpunkt über 205 Zivildienststellen mit insgesamt über 2 800 Plätzen, die vom Bundesamt für den Zivildienst anerkannt sind. Mithin sind genau 85,19 % der Beschäftigungsstellen belegt.

Urkunde und Geldpreis für Journalisten

Mit Urkunde und Geldpreis zeichnete der Arbeiter-Samariter-Bund während der 12. Bundeskonferenz die ersten Preisträger des ASB-Journalistenpreises 1986 aus. Zwei Journalisten nahmen die Auszeichnung aus der Hand von ASB-Präsidentin Annemarie Renger und dem Bundesvorsitzenden Martin Ehmer entgegen. Die Redakteure hatten Beiträge zum Thema „Ist ehrenamtliches Engagement in Wohlfahrtsverbänden noch zeitgemäß?“ eingereicht. Ehmer sagte, die Arbeiten hätten in besonderer Weise die Hintergründe freiwilliger Hilfe aufgezeigt und Einsicht in die Notwendigkeit ehrenamtlicher Tätigkeit gefördert.

Die Preisträger:

Frau Josette Cagli von der Zeitschrift „Journal für die Frau“ (Hamburg) wurde für ihren Artikel „Für Menschen in Not: Immer an Deck – Rupert Neudeck“ ausgezeichnet. Es ist ein Beitrag über ein Gespräch mit dem Begründer des Komitees „Cap Anamur“.

Bernd Schoch von der Wochenzeitschrift „Die Zeit“ (Hamburg) bekam den ASB-Preis für seine Arbeit „Nichts übrig und nichts frei! – Wie deutsche Vermieter und Behörden mit einer Familie aus Eritrea umgingen“. Schoch beschreibt die Irrfahrt von Eritreern nach ihrer Ankunft in Süddeutschland.

Hans Mohl vom ZDF-„Gesundheitsmagazin Praxis“ erhielt Urkunde und Geldpreis

für einen Kommentar in der „Apotheken-Rundschau“. Er nahm den Preis nicht persönlich in Empfang, da er am gleichen Abend eine Live-Sendung im Fernsehen moderierte.

Den 2. Preis teilen sich zwei Redakteure, die Artikel in einer Lokalzeitung und einer wissenschaftlichen Korrespondenz veröffentlichten.

Neue Fahrzeuge übergeben

Sieben neue Fahrzeuge für die Katastrophenschutz-Einheiten übergab der Leiter des zuständigen Amtes der Stadt Essen an den ASB-Ortsverband. Dabei handelt es sich um Krankenwagen, Mannschafts- und Führungsfahrzeuge sowie einen Arzttruppwagen.

Bei der Übergabe bedankte sich der ASB-Vorsitzende Dirk Heidenblut für das in den ASB gesetzte Vertrauen und erklärte, der Ortsverband werde seine Einsatzbereitschaft im Katastrophenschutz weiter verbessern.

Mit zwei Sanitätszügen sowie einer Versorgungseinheit arbeitet der ASB in Essen seit Jahren aktiv im Katastrophenschutz mit.

Beauftragte für Zivildienst bilden sich fort

Zu einer fachlichen Weiterbildung trafen sich im September 25 Beauftragte für Zivildienstangelegenheiten aus ASB-Orts- und Kreisverbänden. Das Thema: Verwaltung im Zivildienst. Zwei Tage lang machten sich Arbeiter-Samariter in der Bundesgeschäftsstelle sachkundig und erörterten mit Referenten vom Bundesamt für Zivildienst Themen, die den Zivildienstbereich betreffen.

Dabei ging es um Fragen der Anerkennung als Beschäftigungsstelle, ebenso wie um Aspekte der Arbeitszeit, Freizeit und Nebentätigkeit von Zivildienstleistenden. Was ist bei Dienstunfähigkeit eines ZDL zu beachten? Unter welchen Umständen kann ein Ersatzdienstler versetzt werden? Was ergibt sich aus der Disziplinarbefugnis der Zivildienststelle gegenüber dem ZDL? Fragen, die sich den zuständigen Arbeiter-Samaritern in den Orts- und Kreisverbänden täglich stellen und auf die sie eine Antwort finden müssen. Informationen dazu gab es während der Fortbildung in Köln, die Otto Hildesheim vom Zivildienstreferat jährlich vorbe-reitet.

ASB, Jürgen Mackensen, nach der Rückkehr anlässlich einer Pressekonferenz in Barsinghausen bei Hannover, „müssen die Einheimischen die Essensversorgung selbst in die Hand nehmen“. Probleme sieht Mackensen dabei nicht: Die Griechen hätten lange genug vom Ende der Hilfsaktion gewußt und seien auch mit den Feldküchen vertraut gemacht worden. Die griechische Regierung hat inzwischen vier ASB-Feldküchen gekauft, sie sind in Kalamata weiter im Einsatz.

Probleme wird es nach der Rückkehr der ASB-Helfer, denen auch Personal des Technischen Hilfswerkes unterstellt war, für die noch rund 20000 Obdachlosen geben: Sie werden auch in absehbarer Zeit kein festes Dach über dem Kopf haben, obwohl, so Mackensen, die zerstörten Häuser soweit als möglich wieder nutzbar gemacht worden sind. Geld für den schnellen Wiederaufbau der Stadt Kalamata soll nicht vorhanden sein. esc

Sudan-Hilfe geht weiter

Im Oktober schickte der Arbeiter-Samariter-Bund zwei generalüberholte, allradgetriebene Großraumkrankenwagen und einen LKW in den Sudan. Nach dreiwöchiger Schiffsreise von Bremerhaven aus trafen die Fahrzeuge im November in der sudanesischen Hafenstadt Port Sudan ein und wurden dort von der „Eritrean Relief Association“ (ERA) entgegengenommen. Einer der Krankenwagen blieb in Port Sudan und ist jetzt an einem Krankenhaus stationiert.

Der ASB liefert bereits seit Anfang 1985 ständig Nahrungsmittel und vor allem technische Hilfsgüter in den Osten des Sudan. Hier, im Grenzgebiet zu Äthiopien, haben mehrere zehntausend Menschen aus der angrenzenden äthiopischen Provinz Eritrea Zuflucht vor Bürgerkrieg und Hunger gesucht. esc

Aus Griechenland wieder zurück

Nach fünfwöchigem Einsatz auf dem südlichen Peloponnes ist das ASB-Helferteam Mitte Oktober aus dem griechischen Erdbebengebiet zurückgekehrt. Die Mannschaft hatte in Kalamata hauptsächlich Sachhilfe für die Bevölkerung geleistet: Unterkunftszelte und Sanitäranlagen aufgebaut, aber auch einen Teil der medizinischen Versorgung übernommen

und vor allem für Verpflegung gesorgt. 10000 Menschen, die nach dem Erdbeben in Zeltlagern lebten, bekamen pro Tag eine warme Mahlzeit, die die ASB-Crew in eigens mitgebrachten Feldküchen zubereitete.

„Nachdem wir Griechenland verlassen haben“, sagte der Technische Leiter des



Das Einsatzteam ist nach strapaziöser Rückfahrt wieder in Barsinghausen bei Hannover eingetroffen. (Foto: Hermann)

ASB will an der „Interschutz '88“ teilnehmen

Der Arbeiter-Samariter-Bund will an der „Interschutz '88“, der größten internationalen Ausstellung für Brand- und Katastrophenschutz, teilnehmen. Das beschloß der Bundesvorstand auf einer seiner letzten Sitzungen. Die nächste „Interschutz“ findet vom 28. Mai bis 2. Juni 1988 in Hannover statt.

Zehn Jahre JUH-Landesschule Münster

Ein Tapetenwechsel läutete vor zehn Jahren die Geburtsstunde einer Einrichtung ein. Eine neue „Ära“ in der landesweiten Ausbildung in Nordrhein-Westfalen fing damit an. Erst die großzügigen Räumlichkeiten in der Unterkunft der Münsterschen Johanniter ermöglichten ein umfangreiches Angebot an landesweiten Ausbildungslehrgängen. Heute scheint dies zur Selbstverständlichkeit geworden zu sein. Ein Rückblick zeigt aber, daß es für die vor Ort betroffenen Helfer eine Menge Schweiß bedeutet hat.

Ein Großteil floß davon schon während des besagten Tapetenwechsels. Wände wurden in der ehemaligen Kaserne eingerissen und neue eingezogen, ein neues Heizungssystem installiert, Elektroleitungen verlegt... Nach Monaten hatten die 150 Helfer es geschafft: Aus ihren zwei Gruppenräumen mit 48 Quadratmetern zogen sie in ihr neues Domizil mit 1 000 Quadratmetern ein.

Die wollten mit Leben gefüllt werden, und Ausbildung war schon immer ein Schwerpunkt der Johanniter-Arbeit in Münster. Es bot sich also an, Kurse auszuschreiben, die in den einzelnen Standorten nicht gefüllt werden konnten. Denn es standen zudem Übernachtungsmöglichkeiten zur Verfügung. Offiziell existierte bereits eine Landesschule in Köln, doch litt sie unter Raummangel; eine Erweiterung des Angebots war kaum möglich.

Den bereits geschaffenen Tatsachen 1976 den Titel Landesschule folgen zu lassen, war nur konsequent. Die Zahl der Lehrgänge und der Teilnehmer stieg in den folgenden Jahren rasch an. Nahmen 1976 noch 355 Teilnehmer an 14 Kursen teil, waren es ein Jahr später bereits 804 Teilnehmer und 26 Kurse sowie noch drei Tagungen. Die Übernachtungszahlen verdreifachten sich von 1 192 auf 3 689.

Natürlich konnte es solche Steigerungen nicht auf Dauer geben, dafür reichte der Platz nicht. Erst mußten sich die Münsteraner wieder ihrer handwerklichen Fähigkeiten erinnern. Immer wieder wurden in den zehn Jahren weitere Wohnungen in dem weitläufigen Kasernengebäude über-

nommen und dabei vor allem die Übernachtungskapazität erhöht, die sich bei einander überschneidenden Kursen immer wieder als nicht ausreichend erwies.

Keine Zeit zum Feiern

Auch im Jubiläumsjahr mußten die Helfer wieder ran, so daß die Vorbereitungen für eine ursprünglich geplante Feier aufgegeben werden mußten. Mittlerweile stehen damit 4 000 Quadratmeter für Lehrsäle, Freizeiträume und immerhin 150 Betten zur Verfügung. Es wird allerdings wohl kaum der letzte Umbau gewesen sein.

Nur mit diesen dauernden Erweiterungen war es möglich, in den ersten zehn Jahren auf insgesamt 51 204 Übernachtungen zu kommen. 2 451 Lehrgangstage wurden durchgeführt, die von 9 069 Teilnehmern besucht wurden. Spitzenjahr war dabei 1981 mit allein über 13 000 Übernachtungen und 1 715 Teilnehmern. Heute haben sich die Lehrgangsziele auf einem hohen Niveau eingependelt, das zwischen 600 und 1 000 Teilnehmern pro Jahr schwankt.

Aufgabe ist natürlich vor allem die Weiterbildung der Helfer in spezielleren Bereichen. So sind allein 1 225 Rettungssanitäter in 46 Kursen geschult worden und 983 Ausbilder in 55 Lehrgängen. Als sehr großer Posten in der Bilanz schlägt sich die Schwesternhelferinnen-Ausbildung nieder, die der vorteilhaften Räumlichkeiten wegen 1977 von Bünde nach Münster umzog. 53 Kurse sind seitdem abgehalten worden, die von 1 349 Frauen durchlaufen wurden.

Auf Bundesebene ist die Landesschule den Johannitern ein Begriff geworden durch zahlreiche Tagungen, die hier abgehalten werden. Mit zum Teil großen Teilnehmerzahlen stellen sie hohe Anforderungen an die Helfer. Denn es geht nicht allein um die Stellung von Räumlichkeiten und Ausbildungsmaterial sowie Ausbildern. Die Gäste wollen auch gepflegt werden. Eine modern eingerichtete Küche sorgt für etwa 40 000–50 000 Portionen pro Jahr.

Andere Helfergruppen bemühen sich in der Verwaltung um einen reibungslosen Ablauf durch Abwicklung der Anmeldung, Erstellung von Teilnehmerlisten, Abrechnung der Fahrtkosten usw. oder im Materialerhaltungstrupp, der ständig reichlich zu tun hat, um hier eine Birne auszuwechseln, dort eine Schraube anzudrehen, anzustreichen usw. Nicht nur nebenbei fallen dann für die 200 Aktiven in Münster die üblichen Aufgaben eines Ortsverbandes an. Nicht die Landesschule, der Behindertenfahrdienst nimmt in der Bilanz der geleisteten Einsatzstunden den größten Posten ein. Harald Westfeld

Krankenwagen für Jugoslawien

Über einen nicht alltäglichen, ungewöhnlichen Einsatz schickte uns Bremerhavens JUH-Ortsbeauftragter Werner Riedel den folgenden Bericht:

„Augen und Ohren offenhalten, das zeichnet den Johanniter aus, dachte ich mir, als ich in einem Bremerhavener Geschäft unfreiwillig Zuhörer eines Gesprächs zwischen dem Besitzer und einem Feuerwehrbeamten wurde. Auf die Frage: ‚Woher kann man denn sonst noch einen Krankenwagen bekommen?‘ kam nur noch ein Achselzucken. Das interessierte natürlich, was will ein Privat-

mann mit einem Krankenwagen?

Ganz einfach: Verschenken! – Der Geschäftsführer, ein Jugoslawe, suchte einen komplett ausgestatteten Krankenwagen, den er seiner Heimatstadt Lukavac schenken wollte. Ich versprach zu helfen. Eine Anzeige im Söhngen-Kurier brachte Erfolg. Einer der angebotenen Mercedes-Krankenwagen wurde gekauft und mit viel Arbeit optisch auf den neuesten Stand gebracht. Dazu gehörten auch eine Neulackierung und die Aufschrift DOM-ZDRAVLJA LUKAVAC (Ärztzentrum Lukavac).



Links im Bild, wie ein Geschenk mit Schleife verpackt, der neue Krankenwagen.

über 2 000 Kilometer. Für die Strapazen wurden wir reichlich belohnt. Die Übergabe hatte teilweise Volksfestcharakter. Fernsehen und Rundfunk berichteten in ihren Nachrichtensendungen darüber. Mehrere Tageszeitungen schrieben über das Ereignis, daß in einem sozialistischen Land eine Privatperson dem Staat etwas schenkt. Niemand konnte sich erinnern, daß jemals zuvor ein Krankenwagen verschenkt worden ist.

Die Ausrüstung des übergebenen Fahrzeugs wurde bewundert, sie ist für dieses Land wohl einmalig. Der dortige Standard der Fahrzeugausrüstung läßt sich mit unseren Vorstellungen von Krankentransport und Rettungsdienst überhaupt nicht vergleichen. Vakuummatratze, Luftkammerschienen sowie Rettungsdecke wurden bestaunt.

Als ein persönliches Dankeschön an die JUH wurden mir vom 'Regional Medizinski Centar Dr. Mustafa Mujbegovic Tuzia' eine Medaille und eine Urkunde überreicht."

Leider fehlten immer noch einige Ausrüstungsgegenstände. Spontan stellte der JUH-Ortsverband Bremerhaven Sauerstoffgerät, Vakuummatratze sowie Wandbehälter mit allen nötigen Verbandmaterialien zur Verfügung. Andere Dinge, wie Ambubeutel, Luftkammerschienen u. ä.

wurden kurzfristig vom Spender des Wagens gekauft. Die Überführung des Wagens wurde auch von der JUH Bremerhaven übernommen. Auf Drängen des Chefarztes des Ärztezentums mußte sie kurzfristig durchgeführt werden. Ich nahm dafür Urlaub. Es wurde eine lange Reise

Sanitätsübung „Bandage Barter“

40 Rettungssanitäter und -sanitäterinnen der Johanniter-Unfall-Hilfe aus dem ganzen Land besuchten während der Sanitätsübung „Bandage Barter“, im Rahmen des großen Herbstmanövers BOLD GUARD, die Einheiten und Einrichtungen des Sanitätskommandos 600 der Bundeswehr in Heide.

Der Landesarzt der JUH Schleswig-Holstein, Dr. Rüdiger Döhler, Flottillenarzt der Reserve, hatte die Helfer zum Informationsaustausch während der laufenden Übung eingeladen. Die Johanniter be-

Rechts: Verletzten-transport mit dem Rettungszug.

Unten links: Der Operationsraum im Rettungszug.

Unten rechts: JUH-Rettungssanitäter als Gäste bei der Übung. (Fotos: von Hoist)



sichtigten neben anderen Einrichtungen auch einen von der Krankentransportkompanie umgerüsteten Zug der Deutschen Bundesbahn. Der 320 Meter lange Zug, bestehend aus 13 Wagen und zwei Lokomotiven, bietet Platz für 300 liegende Verwundete und verfügt über eine Notoperationseinrichtung.

Das Sanitätskommando 600 plant, überwacht und koordiniert den Einsatz der Einheiten und Einrichtungen für alle im Raum Schleswig-Holstein und Hamburg eingesetzten deutschen Truppenteile. Der Kommandeur des Sanitätskommandos, Oberfeldarzt Henning Pest, unterstrich die Bedeutung einer reibungslosen Zusammenarbeit zwischen der Bundeswehr und den Hilfsorganisationen. „Auch wenn es nicht so aussieht“, sagte der Kommandeur, „die Bundeswehr und die Hilfsorganisationen müssen in Zukunft noch enger

zusammenarbeiten. Das beginnt bei den Bundeswehrkrankenhäusern, die Notfälle ebenso aufnehmen wie andere Krankenhäuser, und endet bei zivilen Katastrophen.“ Die Sanitäterinnen und Sanitäter der JUH bekamen einen guten Einblick in die Arbeit des Kommandos 600. Es ist für die Belegung von 13 500 Betten verantwortlich, muß 80 Operationsgruppen rationell auslasten – das bedeutet 400 bis 600 Operationen täglich – und muß die Transportkapazität für 3 000 liegende Verwundete koordinieren.

Die Personalstärke des Kommandos beträgt 11 000 Soldaten und Zivilbedienstete. Davon sind etwa 700 Ärzte und 1 500 Krankenschwestern und Schwesternhelferinnen. Schon vor zwei Jahren hatten Schwesternhelferinnen der JUH an der Übung als Beobachterinnen teilgenommen. Rainer von Holst

2. Ich will meinen Mitmenschen Hilfe (körperlich – geistig – geistlich) zuteil werden lassen, entsprechend meinen speziellen Interessen und Begabungen. Hierfür bin ich bereit, Freizeit und finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen!

Unsere Aufgabe muß es immer wieder sein, zu motivieren und nicht zu manipulieren. Überzeugen durch bessere Argumente, das Verbindende suchen und nicht das Trennende, tolerant sein, miteinander tragen und ertragen. Kompetenzprobleme, die zur Isolation führen, sind zu vermeiden – der richtige Mann am richtigen Platz! Bedenken Sie bitte, daß Zwist im Inneren der Organisation auch immer nach außen strahlt. Wir müssen uns ständig selbst fragen, wo unsere Stärken und Schwächen liegen. Wir dürfen keine Aufgaben übernehmen, denen wir nicht gewachsen sind. Ständig an sich selbst arbeiten und lernen, denn nur was man selbst beherrscht, kann man auch anderen vermitteln! Denken Sie auch an die Gefahren des ‚sich selbst Überforderns‘. Man muß lernen, seine Grenzen zu erkennen, Mut haben, Fehler einzugestehen, lernen zu delegieren; nicht nur Arbeit und Verantwortung, sondern auch Entscheidungsfreiheit. Kritik hat aufbauend, positiv und sachlich zu erfolgen, man muß zeigen, wie man etwas besser machen kann, Zuverlässigkeit erfordert Standhaftigkeit, Ehrlichkeit, Treue und Demut.

Unter dem Begriff Demut möchte ich eine Reihe von Eigenschaften einordnen, wie Dienstwilligkeit, Reife, Bescheidenheit, Sachlichkeit, Gehorsam, Hingebung, Ehrerbietung, Zuvorkommenheit, Milde, Sanftmut, Höflichkeit, Ehrfurcht, Bereitschaft zur Unterordnung, Frömmigkeit, Gottesfurcht und Dankbarkeit.

Nun einige Worte zu den Erwartungen ‚nach außen‘.

1. Anerkennung der Leistung der Organisation durch Staat, Behörde, Bevölkerung, Institutionen.
2. Unterstützung durch Staat, Kommunen, Institutionen und Behörden in der Ausübung der satzungsgemäßen Aufgaben.
3. Offensichtliche Erkenntnis erwirken, daß wir Hilfe bringen, Not und Leid mindern.
4. Vorbildliches Verhalten – gelebtes Christentum!

Um dies alles zu erfüllen, müssen wir nach außen wirken.

Ideenreichtum, Zuverlässigkeit sowie alle Tugenden, die ich hier genannt habe, sind erforderlich. Vor allem aber ist es wichtig, daß wir nach außen mit einer Zunge reden, Gemeinsamkeit vertreten, keine Disharmonie und Uneinigkeiten hinaustragen, Bescheiden aber bestimmt

Werden wir den Erwartungen, die man an uns stellt, nach innen und außen gerecht?

Anläßlich des Fortbildungslehrganges „Rhetorik/Didaktik“ hielt der Bundesausbildungsleiter der JUH, Wulfdietrich Peltz, nachstehenden Vortrag:

„Lassen Sie mich an den Anfang meiner Betrachtung zu diesem, wie ich meine sehr wichtigen Thema noch einmal eine Definition des Begriffs ‚Führen‘ stellen:

‚Führen heißt, andere Menschen in ihrem Handeln und Verhalten so zu lenken, daß eigene, gemeinsame oder übergeordnete Ziele durch das Handeln dieser anderen oder durch gemeinsames Handeln mit ihnen erreicht werden‘.

Wir haben gelernt, daß die Führung von Menschen eine Führungsfähigkeit voraussetzt. Hierfür bedarf es

1. Der Menschenkenntnis
2. Der Intelligenz
3. Umfassender Fachkenntnisse
4. Des Führungswillens

Ich habe diese Definition des Führungsvorganges und der Führungsfähigkeit bewußt an den Anfang gestellt, denn um Erwartungen erfüllen zu können, muß man in der Lage sein, zu führen.

Erwarten bedeutet, daß Menschen gewisse Vorstellungen haben über Dinge, die sie gerne verwirklicht sehen möchten, da sie glauben, daß sie gut sind; was im-

mer man auch unter gut verstehen mag.

Ich habe meine Fragestellung unterschieden zwischen ‚nach innen‘ und ‚nach außen‘, also was die eigene Organisation und das Umfeld, in dem wir wirken, von uns erwarten.

Der Katalog der Erwartungen ist breit gefächert und sicherlich auch individuell gesehen recht unterschiedlich. Menschen setzen Schwerpunkte, abhängig von ihren Interessen, Werteinschätzungen und Emotionen. Wir müssen das dominierende Gemeinsame ermitteln und danach untersuchen, ob und inwieweit eine Übereinstimmung bei den Mitgliedern der Organisation und der Außenwelt besteht. Wo dies nicht der Fall sein sollte, müssen wir kritisch hinterfragen, ob nicht ein Störfeld vorhanden ist, eine Kontaktstörung, die zu beseitigen ist, um wirksam und, was noch wesentlicher ist, glaubhaft zu bleiben. Diskrepanzen, Unstimmigkeiten, Zwiespältigkeiten, Mißverhältnisse müssen erkannt und ausgeräumt werden.

Lassen Sie mich zunächst auf die Erwartungen der Organisation, also ‚nach innen‘ eingehen:

Auflistung der Wünsche der Mitglieder

1. Ich will mich in der Gemeinschaft, der ich angehöre, wohl fühlen und verwirklichen können!

sein! Sich niemals anbiedern wollen, vor allen Dingen nicht auf Kosten anderer Organisationen! Wir müssen uns ständig selbst kontrollieren und die Sache über die Person stellen. Und noch etwas ist sehr wichtig: Keine Versprechungen machen, die man nicht halten kann. Denken Sie immer daran, daß, so wie Sie sind,

so wie Sie sich nach außen darstellen, die Organisation beurteilt wird. Ein weiser Mann hat einmal den Ausspruch getan:

„Willst du dich selbst erkennen, so sieh, wie die anderen es treiben, willst du die anderen verstehen, blick in dein eigenes Herz.“

Mit dem „Sonnenzug“ zum Bodensee

Es ist Sonntag, 8.30 Uhr. Am Gleis 1a des Stuttgarter Hauptbahnhofes ertönt endlich der langersehnte Pfiff: Einer der „Sonnenzüge“ rollt. Wie in jedem Jahr. Mehr als tausend behinderte und alte Menschen haben sich schon lange auf diesen Tag gefreut. Denn dieser Tag gehört ihnen ganz allein. Es ist ihr Urlaubstag, ihre Fahrt von Stuttgart an den Bodensee.

Bereits seit 1970 organisieren die großen

Hilfsorganisationen, unter ihnen die Johanniter-Unfall-Hilfe, gemeinsam den „Sonnenzug“.

Mehrere hundert Helferinnen und Helfer betreuen die Reisenden auf ihrer Fahrt. Für sie ist diese Fahrt mit dem Sonnenzug oft die einzige Möglichkeit zu einer Reise.

Um 11 Uhr hat der Zug den Friedrichshafener Hafenbahnhof erreicht. Unterwegs

sind in Göppingen und Ulm noch weitere Teilnehmer zugestiegen.

Langsam rollt der Zug in den Bahnhof ein. Eine Blaskapelle spielt zur Begrüßung einen Tusch. Dann werden Holztreppen und Rampen angelegt. Vom Bahnhof geht es direkt zum Bodensee. Dort warten schon zwei große Ausflugschiffe auf die Gäste. Die „Stuttgart“ und die „Schwaben“ fahren bald quer über den nur mit leichten Kräuselwellen bedeckten Bodensee.

Im Dunst erahnt man die Alpen auf der Schweizer Seite. Über Rohrschach geht es nach Bregenz. Hier beginnt langsam die Rückfahrt. Mehr und mehr der älteren Menschen haben sich auf das Oberdeck begeben, um im wohligen warmen Windschatten der Aufbauten das herrliche Panorama von Lindau zu genießen. „Das tut einer alten Frau gut“ sagt eine alte Dame, die sich am Bug den Wind um die Nase wehen läßt.

Unter den Klängen der Bordkapelle legen die Schiffe wieder in Friedrichshafen an. Um 17 Uhr verläßt der „Sonnenzug“ wieder Friedrichshafen. Die große Reise geht dem Ende entgegen.

Über eine Spezialrampe gelangen die Behinderten in den Zug.



Fest auf eine helfende Hand gestützt bestiegen die Reisenden das Schiff.

(Fotos: Möhring)



JUH Wenzelbach und Landshut bei Kats-Übung

„Schweres Explosionsunglück in der Grundschule Irlbach. 70 bis 80 Verletzte, starke Rauchentwicklung.“ Dies verkündete OB Hans Elsner als Thema einer Übung für die JUH Wenzelbach und Landshut sowie für die Freiwilligen Feuerwehren der Umgebung.

Es war eine Übung unter schwierigsten Bedingungen: Die „Verletzten“ über mehrere Stockwerke verteilt, das Gebäude völlig verqualmt, unterschiedlichste, meist schwere „Verletzungen“, eine aufgeregte, weil über die Übung nicht informierte Bevölkerung, Aufbau einer Behelfsklinik, dazu ein simulierter Verkehrsunfall – die teilnehmenden Mannschaften waren bis an die Grenze ihrer Belastbarkeit gestrebt. Trotz unvermeidlicher kleiner Pannen bestätigten Beauftragte des Landratsamtes der Übung guten Erfolg.

Die Strapazen waren im übrigen damit noch nicht zu Ende: Ein zweiter Übungstag mit nicht minder schweren Einsatzbedingungen folgte. Aber das Zusammenwirken mit den anderen Organisationen, vor allem mit den Landshuter JUH-Kollegen lohnte die Mühe. Eine Wiederholung 1987 in Landshut ist schon gesichert.

Hans Elsner

3. Malteser-Behinderten-Romwallfahrt vom 18. bis 25. Oktober 1986

Gemeinschaft heißt das Zauberwort

Ausgefeiltes Einsatzdrehbuch – Erlebnisreiche Fahrt

Die Generalaudienz am 22. Oktober 1986 auf dem sonnenumfluteten Petersplatz war für die Teilnehmer der 3. Malteser-Behinderten-Romwallfahrt der absolute Höhepunkt. Vergessen waren für 2 1/2 Stunden alle Mühen und Beschwerden dieses Unternehmens, als Papst Johannes Paul II. „mit herzlicher Verbundenheit und Anteilnahme“ die Malteser begrüßte. Seine Aufmerksamkeit galt besonders den „lieben behinderten Brüdern und Schwestern, die ihr die Mühen und Opfer dieser Pilgerreise nicht gescheut habt. Mögen diese Erlebnisse der Ewigen Stadt euch zu einer tiefen Begegnung mit Christus führen. Er, der selbst für uns der Mann der Schmerzen geworden ist, hat allem menschlichen Leid und Schmerz einen neuen Sinn und Wert gegeben. Er kann und wird euch helfen, eure Gebrechen mit Geduld und Ergebenheit zu tragen und darin sogar eure persönliche Erfüllung zu finden, wenn ihr sie mit ihm tragt als Teilnahme an seinem Kreuz, durch das er die Welt erlöst. Dann wird das Leid euch nicht erdrücken, sondern befreien und erhöhen. Der Herr schenke euch dazu einen starken Glauben und hoffnungsvolle Zuversicht“.

Solche Worte geben Kraft – dies gilt sowohl für die 239 Rollstuhlfahrer und ihre 103 persönlichen Begleiter als auch für die fast 500 Malteser-Helferinnen und -Helfer, die gemeinsam für eine Woche nach Rom gekommen waren. Als der Heilige Vater zum Abschluß der Audienz, an der mehr als 10 000 Pilger aus zahlreichen Ländern teilnahmen, jeden Behinderten persönlich begrüßte und jedem die Hand auflegte, brach es aus vielen heraus. „Jahrelang habe ich nichts erlebt, und nun innerhalb weniger Tage so viel Schönes. Davon zehre ich mein ganzes Leben“, meinte eine 62jährige MS-Kranke aus Solingen. Der Papst ließ sich Zeit und dankte den Maltesern per Hände-



Höhepunkt der Pilgerreise: Die Begegnung mit Papst Johannes Paul II. auf dem Petersplatz.

druck immer wieder dafür, daß sie diese technisch sehr aufwendige Wallfahrt ermöglicht hatten.

Hinter den Kulissen Präzisionsarbeit

Hinter den ergreifenden Szenen und dem Freudentaumel auf dem Petersplatz verborgen sich über zwölf Monate intensiver Planung und Vorbereitung. Zum dritten Male zeichnete der Diözesanverband Münster des Malteser-Hilfsdienstes unter Leitung von Wilderich Graf Schall-Riau-

cour für die perfekte Durchführung der Pilgerreise verantwortlich. Unterstützt von erfahrenen Männern und Frauen galt es erneut, den Sonderzug zu organisieren, der am 18. Oktober 1986 in Münster eingesetzt wurde und an 16 weiteren Bahnhöfen im Bundesgebiet Halt machte, um dort Behinderte, ihre Begleiter und Helfer aufzunehmen. Ein Parallelzug aus Ulm kommend wurde schließlich in Rosenheim angekoppelt, so daß der rd. 400 Meter lange Zug am Sonntagmittag in Rom-Ostiense einlief.

Jede Eventualität war eingeplant und bedacht worden. Selbst eine Notverpflegung für 24 Stunden wurde einkalkuliert, für den Fall, daß das italienische Hotelpersonal einmal streiken sollte. Das Einsatzdrehbuch wies keine Lücken auf: Lazarettwagen, Apotheke, Funkabteil und Küchenwagen – alles stand für die fast 24stündige Bahnfahrt und darüber hinaus bereit.

Ausgerichtet am Fahrplan wurden die Behinderten zu Hause abgeholt und zu den Bahnsteigen gebracht. In Windeseile hieß es dann „bitte einsteigen“, da der Sonderzug vielfach nur fünf bis sieben Minuten Aufenthalt hatte. In Rom hatte bereits Tage zuvor ein Vorkommando die beiden Pilgerhäuser Domus Mariae und Domus Pacis behindertengerecht ausgestattet, in dem sie z. B. Rampen zur Überwindung von Treppenstufen gebaut haben.

Die Freude, helfen zu können

Gemeinschaft lautete das Zauberwort dieser Wallfahrt, deren Teilnehmer zwischen 8 und 88 Jahre alt waren. „Ich hätte nie gedacht, daß es so viele junge Menschen gibt, die bereit sind zu helfen“, sagte eine ältere Dame aus Trier, deren Ehemann seit fünf Jahren auf einen Rollstuhl angewiesen ist. Die Malteser-Helferinnen und -Helfer waren im Durchschnitt zwischen 25 und 30 Jahren alt, opferten für diesen Einsatz einen Teil ihres Urlaubs und zahlten noch 450,- DM als Teilnahmebeitrag. „Die Arbeit hier macht einfach Spaß, und wenn ich sehe, welch eine Freude wir den Menschen machen, vergißt man einfach die Zeit“, meinte ein unger Pflegediensthelfer. Dabei wurde den Maltesern allerhand abverlangt: Morgens um 5.30 Uhr hieß es aufstehen. Die behinderten Pilger brauchten Hilfe beim Aufstehen, Waschen, Anziehen u. a. m. Denn bereits um 8.30 Uhr standen 18 Sonderbusse bereit zur Abfahrt. Da nur sechs Busse mit Hebebühnen ausgestattet waren, mußten die gehunfähigen

Pilger von drei bis vier Helfern in die Fahrzeuge getragen werden – das war Knochenarbeit. Außerdem reisten erstmals zwei Liegendpatienten mit, die der ganz besonderen Betreuung bedurften.

Christsein verbessert

Auf dem umfangreichen Pilgerprogramm standen feierlich gestaltete Gottesdienste in den römischen Hauptkirchen: St. Johannes im Lateran, St. Peter, St. Paul vor den Mauern, Sta. Maria Maggiore und Sta. Maria Trastevere. 17 seelsorgerische Betreuer, unter ihnen der Kölner Weihbischof Dr. Klaus Dick, standen jederzeit für Glaubens- und Beichtgespräche zur Verfügung. Weihbischof Dick äußerte sich überaus zufrieden zum Verlauf der Pilgerreise: „Wir haben unser Ziel erreicht. Denn wir sind nach Rom gefahren, um einen lebendigen Kontakt zu den vielen Gläubigen zu bekommen, die hier für Christus gestorben sind – und erster Linie sind wir dem Heiligen Petrus begegnet. Ich denke, wir haben durch die Pilgerfahrt unser Christsein verbessert – jeder Pilger auf seine Weise.“

Diese überaus erlebnisreiche Fahrt, auf der viel für die Stärkung des Glaubens getan wurde, hatte aber auch touristische Aspekte. Das Picknick auf dem Campo Santo, der Besuch der Papstgräber, der Stadtbummel und der Abstecher nach Ostia bleiben unvergesslich. Selbst Unmögliches wurde wahr: Der Konvoi, bestehend aus 18 Malteser-Bussen, durfte die ansonsten gesperrte Fußgängerzone rund um den Piazza Navona und den Trevi-Brunnen durchfahren. Zu verdanken war dies vor allem den Bemühungen von Don Antonio Tedesco vom deutschsprachigen Pilgerbüro und der hervorragenden Zusammenarbeit mit der römischen Polizei, die ganze Straßenzüge absperrete, damit die Malteser ihre Gotteshausziele mühelos erreichen konnten.

Kein Hindernis war zu groß . . .

Sicherlich tut man der Schönheit Roms keinen Abbruch, wenn man behauptet, daß diese Stadt alles andere als behindertengerecht ist: Stufen über Stufen, schmale Gassen und schiefe Bürgersteige. Das hatte u. a. zur Folge, daß bereits nach vier Tagen die stattliche Rollstuhlreifen-Reserve verbraucht war. Aber auch dieses „Problem“ wurde gelöst. Grundsätzlich lautete das Prinzip: Die Rollstuhlfahrer sollten all das erleben, was andere Rombesucher auch erfahren. Symbolisch dafür stand das Spalier von ca. 100 Helfern die Hand in Hand einen Rollstuhlfahrer nach dem anderen zum Hauptportal des Petersdoms hochzogen. Kein Wun-

der, daß Heiterkeit und Frohsinn diesen Italienaufenthalt kennzeichneten, was auch des Abends in den Unterkünften mit spontanen Gesangs- und Theatereinlagen zum Ausdruck kam.

Mit dem Ausklang der Wallfahrt am 25. Oktober löste sich diese verschworene Gemeinschaft jedoch nicht auf. Adressen wurden ausgetauscht und Nachtreffen vereinbart. Als kleines Trostpflaster für all jene, die bedauern, daß es nur so wenige Pilgermöglichkeiten für behinderte Menschen gibt, kündigte der Generalsekretär des Malteser-Hilfsdienstes, Johannes Freiherr Heereman, bereits in Rom an: „In drei Jahren brechen wir zu unserer 4. Malteser-Behinderten-Romwallfahrt auf!“ **Monika Windbergs**

Bundeskanzler zeichnete Polenhelfer aus

Bei einem Empfang im Kanzleramt hat Bundeskanzler Helmut Kohl die Mitarbeiter des Hennefer Malteser-Hilfsdienstes und der „Polenilfe Zakopane“ mit einer Medaille und einer Urkunde ausgezeichnet. Die Hennefer Helfergruppe war im Rahmen des bundesweiten Wettbewerbs „Reden ist Silber – Helfen ist Gold“ wegen ihres langjährigen Engagements für notleidende Familien im polnischen Zakopane als Preisträger ausgewählt worden. Bundeskanzler Kohl dankte den Helfern für ihren Beitrag zur Völkerverständigung und betonte: „Das Fundament für eine menschliche Gesellschaft ist die Arbeit ehrenamtlicher Helfer. Sie sind schon

da, wenn Ämter noch gar nicht von einer Not wissen; sie sind auch da, wenn es keine offiziellen Hilfsprogramme gibt, und sie sind noch da, wenn die berufliche Fachkraft längst ihre Tätigkeit beendet hat.“

Stellvertretend für den Mitarbeiterkreis nahmen Franz Herz von der Initiative „Polenilfe Zakopane“ und Hans Gerhards vom Malteser-Hilfsdienst Hennef die Auszeichnung entgegen. Auch Bundesfamilienministerin Rita Süßmuth beglückwünschte die Gruppe. Es sei den Polen Helfern nicht nur gelungen, durch ihre Hilfstransporte die Not in Zakopane zu lindern, sondern auch eine deutsch-polnische Familienpartnerschaft aufzubauen.

Gemeinsam mit allen Beteiligten der Hilfsaktion wurde die Auszeichnung anschließend in der Hennefer Malteser-Unterkunft gefeiert. In gemütlicher Runde wurden Erinnerungen ausgetauscht und ein Rückblick auf die geleistete Arbeit gegeben. Im Dezember 1981 hatten die Hennefer Malteser trotz des in Polen verhängten Kriegsrechts den ersten Hilfstransport sicher in die Hohe Tatra gebracht. Seitdem rollten 34 Hilfszüge mit über 400 Tonnen Kleidern, Medikamenten und Lebensmitteln von Hennef nach Zakopane. Zahlreiche Bürger aus dem Rhein-Sieg-Kreis beteiligten sich an der Aktion. Aus der Patenschaft im Zeichen der Not hat sich inzwischen eine echte Partnerschaft entwickelt. Gegenseitige Besuchsprogramme und Ferientreffen haben die Freundschaft zwischen Polen und Deutschland gefestigt.

Doch die Hilfssendungen werden auch weiterhin gebraucht. „In Zakopane herrscht immer noch großer Mangel,“ weiß Hans Gerhards. Bei seinem Polen-Besuch im Mai dieses Jahres hatte er vor allem das Fehlen von Medikamenten, Kindernahrung und Hygieneartikeln festgestellt. Der nächste Transport soll deshalb noch in diesem Jahr starten.

Gregor Trimmer



Bundeskanzler Helmut Kohl bei seiner Ansprache.

DFV mit neugegliederten Fachausschüssen

Mehr Effizienz durch Straffung der Facharbeit

Nach einer rd. 4jährigen Erfahrungszeit mit den 1982 neugegliederten Fachbereichen und Fachausschüssen im Deutschen Feuerwehrverband nahmen Vorstand und Präsidium eine Überprüfung und Neugliederung der Ausschüsse vor.

Eine wesentliche Änderung besteht darin, daß die Anzahl der Fachausschüsse um etwa 50 % reduziert wurde und die Ebene „Fachreferat“ entfallen ist. Die Mitgliedsverbände des DFV haben künftig die

Möglichkeit, in allen Fachausschüssen des Verbandes mit Vertretern mitarbeiten zu können.

Durch diese Neugliederung der Fachausschüsse und die personelle Erweiterung in der Anzahl der Ausschußmitglieder ergaben sich zwangsläufig personelle Veränderungen; eine größere Anzahl der bisherigen Vertreter arbeiten weiterhin im gleichen oder in neu gegliederten Fachausschüssen mit. Die DFV-Mitgliedsver-

bände haben zwischenzeitlich neue Benennungen für alle Fachausschüsse vorgenommen, worauf der DFV keinen Einfluß nahm. Vorstand und Präsidium des DFV bestätigten in ihren Tagungen im April 1986 satzungsgemäß lediglich diese Benennungen – und damit die endgültige Besetzung –, die zum 1. Oktober 1986 in Kraft traten.

Fachausschüsse

In der Präsidiumstagung am 22. 8. 1986 wurden die „Richtlinien für die Facharbeit des DFV“ überarbeitet und in geänderter Fassung beschlossen. Künftig gibt es folgende Fachausschüsse:

- FA Katastrophenschutz
- FA Frauenarbeit
- FA Sozialwesen
- FA Ausbildung
- FA Einsatz
- FA Vorbeugender Brandschutz

Nur Bundesanstalt THW im Katastrophen- und Zivilschutz tätig?

Am 25. 11. 1986 wurde durch den Bundesminister des Innern die Broschüre „Sicher leben – Katastrophen- und Zivilschutz heute –“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Broschüre soll aufzeigen, wie Vorsorge und Schutz erreicht werden können, wie die staatliche Hilfe funktioniert und was der Bürger dazu beitragen kann.

Diese Dokumentation – eine solche ist es – soll auch den Aufbau und die Mitwirkung der Hilfeleistungsorganisationen und des THW im Katastrophen- und Zivilschutz wiedergeben, jedenfalls gingen wir vor Erscheinen der Broschüre davon aus. Beim Lesen wurden wir doch eines anderen belehrt.

Bei der Aufzählung „Wer hilft in Katastrophenfällen?“ ist die Feuerwehr nicht genannt. In einer weiteren Passage werden die Sanitätsorganisationen und die Feuerwehren in wenigen Zeilen als die den Katastrophenschutz tragenden Einheiten genannt. Vielleicht geht man davon aus, daß die Bevölkerung weiß, wo sie täglich Hilfe erhält und besonders auch im Falle einer Katastrophe.

Dafür kann man sich aber auf sieben Seiten über die Bundesanstalt THW informieren. Ich glaube kaum, daß dieses einer objektiven Darstellung gerecht

wird. Die gleiche Unausgewogenheit ist beispielsweise bei anderen Darstellungen wie der Mittelverteilung und der Ausbildung festzustellen. Hier bleibt die Ausbildung an den Landesfeuerwehrschulen unerwähnt.

Es ist für uns unverständlich, wenn in der vom Bundesminister des Innern zu der Broschüre herausgegebenen Presseerklärung mit keiner Zeile die Feuerwehr, das THW aber in einem ganzen Absatz erwähnt wird. Zum Schluß heißt es dann: „Welche Bedeutung dem THW im Bereich des Umweltschutzes zukommt, hat der Einsatz 1978 in der Bretagne gezeigt.“ Das ist sicher richtig, ehrlicherweise hätte man aber auch anführen müssen, daß hier neben den 46 Aktiven des THW mit sieben Fahrzeugen 270 Aktive der Feuerwehr mit 72 Fahrzeugen im Einsatz waren.

Damit kein falscher Eindruck entsteht, es geht mir hier nicht darum, gegen das THW oder gar deren ehrenamtliche Helfer zu argumentieren, sondern um die einseitigen Darstellungen in der Broschüre. Ich bin der Meinung, daß diese unausgewogene Darstellung kein Zufall sein kann, sondern bewußt so gewollt ist.

Trotz aller anderslautenden Beteuerun-

gen in der letzten Zeit müssen wir wieder einmal feststellen, daß eine einseitige Information betrieben wird, um die Bundesanstalt THW in die Öffentlichkeit zu rücken. Um dieses zu erreichen, scheut man nicht davor zurück, die verantwortlichen Politiker, hier den Bundesminister des Innern, der seiner vielen Aufgaben wegen sicher nicht alle Details kennen kann, mit einseitigen und lückenhaften Informationen zu versorgen; jedenfalls stellt es sich uns so dar.

Die vielen Männer und Frauen in den Sanitätsorganisationen und in der Feuerwehr werden wohl schwerlich für die Art, mit der diese Broschüre gemacht wurde, Verständnis aufbringen. Eine Verärgerung wäre verständlich. Den ehrenamtlichen Helfern des THW kann eine so einseitige Darstellung peinlich sein.

Katastrophen- und Zivilschutz ist eine Aufgabe, die von allen getragen werden muß. Die aktiv Mitwirkenden haben ein Anrecht darauf, daß ihr Engagement eine objektive und nicht einseitig gefärbte Würdigung findet.

*Hinrich Struve
Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes*

- FA Gesundheitswesen und Rettungsdienst
- FA Technik
- FA Öffentlichkeitsarbeit
- FA Jugendarbeit
- FA Wettbewerbe
- FA Musik

Bei der Neugliederung der Fachausschüsse gingen Vorstand und Präsidium von folgenden Überlegungen aus:

- Auf die DFV-Fachausschüsse ist nicht zu verzichten.
- Die Anzahl der DFV-FA ist zu straffen, wobei die personelle Besetzung unter

dem Gesichtspunkt qualifizierter Kräfte und der notwendigen aufzubringenden Freizeit zu überprüfen ist.

- Die Arbeit der DFV-FA ist zu intensivieren und die Effizienz zu verbessern.
- Die DFV-FA haben sich vorrangig mit Fachproblemen zu beschäftigen, die auf Bundesebene (länderübergreifend) zu regeln sind, und nur in Sonderfällen mit länderspezifischen Fragen.
- Über die Ausschubarbeit ist den Mitgliedsverbänden des DFV umfassend zu berichten.
- Zwischen den einzelnen DFV-FA ist

eine bessere Koordination herzustellen.

- Zur Facharbeit des DFV ist es notwendig, daß die Mitgliedsverbände dem DFV rechtzeitig und umfassend aus ihrem Bereich der Facharbeit berichten.
- Unter Berücksichtigung der neuen Konzeption der Fachausschüsse kann künftig die bisherige Ebene „Fachreferent“ entfallen.
- Die Vizepräsidenten fungieren wie bisher als Fachgebietsleiter; die Fachausschüsse unterstehen diesen in zugeordneter Form unmittelbar.

DFV-Fachausschüsse

Stand: 1. 1. 1987

Fachausschuß	Katastrophenschutz	Frauenarbeit	Sozialwesen	Ausbildung	Einsatz	Vorbereitender Brandschutz	Gesundheitsw. Rettungsdienst	Technik	Öffentlichkeitsarbeit	Jugendarbeit ¹⁾	Wettbewerbe	Musik
zust. Vizepräsident	Englerth			Dr. Mingenbach			Bräunig			Binai		
FA-Vorsitzender	Schaaf	Drüen	Kräuter	N.N.	Passet	Dr. Plaß	N.N.	Schröder	Kettenbeil	amtierender BJL	Frech	Diefenbach
DFV-GeschZ.	38.1	27.2	61.1	41.1	32.1	31.1	30.2	50.1	90.1	-	45.1	42.1
Baden-Württemberg	Spiehl	Bosch	Sattler	Haist	Wolf	Idler	Dr. Bürger	Frech	Frei	Vogel	Frech	Eissner
Bayern	Drutzel		Blumenstein	Drutzel	Korschinsky		Moratscheck	Galsterer		Graßl	Aschenbrenner	
Berlin		Brose							Prof. Malkomes	Kretschmann		
Bremen										Howald		
Hamburg				Voß				Stahlbuhk		Rehder		
Hessen	Schaaf	Drüen	Vogt	Glöckner	Döbemann	Muth	Disse	Kramer	Fuchs	Kroboth	Felsing	Schmidt, Willi
Niedersachsen	Meyer, F.	Basse	Gottschalk	Gruß	Stiegmann	Dr. Plaß	Friedrich	Ebel	Kordländer	Müller	zur Kammer	Busekrus
Nordrhein-Westfalen	Schneider, K.	Schneider, Do.	Schwartges	Liebold	Eicks	Sievers	Dr. Stramm Mocken	Schröder	Hornung	Henning	Frenzel	Dr. Warthorst
Rheinland-Pfalz	Schäfer, W.	Schäfer, M.	Gensheimer	Schenk	Passet	Heinrich	Regenbogen	Schmitt	Klersey	Strauß	Salzer	Haselsteiner
Saarland	Meyer, O.		Kräuter	Warthenpfehl	Bühler	Meyer, O.		Zintel	Schuler	Schneider	Zintel	
Schleswig-Holstein	von Bonin	Denzien	Kettenbeil	Rahmberg	Böttger	Asmussen	März	Stoltenberg-F.	Kettenbeil	Schneekloth		Bekker
BGr. „BF“			Reders Eichen ²⁾	Hahn	Hagen ²⁾	Klingsohr Lehnen ²⁾	Dr. Herzog	Milicke				
BGr. „WF“	Konrad			Noll	Heeg	Dr. Lindner		Helbach				
DJF	Kroboth			Barske				Müller	Kroboth	Oberhauser Barske		
AK Feuerwehrheime			Stommel									
zusätzlich als Vertreter in FRA				Rust	Wiechmann			Sensel Münch Sagel	Schneider, Do. Claes			Diefenbach Scheld Schmidt, Wolfg.

Anmerkungen: 1) identisch mit „Deutscher Jugendfeuerwehrausschuß“; 2) Vertreter „Verband der Bundeswehrfeuerwehren“

DFV-Vertretung in Fremdgremien

Stand: 1. 1. 1987

DFV-Fachausschuß/Fremdausschuß DFV-Vertreter

Zuständiger Vizepräsident: Englerth

FA Katastrophenschutz

BZS/Techn. Komm. „Brandschutz/ABC“ Drutzel
 BZS/Techn. Komm. „Führung/Fernmelde“ Schaaß

FA Sozialwesen

BAGUV/FGr „Feuerwehren-Hilfeleistung“ Schwartges
 AK „Feuerwehrheime“ Voßmeier

FA Ausbildung

AGr „Feuerwehr-Ausbildung“ d. UA Feu. Drutzel
 Glöckner
 Haist
 Rust
 Rust

AGBF/AK „Ausbildung“ Rust

Zuständiger Vizepräsident: Dr. Mingenbach

FA Einsatz

CTIF/UK „Brandbek. auf Flughäfen“ N. N.
 FNFV/AA 4 „Löschmittel, -geräte, -anlagen“ Döbbemann
 Korschinsky

darin:
 AK „Wartung und Kontrolle“ Korschinsky
 FNFV/AA 7 „Anl. zur Löschwasserbevorratung“ Passet
 Eicks
 VFDB/Ref. 10 „Strahlen- und Umweltschutz“ Heeg
 BMV/„Gefahrgut-Verkehrs-Beirat“ Wiechmann
 darin:
 Ausschuß „Stoffe/Verpackungen (ASV)“ Wiechmann

FA Vorbeugender Brandschutz

DVGW/FA „Feuerlösch- und Brandschutzanlagen“ Idler
 FNFV/AA 9 „Bauliche Anlagen und Einrichtungen“ Sievers
 Idler
 VFDB/Ref. 4 „Brandausw. auf Baustoffe und -teile“ Dr. Plaß
 Dr. Plaß
 AGBF/AK „Vorbeugender Brandschutz“ Dr. Plaß
 Zefu/BG Holz, AK „Feuerschutz“ Dr. Plaß

Zuständiger Vizepräsident: Bräunig

FA Gesundheitswesen und Rettungsdienst

CTIF/UK „Ärztelkommission“ Dr. Bürger
 BMV/Ständige Konf. „Rettungswesen“ Dr. Stratmann
 NARK/AA 1.2 „Krankenkraftfahrzeuge“ Dr. Stratmann

FA Technik

FNFV/AA 1 „Ausrüstung und Rettungsgeräte“ Schmitt
 München
 darin:
 AK „Steckleiter“ München
 FNFV/AA 2 „Pumpen und tragb. -aggregate“ N. N.
 Zintel
 FNFV/AA 3 „Fahrzeuge“ Schröder
 Frech
 Kramer
 Stahlbuhk
 Stoltenberg-
 Frick

darin:
 AK „Rüstwagen“ Kramer
 FNFV/AA 5 „Schläuche und Armaturen“ Schmitt
 Galsterer

darin:
 AK „Druckschläuche“ Schmitt
 AK „Rollbarkeit von Druckschläuchen“ Galsterer
 FNFV/AA 6 „Elektrische Betriebsmittel“ Ebel
 Sensel

DFV-Fachausschuß/Fremdausschuß DFV-Vertreter

NARK/AA 1.1 „Krankenwagen“ Milcke
 darin:

AK „Fahrbare Krankentrage“ Milcke
 VFDB/Ref. 7 „Fernmeldewesen“ Sagel
 VFDB/Ref. 8 „Technische Hilfeleistungen“ Münch
 Helbach
 Schröder
 Stoltenberg-
 Frick

AGBF/AK „Technik“ Schröder
 Frick
 Ad-hoc-AK AGBF/DFV „Weiterentwicklung Fahrzeugtechnik“ Schröder
 Frech
 Ebel

darin:
 AGr „Löschtechnik und Atemschutz“ Ebel
 Kramer
 AGr „Techn. Hilfeleistungen und Leitern“ Frech
 Galsterer
 Sensel
 Sagel

AGr „Fernmeldewesen“ des UA Feuerw.

FA Öffentlichkeitsarbeit

VFDB/Ref. 11 „Brandschutzgeschichte“ N. N.
 VFDB/Ref. 12 „Brandschutzaufklärung und -erziehung“ Schneider, Do.
 Verein Deutsches Feuerwehrmuseum/ „Vorstand“ Struve
 Verein Deutsches Feuerwehrmuseum/ „Kuratorium“ Bräunig
 Verein Deutsches Feuerwehrmuseum/ „Mitgl.-Versammlung“ Frei
 „Arbeitsgemeinschaft Feuerwehrmuseen“ Claes

Zuständiger Vizepräsident: Binal

FA Musik

BDBV/„Vollversammlung“ DFB-FA Musik
 BDBV/„Hauptausschuß“ Diefenbach
 BDBV/Bundes-FA f. d. „Blasmusikwesen“ Schmidt, Wolfg.
 BDBV/Bundes-FA f. d. „Spielmanswesen“ Scheld

Nicht bestimmten DFV-Fachausschüssen zugeordnet:

Nationales Komitee der Bundesrepublik Deutschland im CTIF Struve
 Internationales Komitee CTI Voßmeier
 Struve
 Voßmeier
 BZS „KatS-Ausbildungsreferenten der Länder und Organisationen“ Englerth
 FNFV/AA 8 „Begriffe und Bildzeichen“ Böttger
 Drutzel
 FNFV/„Vorstand“ Struve
 FNFV/„Lenkungsausschuß“ Struve
 Bräunig
 NARK/AA 1.9 „Begriffe und Bildzeichen“ Böttger
 VFDB/„Vorstand“ Struve
 Englerth
 Rinck
 VFDB/Beirat „Feuerwehren“ Struve
 Englerth
 Rinck
 Struve
 Voßmeier
 AGBF/AK „Grundsatzfragen“ Struve
 AGBB/„Bundesausschuß“ Struve
 BMFT/Sachverständigenkreis „Sicherheit, Brand- und KatS-Bekämpfung“ Struve
 UA „Feuerwehrangelegenheiten“ im AK V Voßmeier
 Deutscher Rat der Europ. Bewegung Struve

Teilnahme deutscher Feuerwehren an Feuerwehrleistungsbewerben im Ausland

Meldeschuß: Ende Februar 1987

Für einen Start deutscher Feuerwehren an Feuerwehr-Wettbewerben 1987 im Ausland sind nachfolgende Bedingungen zu beachten:

Bronze/Silber

1. Grundsätzliches

Die Teilnahme deutscher Feuerwehren an Feuerwehrleistungsbewerben im Ausland ist aufgrund gegenseitiger Vereinbarungen der nationalen Feuerwehrverbände geregelt und möglich. Für die Feuerwehren der Bundesrepublik Deutschland ist hierfür der Deutsche Feuerwehrverband zuständig.

2. Antrag

Anträge zur Teilnahme an einem Feuerwehrleistungsbewerb im Ausland sind zu richten an den

**Deutschen Feuerwehrverband (DFV)
Koblenzer Straße 133,
5300 Bonn 2**

Für die Teilnahme an einem Feuerwehrleistungsbewerb im Ausland ist eine Starterlaubnis des DFV erforderlich.

An einer Teilnahme interessierte deutsche Feuerwehren, haben diese bis spätestens Ende Februar 1987 (unter Vorbehalt einer späteren Teilnahme) formlos beim DFV anzumelden. Daraufhin erhalten diese Feuerwehren vom DFV die benötigten Anmeldeunterlagen und die vorliegenden Veranstaltungsinformationen.

3. Bedingungen

Bei den hier angesprochenen Feuerwehrleistungsbewerben im Ausland handelt es sich um Bewerbe nach den

- Bestimmungen für den Bewerb um das FLA in Bronze/Silber des Österreichischen Bundesfeuerwehrverbandes
- Freundschafts-Wettbewerbe nach den Bestimmungen für den „Internationalen Feuerwehrwettkampf des CTIF“
- Bestimmungen für den Feuerwehrleistungsbewerb in Kärnten

(Die Bestimmungen können bei Bedarf beim DFV gegen Kostenerstattung angefordert werden).

4. Termine

Die verbindliche Anmeldung hat unter Verwendung des vom DFV hierfür herausgegebenen Anmeldebogens zu erfolgen und muß vorliegen (jeweils Posteingang)

- für Tirol: **spätestens 1. April**
- für die übrigen österreichischen Bundesländer: **spätestens 15. April**
- für Südtirol: **spätestens 15. April.**

Mit dieser Anmeldung ist auch der Nachweis über die geprüfte Trainingsleistung vorzulegen. Später eingehende Meldungen können für das laufende Jahr nicht mehr berücksichtigt werden.

Der Termin der Prüfung (Abnahme) darf zeitlich bis zum 1. August 1986 zurückliegen, wenn sich die Gruppenzusammensetzung für den Feuerwehrleistungsbewerb nicht verändert hat.

5. Leistungen

Zur Erteilung einer Starterlaubnis ist Voraussetzung, daß die Bewerbungsgruppe im Training mindestens **350** Gutpunkte erreicht hat. In der Klasse B sind die gemäß den Bestimmungen zu verrechnenden Alterspunkte (Pluspunkte) nicht mit zu berücksichtigen. Für Frauen-Gruppen gilt eine Mindestpunktzahl von **320** Gutpunkten. – Die Punktzahl ist aus der erreichten Übungszeit unter Abzug der Fehlerpunkte zu errechnen. Grundlage sind die Bewerbungsbestimmungen des österreichischen Bundesfeuerwehrverbandes bzw. die für den „Internationalen Feuerwehrwettkampf“ (in der jeweils gültigen Fassung).

Bei einem Feuerwehrleistungsbewerb nach den Bewerbungsbestimmungen des LFV Kärnten gilt eine Mindestpunktzahl von **190** Gutpunkten.

Die im Training erreichte Leistung muß durch einen vom DFV zugelassenen Abnahmeberechtigten geprüft und im Anmeldebogen bestätigt werden.

Zusätzlicher Hinweis für bayerische Feuerwehren:

Teilnahmevoraussetzung für Feuerwehren des Freistaates Bayern ist gemäß Beschluß des Sprechergremiums, daß die Mitglieder der Bewerbungsgruppe mindestens die Stufe II (Silber) des Bayerischen Feuerwehrleistungsabzeichens besitzen. Diese Voraussetzung ist vom Abnahmeberechtigten des DFV zu prüfen. Liegt die Voraussetzung nicht vor, kann keine Abnahme der Trainingsleistung und Bestätigung im Anmeldebogen erfolgen.

6. Voraussetzungen

Allgemeine Voraussetzungen (gemäß österreichischer Bestimmungen) für die Zulassung sind, daß das Mitglied der Bewerbungsgruppe

- seit mindestens drei Monaten aktives Feuerwehrmitglied ist,
- am ersten Tag des Leistungsbewerbes (Stichtag) das 65. Lebensjahr nicht überschritten hat und
- einen gültigen Feuerwehrdienstausweis besitzt.
- Der Aktive darf im Bewerb um das FLA in Bronze und im Bewerb um das FLA in Silber bei jeder Bewerbsveranstaltung nur einmal antreten.
- darf unbeschadet des Besitzes eines FLA aus einem früheren Feuerwehrleistungsbewerb erneut antreten,

Die Bewerbungsgruppe

- muß aus Angehörigen der gleichen Feuerwehr bestehen,
- muß in der Klasse A antreten, wenn das Gesamalter der Aktiven weniger als 270 Jahre beträgt,
- darf bei einem Gesamalter von 270 Jahren und darüber entweder in der Klasse A (ohne Alterspunkte) oder in der Klasse B (mit Alterspunkten) antreten.

Frauengruppen der Feuerwehren können nur dann eine Starterlaubnis erhalten, wenn das Gastland hierfür Bewerbungsgruppierungen vorgesehen hat bzw. wenn dem DFV von dort eine Einwilligung zum Start (Sondergenehmigung) vorliegt. – Jugendfeuerwehren können an diesen Bewerben nicht teilnehmen.

Veranstaltungstermine 1987 in Österreich

für Feuerwehrleistungsbewerbe

- Burgenland (Bronze und Silber)
3./4. 7. 1987 in Güssing
- Kärnten Stufe I-III
noch nicht bekannt
- Niederösterreich (Bronze und Silber)
3.–5. 7. 1987 in Melk
- Oberösterreich (Bronze und Silber)
10./11. 7. 1987 in Ostermiething
- Salzburg (Bronze und Silber)
26./27. 6. 1987 in Neukirchen/Grv.
- Steiermark (Bronze und Silber)
26./27. 6. 1987 in Hartberg
- Tirol (Bronze und Silber)
12./13. 6. 1987 Schwaz
- Vorarlberg (Bronze und Silber)
10.–12. 7. 1987 in Sulzberg

Hinweise:

- Die Bewerbungsbestimmungen in Kärnten sind grundlegend anders als die in den anderen österreichischen Bundesländern und in Südtirol.
- Außer in Tirol und Vorarlberg kann beim gleichen Bewerb „Bronze“ und „Silber“ erworben werden. In Tirol und Vorarlberg kann beim gleichen Bewerb nur „Bronze“ bzw. „Silber“ erworben werden. Das FLA in „Bronze“ ist Voraussetzung für das FLA in „Silber“. – In Kärnten ist grundsätzlich der Erwerb der „Stufe I“ Voraussetzung für „Stufe II“ bzw. „Stufe II“ für „Stufe III“. Pro Jahr kann nur eine Stufe erworben werden.

Rettungsgerät findet vor allem bei Schwerverletzten Einsatz

Neue Schaufeltrage wurde entwickelt

Bericht der DLRG Mannheim: Schaufeltrage ist auch für den Wasserrettungsdienst geeignet

Dieser Tage stellte die DLRG Mannheim die Neuentwicklung einer in Zusammenarbeit mit Dr. Ellinger (Arbeiter-Samariter-Bund) vor Ort entwickelten Schaufeltrage vor. Der uns von der DLRG in Mannheim zur Verfügung gestellte Bericht soll nachfolgend veröffentlicht werden.

Die Schaufeltrage ist eine für den Rettungsdienst entwickelte Alu-Trage, deren Tragfläche in zwei Hälften geteilt ist. Öffnet man die Schlösser an den Stirnseiten des umlaufenden Rohr-Rahmens, kann die Schaufeltrage der Länge nach halbiert werden.

Die Schaufeltrage findet vor allem ihren Einsatz bei Schwerverletzten (insbesondere bei Wirbelsäulen-Verletzten). Hier besteht nämlich die Möglichkeit, die zwei Hälften seitlich unter den Verletzten zu schieben und somit ein umständliches Aufheben bzw. Ablegen zu vermeiden.

Diese Trage eignet sich jedoch auch für Einsätze am und im Wasser. Insbesondere scheint sie ein hervorragendes Hilfsmittel zu sein, um z. B. einen Wirbelsäulen-Verletzten schonend über einen hohen Beckenrand zu retten. Eine normale Trage oder wie schon vorgeschlagen eine Tür haben sich nicht bewährt bzw. sind schlicht unpraktikabel.

Die Vorteile der Schaufeltrage sind folgende:

1. Die Trage kann durch ihre geringe Auf-

triebskraft, im Gegensatz zu normalen Tragen oder zur Vakuum-Matratze, unter Wasser gebracht werden und drückt den Verletzten nicht mit Gewalt aus dem Wasser heraus, was weitere Verletzungen zur Folge hätte.

2. Durch die geringe Breite kann sie im Gegensatz zu einer normalen Trage von normal großen Schwimmern mit einer Hand festgehalten werden, und der Schwimmer kann sich mit der anderen Hand am Beckenrand festhalten (ein Halten der Trage aus der Schwimmlage heraus, ohne sich am Rand festzuhalten, ist absolut unmöglich).

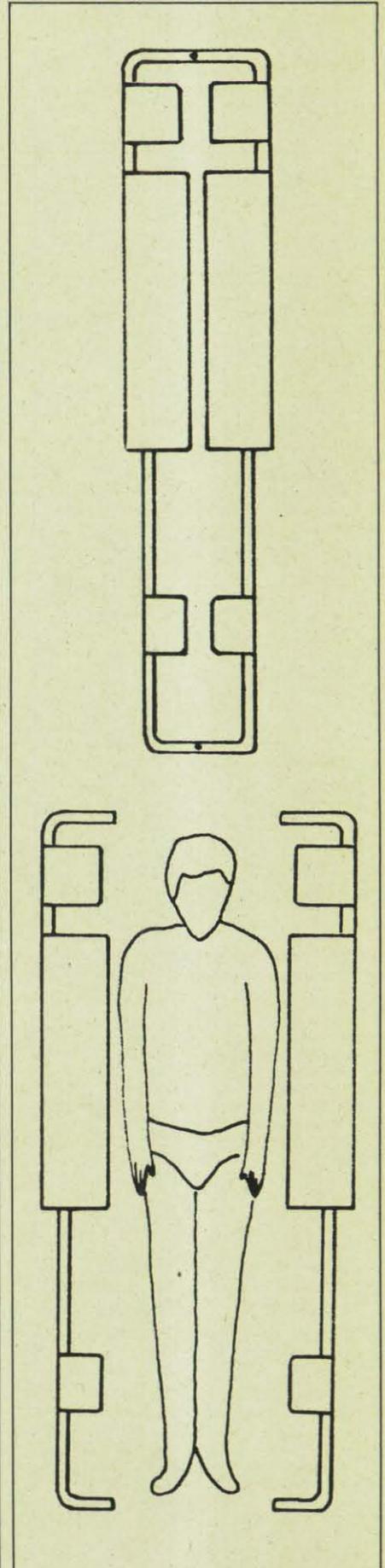
3. Durch die geringe Breite kann der Verletzte auf der Schaufeltrage auch durch je zwei nebeneinander knieende Retter aus dem Wasser gehoben werden.

4. Durch die Teilbarkeit der Trage kann das Opfer sehr einfach und schonend auf die Vakuum-Matratze abgelegt werden (ein Anheben oder Überheben des Verletzten entfällt).

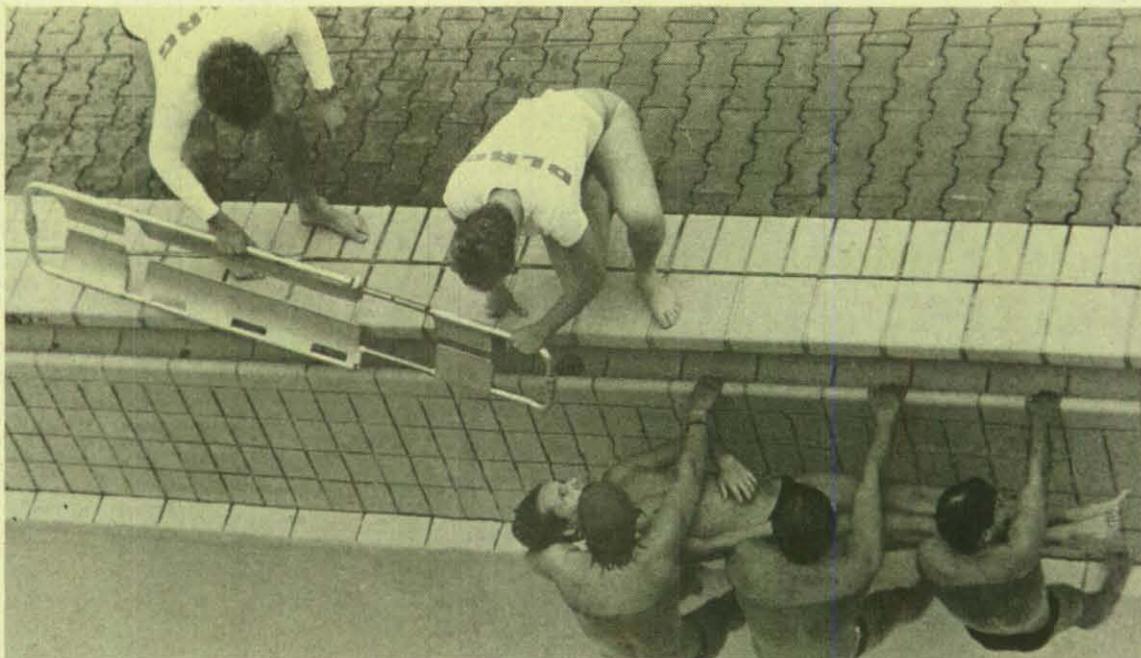
Rettung eines Wirbelsäulenverletzten aus dem Wasser

Es werden insgesamt sechs Helfer (mindestens vier) benötigt. Die Maßnahmen im einzelnen:

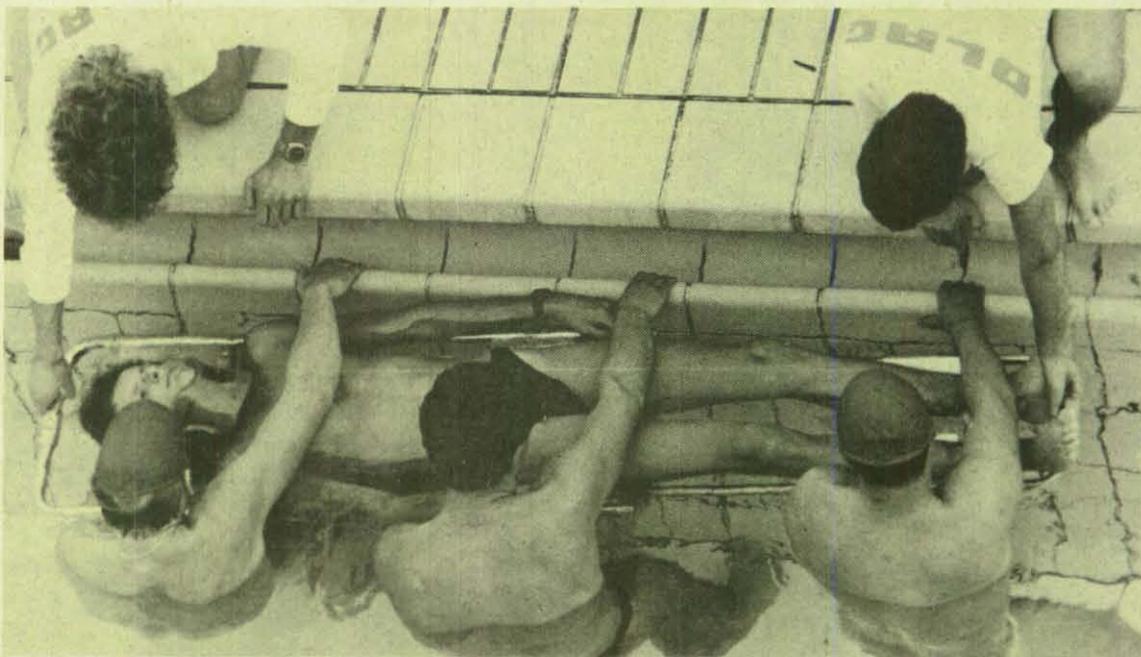
Rechts: Die neuentwickelte Schaufeltrage läßt sich in zwei Hälften teilen und kann so seitlich unter den Verletzten geschoben werden.



Das Opfer wurde an den Beckenrand gebracht und hier – leicht schwimmend – von den Helfern gehalten. Die Trage wird senkrecht unter den Armen der Helfer hindurchgeschoben.



Die Trage ist hochgeklappt, der HWS-Stützkragen angelegt, das Opfer schwimmt immer noch leicht auf dem Wasser.



An eine Ecke des Schwimmbeckens wird nun die Trage gebracht und dort von mehreren Helfern übernommen, vorsichtig herausgehoben und zunächst angesetzt.



- Ein Rettungsschwimmer bringt den Verletzten an den Beckenrand.
- Sind keine lebensrettenden Maßnahmen erforderlich, kann im weiteren folgendermaßen verfahren werden:
- Zwei weitere Helfer (Rettungsschwimmer oder eingewiesene Helfer) warten am Beckenrand.
- Die drei Schwimmer bringen den Verletzten in „Warteposition“: Die drei Schwimmer stehen mit dem Gesicht zum Beckenrand im Wasser, dazwischen liegt der Verletzte. Sie halten den Verletzten mit einer Hand in Rückenlage in der Schwebe; mit der anderen Hand halten sie sich am Beckenrand fest. Der erste Schwimmer unterstützt den Schulterbereich des Verletzten. Der zweite Schwimmer unterstützt das Gesäß. Der dritte Schwimmer unterstützt die Beine.
- Die Schaufeltrage wird vom Rettungsdienst gebracht.
- Die Schaufeltrage wird am Ufer von den Sanitätern auf die Länge des Verletzten eingestellt.
- Die Sanitäter knien sich am Beckenrand mit der Schaufeltrage am Fußende des Verletzten nieder.
- Sie halten die Schaufeltrage am Rahmen an einer Seite so, daß die Tragfläche parallel zu der Beckenwand herunterhängt.
- Nun wird die Schaufeltrage dicht an der Beckenwand unter den Armen der Schwimmer „durchgefädelt“.
- Die zwei Sanitäter bringen die Schaufeltrage in waagerechte Position unter den Verletzten und halten die Trage in dieser Lage fest.
- Auf Kommando nehmen die drei Schwimmer ihre Hände gleichzeitig unter dem Verletzten weg. Der Körper des Verletzten sinkt behutsam auf die Trage.
- Die beiden äußeren Schwimmer übernehmen die Trage, indem sie sich die Schaufeltrage auf den (dem Verletzten zugewandten) Arm legen, und halten sich weiterhin am Beckenrand fest.
- Der mittlere Schwimmer verläßt das Wasser.
- Die beiden Schwimmer bringen den Verletzten im Wasser über der Trage schwebend bis zur nächsten Ecke des Wasserbeckens.
- Dort wird die „45°-Position“ eingenommen.

Es folgt das Hochheben auf den Beckenrand:

- Die Lage des Verletzten auf der Schaufeltrage wird kontrolliert.
- Die zwei Sanitäter/zwei Sanitäter und zwei weitere Helfer knien sich am Beckenrand nieder und heben das Kind/den Erwachsenen auf der Trage aus dem Wasser.

- Die Schwimmer helfen unterstützend mit und verhindern somit ein Abkippen der Trage.
- Die Trage wird auf dem Beckenrand abgesetzt und festgehalten(!).
- Die Helfer stehen auf (festhalten!).
- Der Verletzte wird behutsam zur vorbereiteten Vakuum-Matratze getragen und darauf abgelegt.

- Die Schaufeltrage wird geöffnet, und die beiden Hälften werden seitlich weggenommen.
- Unter Anleitung der Sanitäter wird die Vakuum-Matratze während des Absaugens der Luft anmoduliert.
- Wärmeerhaltung!
- Abtransport durch die Sanitäter.

Zehn Jahre Schnelleinsatzgruppe in Sonthofen

Pünktlich zum zehnjährigen Bestehen der Schnelleinsatzgruppe des Kreisverbandes Oberallgäu konnten die Verantwortlichen zwei Einsatzfahrzeuge feierlich ihrer Bestimmung übergeben. Zu dieser Feierstunde hatten sich Vertreter des Technischen Hilfswerks, des Katastrophenschutzes, des Bayerischen Roten Kreuzes, Kameraden der Wasserwacht aus Kempten, der DLRG-Ortsgruppe Fildern und des Bezirkes Schwaben in der DLRG-Einsatzzentrale Sonthofen eingefunden.

Der Kreisverbandsleiter Andreas Meyer begrüßte die Festgäste und stellte fest, daß seit dem Jahr 1976, dem Geburtsdatum der Schnelleinsatzgruppe, ständig versucht wurde, diese „Elitegruppe“ auf dem technisch besten Stand zu halten.

Das allradbetriebene Geländefahrzeug wurde von Spenden, Aktionen, den Mitgliedsbeiträgen sowie dem Zuschuß des Landes Bayern finanziert. Dieses Fahr-

zeug solle nun das inzwischen altgediente Mannschaftstransportfahrzeug ablösen.

„Ein Volk ist so frei, wie es Freiwillige hat“, so lautete die Kernaussage von Monsignore Völk. „Die Tätigkeit einer Hilfsorganisation ist mit dem Gleichnis vom barmherzigen Samariter zu sehen“, schloß sich Militärfarrer Brettreich an. Fahrzeugweihe und Segnung der Einsatzkräfte wurden in einem sehr ansprechenden ökumenischen Dialog durchgeführt. Die Geistlichen wünschten den Fahrzeugen stets unfallfreie Fahrt und Gottes Segen.

Der Vorsitzende des DLRG-Bezirk Schwaben, Karl Faber, gab bei seiner Ansprache besonders seiner Freude Ausdruck, daß im südlichen Allgäu eine so gut ausgerüstete Gliederung bestehe. Mittlerweile habe sich die DLRG im Allgäu sehr wohl einen Namen gemacht.



Die Schnelleinsatzgruppe Oberallgäu mit ihren beiden neuen Fahrzeugen.

Das 50. Motorrettungsboot Typ „Shadow“ wurde ausgeliefert. Bei der Übergabe der Schlüssel an den Bezirk Düsseldorf (v. l. n. r.): Vertreter der Düsseldorfer Stadt-Sparkasse und des Stadtsporthundes, Bezirksleiter Gilgen, Bootsbauer Wieser, LV-Ehrenpräsident Jan Schmitz. Als „Kulisse“ postlierten die Bootsführerinnen des Düsseldorfer Rhein-Rettungsdienstes mit ihrem Einsatzleiter Hermann Zorn (Mitte).



50 „Lange Schatten“ kamen aus Düsseldorf

Der Düsseldorfer Bootsbauer und mehrfache Sieger internationaler Bootrennen, Walter Wieser, konnte kürzlich das fünfzigste Boot des Typs „Shadow long“ (engl. zu deutsch: Langer Schatten) ausliefern. Mit Blick auf den gesamten Bootsmarkt ist das sicherlich kein Traumergebnis; dennoch verdient das Ereignis sicher auch in der DLRG die Aufmerksamkeit, die ihm Fachzeitschriften des Bootswesens und des Wassersports gewidmet haben. Das erste Boot dieser Art war 1979 aus der Werft gekommen. Es wurde bereits 1980 zum „Sportboot des Jahres“ gekürt. 1985 war es das einzige Boot, das Europa auf der Weltausstellung in Japan vorzeigte.

Was an diesem Boot Aufmerksamkeit verdient, ist die Tatsache, daß es ein „Typ auf Bestellung“ ist: Unbefriedigt vom kommerziellen Bootsangebot bei der Suche nach geeigneten Rettungsbooten für den DLRG-Einsatz auf dem Rhein und auf größeren stehenden Gewässern, war die nordrheinische LV-Leitung 1978/79 mit der Wieser-Werft ins Gespräch gegangen. Ergebnis zahlreicher Besprechungen zwischen TL Peter-Josef Meyer, Bootsbauer Walter Wieser, LV-Leiter Jan Schmitz und Gf. Klaus Ladenthin einerseits sowie zwischen Jan Schmitz und dem Innenminister Nordrhein-Westfalens andererseits war das Konzept eines speziellen Rettungsbootes, das den Einsatzbedingungen der nordrheinischen DLRG gerecht werden konnte: schnell, extrem

flach und formstabil gebaut, mit breiter Bergungsfläche mehr wellenreitend als -schneidend, ohne dabei hart aufzuschlagen, außerdem ohne Scherstift-Probleme, nicht zuletzt als für den Wasserkatastrophenschutz geeignet anerkannt. Im Herbst 1979 konnte Wieser das erste Boot zur LV-Tagung in Kevelaer ausliefern und Innenminister Dr. Hirsch es dem Landesverband übergeben.

Dieses kleine Ereignis hat lange Schatten hinter sich hergezogen. Von begeisterter Anerkennung einer DLRG-eigenen Entwicklung bis zu prinzipieller Ablehnung hin hat der „Shadow“ alle Stadien in der DLRG durchlaufen. Durch die spätere LV-Einsatzleitung, Günther Zimmermann und Klaus Freidhof, erfuhr das Boot noch einige Änderungen.

Wie gut sich das Ergebnis solchen Zusammenwirkens letztlich als eine DLRG-gerechte Entwicklung technisch durchsetzen konnte, bewies die Tatsache, daß inzwischen fünfzig Boote dieses Typs ihren Abnehmer gefunden haben, darunter nicht nur DLRG-Gliederungen auch außerhalb des LV Nordrhein, sondern ebenso Wasserschutzpolizei und andere Organisationen. Daß es darüber hinaus der Öffentlichkeit gegenüber ein gutes Bild der nordrheinischen DLRG abgibt, erweist sich unter anderem bei der jährlichen „Rheinwoche“ zu Pfingsten, bei der die einheitliche „Armada“ der Rettungsboote Seglern wie Zuschauern immer wieder positiv ins Auge fällt.

Tag der offenen Tür

Viele prominente Gäste kamen zum Landesverband Hessen und Bezirk Wiesbaden-Biebrich

Anlässlich des Tages der offenen Tür lud LV-Präsident Günter Walter im noch nicht fertiggestellten Neubau der LV-Geschäftsstelle Vertreter aus Politik und Wirtschaft zu einem Empfang mit anschließendem Frühschoppen ein.

Präsident Günter Walter begrüßte neben dem hessischen Innenminister Horst Winterstein auch Vertreter der hessischen Landesregierung, der Stadt Wiesbaden, der Bundeswehr, der Wasserschutzpolizei, des Landessportbundes, der befreundeten Hilfsorganisationen, sowie Jürgen Illing und zahlreiche Bezirksleiter aus Hessen.

Mit 28 Bezirken, sieben Kreisgruppen, 227 Ortsgruppen und zwölf Stützpunkten mit insgesamt 52 416 Mitgliedern, stehe der Landesverband Hessen, so Walter, mit an vorderster Stelle auf Bundesebene. So wurden 1986 in Hessen bei 858 Bootsunfällen Hilfe geleistet, davon 370 Bergungen von Surfern. 50 Rettungen



Oben: Hervorragendes Wetter und gute Vorführungen lockten zahlreiche Besucher an.

Rechts: LV-Präsident G. Walter (links) überreichte Hessens Innenminister Horst Winterstein ein Geschenk.



vor dem Ertrinkungstod, 725 Bootsbergungen und 367 496 Wachstunden im Sommer- und Wintereinsatz bilden ebenfalls eine gute Bilanz für die Arbeit in Hessen.

„Was den friedensmäßigen KatS-Dienst anbetrifft, sind wir in Hessen nicht nur am besten von allen DLRG-Einheiten ausgerüstet, sondern darüber hinaus auch bestens geschult“. Besonders bedankte sich Günter Walter bei der hessischen Landesregierung, Innenminister Horst Winterstein und Sozialminister Armin Claus für die zugewiesene Unterstützung. Nur mit Hilfe dieser Unterstützung sei es überhaupt möglich, die satzungsgemäßen Aufgaben der DLRG durchzuführen.

Sein Dank galt auch den zuständigen Referenten und Sachbearbeitern der einzelnen Ministerien sowie den Bezirksleitern und allen Kameradinnen und Kameraden in den Gliederungen, die wertvolle Arbeit leisteten.

„Unsere Arbeit in Hessen ist nicht das Verdienst eines Einzelnen, sondern darf als Werk von Vielen angesehen werden“. Mit besonderem Stolz erwähnte Günter Walter die Jugendarbeit in Hessen und daß für Nachwuchs keine Sorgen bestünden. „In der DLRG findet die Jugend Idealismus, Kameradschaft und Gemeinsinn. Dies läßt uns in Hessen weiterhin hoffnungsvoll in die Zukunft schauen“.

Innenminister Horst Winterstein überbrachte die Grüße der hessischen Landesregierung und des hessischen Sozialministers Armin Claus und bedankte sich für die Einladung zum schon traditions gewordenen Tag der offenen Tür. „Die DLRG Hessen hat sich, was die Ausstattung und Ausbildung im friedensmäßigen Katastrophenschutz-Dienst anbetrifft, harmonisch dem in Hessen aufgestellten Katastrophenschutz-Plan angepaßt“, so Horst Winterstein.

Eine weitere erfreuliche Tatsache sei, daß die DLRG Hessen eine leistungsstarke Jugendarbeit betreibt und dadurch keinerlei Nachwuchsprobleme bestünden.



Leistungsbereitschaft beim Rettungsboot-Wettkampf 1986 unter Beweis gestellt

22 rot-weiße Rettungsboote bestimmten an einem Wochenende das Bild auf der „Alten Fahrt“ des Dortmund-Ems-Kanals in Münster-Hiltrup. Dort fand vor aufmerksamen Besuchern und Pressevertretern der Rettungsboot-Vergleichswettkampf 1986 des Landesverbandes Westfalen statt.

Bei guten Witterungsbedingungen waren am frühen Morgen im Kanalhafen Hiltrup nach der Begrüßung durch Landesverbandsleiter Prof. Dr. Konrad Gelzer sowie des Bezirksvorsitzenden des Bezirks Münster, Prof. Günter Willmann, die Mannschaften an den Start gegangen. Insgesamt drei Durchgänge mit unterschiedlichen Prüfungen waren zu absolvieren. So zeigten die Bootsbesetzungen ihr Können beim Slalomfahren, beim Rettungsballwurf, beim Abschleppen eines fahruntauglichen Bootes sowie beim Retten eines verunglückten Schwimmers, dargestellt durch eine Rettungspuppe. Gewertet wurden die Fahrzeiten zuzüglich möglicher Strafzeiten für Fahr- und Ausrüstungsfehler der Boote.

Nach einem stundenlangen Wettkampf, der von der DLRG Münster sowie der technischen Leitung des Landesverbandes Westfalen vorbereitet worden war, konnten am Abend TL Gunther Siepmann und Prof. Günter Willmann die Siegerehrung vornehmen.

Unten: 22 DLRG-Rettungsboote bestimmten das Bild auf dem Dortmund-Ems-Kanal.

Den Wanderpokal sicherte sich die Bootsbesatzung des Bezirkes Hellweg (Freiheit Westhofen) mit einer Gesamtzeit von 5:09 Minuten. Sie bekamen auch den Ehrenpreis des Kultusministers des Landes Nordrhein-Westfalen, Hans Schwier.

Auf Platz zwei fuhr die Besatzung aus Minden mit ihrem Boot „Minden“ in 5:37 Minuten vor. Platz drei belegte der Gastgeber Münster (Münster I) in 5:57 Minuten.

Bundeswehreinheit führte im Auftrage des Landesverbandes eigenständig Lehrscheinlehrgang durch

1983 wurde zum ersten Male in Bremen ein Lehrscheinlehrgang „öffentlicher Dienst“ mit Angehörigen der Bundeswehr aus dem Bereich des LV Bremen durchgeführt. Im Bereich der Truppschule Grohn, mittlerweile Stützpunkt des Bezirkes Bremen-Nord, fand damals dieser Lehrgang statt. Teilnehmer waren u. a. auch einige Offiziere, die schon im Besitz des „alten“ Lehrscheins waren und nur durch dienstliche Gründe zeitweilig keine DLRG-Arbeit leisten konnten. Dieser Sachverhalt erwies sich im nachhinein als ausgesprochener Glücksfall. Mehrere dieser Kameraden engagieren sich seitdem über ihren Bundeswehrdienst hinaus sehr intensiv in der DLRG. Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang Major Mergner, mittlerweile Kompaniechef der Nachschubkompanie 320 in Schwanewede.

Anfang des vergangenen Jahres äußerte er als Vertreter der Bundeswehreinheiten im weiteren Bereich des Bezirkes Bremen-Nord den Wunsch, erneut einen Lehrscheinlehrgang für Soldaten zu veranstalten. Da Major Mergner inzwischen auch die Zusatzberechtigung zur Lehrscheinabnahme des LV Bremen besaß, wurden

gemeinsam Überlegungen angestellt, wie der erste Lehrscheinlehrgang unter Bundeswehrregie ablaufen könnte. Behilflich war dabei der Kamerad Rauer von der Sportschule der Bundeswehr in Warendorf. Er stellte seine Unterlagen des Musterlehrgangs von Warendorf zur Verfügung. Auf der Grundlage dieses Lehrgangs und der Ausbildungsrahmenrichtlinien wurde der Lehrgangsplan erstellt.

Erwähnt werden muß dabei die Unterstützung von Brigadekommandeur Oberst Brüggemann, der in großzügiger Art und Weise der Dienstplangestaltung für die Teilnehmer zustimmte.

Dann war es soweit. Nach einmonatiger Lehrgangszeit traten 17 von 19 Soldaten, vom Major bis zum Gefreiten, zur Prüfung an. Die Prüfungskommission, bestehend aus Vertretern der Bundeswehr und des LV Bremen, konnte abschließend feststellen, daß alle die Prüfung bestanden hatten. Die Lehrgangsteilnehmer erhielten aus der Hand des Landesverbandsleiters Ulrich Hickstein ihre Urkunden. Dies geschah unter großer Beachtung der regionalen Presse.

LV-Präsident U. Hickstein überreicht die Urkunden.



DLRG Bayern: vorläufige Kurzbilanz

Bei 4 000 Menschen wurde während des Badesommers Personenhilfe geleistet

Am Ende der Badesaison zog der DLRG-Landesverband Bayern anlässlich seiner Landesratssitzung in Würzburg Bilanz für den Sommer 1986: Insgesamt wurde bei rund 4 000 Menschen „Personenhilfe“ geleistet, die vom Wundverband bis zur Rettung Ertrinkender reichte.

Laut Mitteilung von LV-Präsident Richard Rosipal bei einem Pressegespräch war in Bayern ganz allgemein eine Steigerung der Unfälle am Wasser zu verzeichnen. Die DLRG in Bayern zähle derzeit 24 000 Mitglieder, von denen rund 6 000 als aktive Helfer im Einsatz seien. Von Mitte Mai bis Ende September leisteten sie auf 80 Rettungsstationen an bayerischen Gewässern 190 000 Wachstunden, halfen 250 Surfern und 500 Bootsfahrern aus Notsituationen. Rettungstaucher kamen bei der Suche nach Verunglückten im Wasser zum Einsatz.

Neben diesem aktiven Rettungseinsatz nimmt die Schwimmausbildung durch die DLRG auch in Bayern breiten Raum ein. Vom Baby bis zum Seniorenschwimmen reicht das Angebot. An den entsprechenden Kursen nahmen im vergangenen Jahr bisher rund 5 000 Kinder, Jugendliche und Erwachsene teil.

Um all ihren vielfältigen Aufgaben gerecht zu werden und weiterhin einen maßgeblichen Beitrag zur Sicherheit der Bevölkerung beim Schwimmen und Wassersport leisten zu können, sei die DLRG in Bayern, so LV-Präsident Richard Rosipal, neben der finanziellen Unterstützung durch den Staat auf Spenden und Mitgliedsbeiträge angewiesen. So erfordere der Wachdienst und die Ausbildung von Rettungsschwimmern viel Geld, zumal die Anforderungen an die ehrenamtlich tätigen DLRG-Aktiven immer größer werden, da durch die zunehmende Freizeit von Jahr zu Jahr mehr Menschen an Flüssen, Seen und in den Bädern Erholung suchen.

Presseschau des Inlands

Vorrangiges Ziel: Beseitigung der C-Waffen

Die chemischen Waffen nehmen in der öffentlichen Diskussion einen immer breiteren Raum ein. Angesichts der verheerenden Folgen eines mit C-Waffen geführten Krieges muß es das vorrangige Ziel aller Staaten sein, sie völlig zu beseitigen. Was ist in dieser Hinsicht bisher geschehen?

In der Genfer Konvention gibt es ein Dokument vom 17. Juni 1925, das zwar ein Verbot der Anwendung von erstickenden und giftigen Gasen aussprach; ihre Entwicklung, Herstellung und Lagerung war jedoch nicht verboten. Das Dokument gilt als Völkergewohnheitsrecht, ist aber kein völkerrechtlich verbindlicher Vertrag.

Umfassende Verzichtserklärung der Bundesrepublik

Um eine solche Vereinbarung zu schaffen, nahm die Abrüstungskonferenz, der vierzig Nationen angehören, 1976 entsprechende Verhandlungen auf. Heute, zehn Jahre später, liegt noch immer kein Ergebnis vor.

Die Streitkräfte der Sowjetunion und aller anderen Warschauer Paktstaaten sind für chemische Kampfführung ausgerüstet und ausgebildet. Sie haben die Fähigkeit, chemische Waffen offensiv einzusetzen und das Gefecht unter chemischen Kampfbedingungen zu führen. In den letzten Jahren sind in der Sowjetunion laufend neue chemische Kampfstoffe entwickelt und bis zu 30 Prozent aller Waffenträger in der UdSSR für chemische Munition eingerichtet worden.

Die NATO als ein reines Verteidigungsbündnis besitzt C-Waffen ausschließlich zur Abschreckung. Innerhalb der NATO verfügen allein die Vereinigten Staaten von Amerika über solche Waffen, die von Experten als veraltet angesehen werden. Grund dafür ist, daß die USA seit 1969 auf eine Modernisierung ihres geringen chemischen Potentials verzichtet haben. Sie haben damit gegenüber der Sowjetunion eine erhebliche einseitige Vorleistung erbracht, die bislang nicht honoriert worden ist.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich am 23. Oktober 1951 durch Erklärung des damaligen Bundeskanzlers Konrad Adenauer verpflichtet, keine atomaren, biologischen und chemischen Waffen herzustellen sowie die Einhaltung dieser Verpflichtung überwachen zu lassen. Diese Erklärung hat sie 1972 dahin gehend erweitert, daß sie nicht nur auf die Entwicklung, sondern auch auf den Erwerb und die Lagerung von C-Waffen unter eigener Kontrolle verzichtet.

Die USA haben einen geringen Teil ihrer C-Waffen-Bestände in der Bundesrepublik gelagert; er unterliegt der alleinigen amerikanischen Kontrolle. Die Bundesregierung ist über diese Lagerung genau unterrichtet. Sie überzeugt sich ständig vor Ort davon, daß die Lagerung unter Gewährleistung höchster Sicherheitsanforderungen erfolgt. Eine Gefährdung von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland kann nach menschlichem Ermessen ausgeschlossen werden.

Es gibt in der Bundesrepublik Deutschland keine Forschungsinstitute, die sich mit der Entwicklung chemischer Kampfmittel befassen, weder in der Industrie noch in der Bundeswehr. Es gibt weder Labors, die mit offensiven C-Kampfmitteln experimentieren, noch Truppenteile, die Soldaten für einen offensiven Einsatz ausbilden. Die Ausbildung der Soldaten der Bundeswehr ist ausschließlich auf die ABC-Abwehr ausgerichtet.

Die Standpunkte der beiden Supermächte weichen nach wie vor in Detailfragen voneinander ab, die von der Definition der Systeme und ihrer Substanzen über die Abgrenzung zur zivilen Forschung bis zur Verifikation reichen.

Die Bundesregierung setzt sich auf der Genfer Abrüstungskonferenz für ein weltweites und verlässlich überprüfbares Abkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung chemischer Kampfstoffe ein. Bestandteil eines solchen Abkommens soll ferner eine Vereinbarung über die Vernichtung vorhandener C-Waffen-Bestände und die Stilllegung der Produktionsanlagen sein.

Teillösungen bieten kein Mehr an Sicherheit

Die Bundesregierung hat in diesem Zusammenhang immer wieder daran erin-

ert, daß das Ziel der Genfer Abrüstungskonferenz ein weltweites und umfassendes Verbot chemischer Waffen sein muß. Sie ist der Auffassung, daß dieses vorrangige Ziel nicht durch regionale Teillösungen unterlaufen werden darf, die den unmittelbar betroffenen kein Mehr an Sicherheit bringen können. Diese Auffassung teilen nicht nur die westlichen, sondern auch die neutralen und nichtgebundenen Delegationen in Genf. Sie vermögen in solchen Vorschlägen keine neuen Anstöße zu erkennen, die die laufenden Verhandlungen fördern könnten. Die Bedrohung Westeuropas würde durch eine von chemischen Waffen freie Zone ja nicht beseitigt, weil der Einsatz chemischer Kampfstoffe mit weitreichenden Trägersystemen möglich bleibt und C-Waffen wegen ihrer Mobilität heimlich und kurzfristig in die „freie“ Zone rückverlegt werden könnten.

Im Mai 1986 sind bedeutsame Entscheidungen gefallen im Zusammenhang mit der Absicht der USA, ihre C-Waffen-Bestände zu modernisieren. Die NATO hat am 22. Mai mit der Verabschiedung der Streitkräfte-Ziele für die Jahre 1987 bis 1992 die politischen Voraussetzungen hierfür geschaffen.

Die neuen Kampfstoffe der Amerikaner werden jedoch nicht in Produktion gehen, wenn bis zum 1. Dezember 1987 in Genf eine Einigung erzielt wird. So ist die Entscheidung der Allianz eine Chance, die Sowjetunion am Genfer Verhandlungstisch zu einem weltweiten, kontrollierbaren Verzicht auf C-Kampfstoffe zu bewegen.

(„Politik, Informationen aus Bonn“)

Feuerwehr betont Strahlenschutz

Der Deutsche Feuerwehrverband hat sich enttäuscht darüber geäußert, daß noch keine der für dieses Jahr angekündigten Sofortmaßnahmen im Katastrophenschutz nach dem Reaktorunglück in der Ukraine bisher verwirklicht worden ist. Der Vorsitzende des Verbandes, Hinrich Struve, appellierte vor der Delegiertenversammlung seiner Organisation in Weinheim an die Bundesregierung, „das Handeln nach Tschernobyl nicht zu vergessen“.

(„Kölnische Rundschau“)

Presseschau des Auslands

Zivilschutz – Katastrophenschutz

Der Zentralpräsident des Schweizerischen Zivilschutzverbandes (SZSV), Prof. Dr. Reinhold Wehrle, hielt bei der Delegiertenversammlung 1986 des Verbandes folgende Ansprache:

„Die heutige Konzeption des Zivilschutzes ist im Gefolge der Ereignisse von Tschernobyl von verschiedenen Seiten kritisiert worden. Man stellte fest, daß er zu stark auf den Kriegsfall und zu wenig auf Katastrophen ausgerichtet sei. Allen Ernstes wurde darüber diskutiert, ob er nicht hätte aufgebildet werden sollen.

Möglichkeiten des Zivilschutzes

Wer nur die geringste Ahnung von den Aufgaben und Möglichkeiten des Zivilschutzes hat, muß zugeben, daß ein Aufgebot unverhältnismäßig gewesen wäre.

Man kann sich jedoch fragen, ob die Information zu den Zivilschutzinstanzen in den Gemeinden hätte spielen müssen. Wir haben die Bevölkerung während Jahren darauf aufmerksam gemacht, daß der Zivilschutz ihre Sicherheit zu gewährleisten versuche. Es ist daher nur logisch, wenn sich die Leute bei einer drohenden Gefährdung, die sie nicht einschätzen können, an den Zivilschutz wenden.

Jedermann braucht einen Schutzplatz mit den nötigen Einrichtungen

Was aber, wenn einmal eine stärkere Gefährdung eintritt? Mancher hat sich darüber Gedanken gemacht, wo in diesem Fall für ihn ein Schutzplatz vorhanden wäre und wie er einige Tage oder gar Wochen darin verbringen könnte. Unser Verband hat als einziger sofort darauf hingewiesen, daß ein Obligatorium für das Einrichten der Schutzräume besteht und daß es sinnvoll wäre, diese Einrichtung jetzt schon vorzunehmen. Die Bevölkerung ist hellhöriger geworden und versteht es hoffentlich, wenn wir immer wieder betonen, daß Schutzräume im Ernstfall nur etwas nützen, wenn auch die nötigen Einrichtungen vorhanden sind.

Wieso sollen wir in den Gemeinden nicht auch die Zuweisungsplanung bekanntgeben? Gewiß entstehen dabei Probleme, wenn infolge der Bautätigkeit immer wieder Änderungen vorgenommen werden müssen, aber vielleicht nehmen dann die Behörden der vielen kleinen Gemeinden mit einem Schutzplatzdefizit endlich zur Kenntnis, daß es an der Zeit wäre, genügend öffentliche Schutzräume zu bauen, weil sogenannte Behelfsschutzräume bei atomarer oder chemischer Gefährdung keine Sicherheit bieten könnten. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um einen Krieg oder eine technologisch bedingte Katastrophe handelt.

Zivilschutz ist auch Katastrophenschutz

Die gesetzliche Hauptaufgabe des Zivilschutzes ist der Einsatz im Kriegsfall. Heute sind aber Katastrophen aller Art wahrscheinlicher als ein eigentlicher Krieg. Es ist daher richtig, den Zivilschutz vermehrt für den Katastropheneinsatz vorzubereiten. In den letzten Jahren konnte er oft bei Überschwemmungen und ähnlichen Ereignissen eingesetzt werden.

Zivilschutz als Katastrophenschutz ist das Schlagwort bei künftigen Überlegungen zur Ausbildung und Materialbeschaffung. Beides sollte auf die örtlichen Gegebenheiten abgestimmt sein. Trotzdem müssen Wege gefunden werden, die den Wechsel von einer Gemeinde in die andere einfacher machen.

Praktische Zivilschutzerfahrung muß Voraussetzungen für Beamte werden

Wenn das Schwergewicht aber weiter bei den Gemeinden bleibt, so muß man das fordern, was bis heute erst zum Teil zutrifft, nämlich daß diejenigen, die die Reglemente verfassen und finanzielle Entschiede vorbereiten, also die höheren Beamten in Bund und Kantonen, mit den Problemen der örtlichen Schutzorganisationen durch eigene Erfahrung vertraut sind. Konkret heißt das: Beamte mit wichtigen Funktionen in Zivilschutzämtern aller Stufen sollten verpflichtet werden, selbst eine verantwortungsvolle Aufgabe im Zivilschutz ihrer Wohngemeinde zu übernehmen. Für Neuwahlen müßte das eine Voraussetzung sein. Schließlich übergibt man wichtige Aufgaben beim Militär auch nicht Personen, die nicht einmal eine Rekrutenschule absolviert haben. Nur so kann man erreichen, daß die bei Bund und Kantonen zu treffenden Entscheidungen möglichst gut auf die Realität Rücksicht nehmen. Vorläufig bleibt das eine – wenn auch von sehr vielen Zivilschutzkadern immer wieder zu

Recht erhobene – Forderung. Damit auch jetzt schon die Verbindung zur Wirklichkeit geschaffen wird, erwarten wir, daß der Bund und die Kantone unserem Verband oder seinen Sektionen rechtzeitig ein Vernehmlassungsrecht einräumen – vor allem auch bei scheinbar weniger wichtigen Detailbestimmungen. Die Verbindung zwischen den praktisch Tätigen und den Ämtern wie auch zwischen den Gemeinden und ihren Zivilschutzorganisationen einerseits und den politischen Behörden von Bund und Kantonen andererseits ist eine wichtige Aufgabe des Schweizerischen Zivilschutzverbandes.

Information bleibt zentrale Aufgabe des SZSV

Dabei bleibt aber für uns die zentrale Aufgabe der Information bestehen. Gerade die letzten Monate haben uns gezeigt, wie wenig die Öffentlichkeit über den Zivilschutz weiß und wie notwendig daher weiterhin eine klare und verständliche Information über diesen Teil unserer Gesamtverteidigung ist, der eben nicht nur im Kriegsfall, sondern auch bei Katastrophen zum Wohle der Bevölkerung unseres Landes tätig werden kann.

(Aus: „Zivilschutz“, Schweiz)

Schutzräume in den Mönchsberg

Die Mönchsberg-Garagen seien für Schutzraumzwecke bestens geeignet, heißt es in einer vorliegenden Studie über Zivilschutz im Land Salzburg. Die Adaptierung der Parkgaragen als Schutzräume würde ungefähr 70 Millionen Schilling kosten. Landeshauptmann Wilfried Haslauer kündigte eine generelle Schutzraumplanung für die Stadt Salzburg und alle Landgemeinden an. Dabei soll der sogenannte Schutzwert der gesamten Bausubstanz erhoben werden. Noch heuer, so Haslauer, werde als Pilotprojekt der Schutzwert in der Gemeinde St. Johann ermittelt.

Zum Katastrophenschutz insgesamt sagte Haslauer, das Bundesheer, die Hilfsdienste Rotes Kreuz und Feuerwehr sowie die behördlichen Stellen seien bestens ausgerüstet. Er verwies dabei auf die Katastrophenschutzpläne des Landes und der Bezirkshauptmannschaften und auf das Katastrophenfunknetz. FPÖ-Landtagsklubobmann Hans Buchner meinte in einer Reaktion, das Land Salzburg sei seinen Schutzverpflichtungen so gut wie nicht nachgekommen, öffentliche Gebäude seien nur ungenügend mit Schutzräumen ausgestattet. Das Jahr 1987 solle „Zivilschutzjahr“ werden.

(„Salzburger Nachrichten“)

Wissenschaft & Technik

Preßluftatmersystem weiterentwickelt

Ein bereits vorgestelltes Universal-Preßluftatmersystem wurde nun weiter ausgebaut. Das Grundgerät mit seiner bewährten Rückentrageplatte, dem Stecksystem und der Durchlaufbegurtung, wurde um Lungenautomaten in Überdruckausführung erweitert.

Ein Gerät wendet sich vornehmlich an die Industrie und wird mit Vollmaske mit Bajonettverschluß verbunden. Ein weiteres System hat den sogenannten „Einheitsanschluß“ für Feuerwehren (M 45 x 3).

Beide Lungenautomaten sind mit automatisch einschaltendem Überdruck ausgestattet und zeichnen sich durch ihre querliegende Form aus. Es sind Kunststoff-Lungenautomaten, die ein hohes Luftleistungsvermögen haben.

(Foto: Interspiro)



Computergesteuerte Einsatz-Simulation für die Feuerwehr

Eine Fachfirma stellt jetzt die erste computergesteuerte Einsatz-Simulation vor, die der Feuerwehr-Ausbildung neue Perspektiven eröffnet. Das erste Programm in der Serie „Feuerwehr im Einsatz – Du hast das Kommando!“ zeigt einen Lösch-einsatz.

Wie im wirklichen Feuerwehreinsatz wird bei der Simulation die Entwicklung des Geschehens wesentlich durch die getroffenen Entscheidungen beeinflusst. Zur Schilderung der jeweiligen Situation werden dem Programm-Benutzer für seine Entscheidungen eine Reihe von Informationen – als Bild, als Text, als Geräusch – angeboten. Die Einsatz-Simulation läuft dabei in Echtzeit ab, das heißt, daß wie im tatsächlichen Einsatz nur eine begrenzte Zeit für Entscheidungen zur Verfügung steht.

In zwei Punkten unterscheidet sich das Simulations-Programm vom wirklichen Einsatz: 1. Niemand handelt selbständig, weder der Mann am C-Rohr noch der Einsatzleiter, jeder erwartet Anweisungen. Damit soll bei dem Programm-Anwender das Verständnis für die Aufgaben der anderen vertieft werden. Ihm soll deutlich werden, in welchem starkem Maße Feuerwehrarbeit Teamarbeit ist. Die nötigen Anweisungen werden über die Tastatur eingegeben (z. B. „Befehle Löschangriff mit Bereitstellung“). 2. Im Simulations-Programm werden von den geeigneten Einsatzkräften Fehler gemacht, die vom Anwender zu korrigieren sind (z. B. „Setze Schutzhelm auf“).

Ziel des Programmes ist der Einsatzerfolg, der auch dann erreicht werden kann, wenn kleine Fehler gemacht werden, die selbstverständlich vom Programm registriert werden. Sobald aber der zur Verfügung stehende Zeitrahmen überschritten wird oder sich Fehlentscheidungen so auswirken, daß der Einsatzerfolg nicht mehr erreichbar ist, wird dem Anwender das Kommando entzogen. Dabei wird aus pädagogischen Gründen der gemachte Fehler nicht direkt genannt, sondern es wird lediglich der Fehlerbereich angesprochen, z. B. ein Verstoß gegen die Unfallverhütungsvorschriften. Um das Einsatzziel in einem neuen Anlauf zu erreichen muß der Anwender seinen Fehler selbst herausfinden.

Mit seiner weitgehenden Dialogfähigkeit erfüllt das Programm die Anforderungen, die aus lernpsychologischen Gründen an ein interaktives Ausbildungsmittel gestellt werden. Das Programm hat einen umfangreichen Wortschatz speziell mit Worten aus dem Feuerwehrbereich, die in sinnvollen Kombinationen „verstanden“

werden. Zusätzlich sind die Beladepäne aller beteiligten Fahrzeuge gespeichert, so daß ein bestimmtes Gerät nur dann eingesetzt werden kann, wenn das entsprechende Fahrzeug an der Einsatzstelle eingetroffen ist.

Einsatz-Simulationen können von Einzelpersonen durchgespielt werden, sie können mit Video-Projektor aber auch vor einem größeren Zuschauerkreis ablaufen; der Ausbilder hat dabei jederzeit die Möglichkeit, den Stand der Ereignisse zu speichern, um dann jeweils wieder von der gespeicherten Einsatzsituation ausgehend, unterschiedliche Vorgehensweisen mit allen Vor- und Nachteilen zu demonstrieren. (Keudel)

Filter mit besonders breitem Anwendungsbereich

Mit den neuen ABEK-Atemfiltern wird ein wichtiger Schritt in Richtung auf Filter mit besonders breitem Anwendungsbereich getan. Die Filter haben einen Anwendungsbereich entsprechend den Kennbuchstaben A, B, E und K, (gem. DIN 3 181).



ABEK-Filter schützen somit gegen organische und anorganische Gase und Dämpfe, Schwefeldioxid, Chlorwasserstoff und Ammoniak. Die Filter erfüllen mit ihrem Leistungsvermögen entsprechend Kennbuchstaben A, B und E die Anforderungen für Gasfilter der Klasse 2 und für Kennbuchstabe K die Anforderungen der Gasfilterklasse 1 gemäß DIN 3 181 Teil 1. Die Kombinationsfilter ABEK enthalten Partikelfilter der Klasse P 2 oder P 3 und schützen damit zusätzlich vor festen und flüssigen Partikeln.

(Auer-Werkfoto)

Neue Bücher

Feuerwehr-Videofilme

Expo-Film, 8000 München 80

Zwei Filme, die sich mit den Themen Feuerwehr und Katastrophenschutz befassen, sind als Videokassetten lieferbar. Die Filme mit einer Vielzahl von Einsatzszenen bieten sich besonders für die Aus- und Weiterbildung des Einsatzpersonals der Feuerwehr an. Auch für die Öffentlichkeitsarbeit wie Tage der Offenen Tür etc. lassen sich die Filme besonders publikumswirksam einsetzen. Die zwei Videocassetten enthalten folgende Filme:

Gefahren der Einsatzstelle: Gefährliche Stoffe

Der Film befaßt sich sehr umfassend mit dem aktuellen Thema, er eignet sich deshalb besonders als Lehr- und Unfallverhütungsfilm für die Einsatzkräfte der Feuerwehr. Aufbauend auf einer Übersicht über Gefahrguttransporte und die entsprechenden Vorschriften und Kennzeichnungen werden zu jeder einzelnen der insgesamt sechs Gruppen von gefährlichen Stoffen Einsatzbeispiele dargestellt.

Mit der Gruppe der Gase beginnend zeigt der Film bis zur letzten Gruppe der ätzenden Stoffe jeweils Laborversuche und den Einsatzfall. Die zahlreichen bei den Laborversuchen gezeigten Reaktionen verdeutlichen eindrucksvoll die Gefährlichkeit dieser Art von Einsätzen. Der 40 Minuten Spielzeit umfassende Film schließt mit einer Übersicht über die Einsatzgrundsätze bei Gefahrguteinsätzen.

Hauptfeuerwache – Szenen aus dem Alltag einer Berufsfeuerwehr

Der Film zeigt am Beispiel der Berufsfeuerwehr München den alltäglichen Dienstverlauf in einer Großstadtfeuerwehr. Interessant ist dabei der Blick hinter die Kulissen, der Blick auf die Arbeit der Verwaltungsabteilung und den Vorbeugenden Brandschutz.

In teilweise dramatischen Aufnahmen wird auch der Umfang der verschiedensten Einsätze dargestellt. Seien es nun

Brände unterschiedlicher Art und Größe, Verkehrs-, Haus- oder Betriebsunfälle, Tiere in Not, Technische Hilfeleistungen oder auch nur Fehlalarme – die Kamera war immer hautnah dabei. Insgesamt gesehen bietet der Film auf 40 Minuten Spielzeit eine umfassende und auch spannende Information.

Triage im Katastrophenfall

Ärztliche Sofortmaßnahmen im Katastrophengebiet perimed Fachbuch Verlagsgesellschaft mbH, 8520 Erlangen

Zivile Katastrophen wie Erdbeben oder Flugzeugabstürze haben in den letzten Jahren immer wieder die Dringlichkeit und Notwendigkeit einer sorgfältig durchdachten und organisierten Katastrophenmedizin deutlich gemacht. Dabei kommt vor allem der Triage (Sichtung) und dem Setzen von Prioritäten größte Bedeutung zu, um möglichst vielen Geschädigten eine Überlebenschance zu geben.

Das Buch bringt grundsätzliche Überlegungen, die sich wesentlich von Aspekten der Individualmedizin unterscheiden. Die Ausführungen sollen besseres Verständnis der Problematik vermitteln, richtiges Vorgehen erläutern und Entscheidungshilfe geben.

Die Laufende Ausbildung der Freiwilligen Feuerwehren

Von Dipl.-Ing. Bodo Schueler Verlag G. Schueler, 3100 Celle

Mit dem Ausbildungswerk, das der Feuerwehr-Dienstvorschrift 2/2 sowie der landesinternen Regelung in Niedersachsen entspricht, wurde eine Unterlage für die Standortausbildung im gesamten Bundesgebiet geschaffen. Damit wird dem Ausbilder in der Feuerwehr die Möglichkeit gegeben, ohne umfangreiche Vorbereitungsarbeiten eine einheitliche 80stündige Ausbildung nach dem 2-Jahres-Programm durchzuführen.

Das Werk, als Loseblattwerk in einem DIN-A-4-Ringordner zusammengefaßt, beinhaltet auf 247 verschiedenfarbigen Seiten Fachinformationen für den Ausbilder, Handzettel, Wiederholungsfragen sowie zusätzliche Ausbildungsseiten für Niedersachsen. Den Anhang bilden 47 Transparent-Folien in Klarsichthüllen sowie ein Satz Folienstifte.

Der praxisgerechte Aufbau des Ausbildungsmaterials ermöglicht einen effektiven und für den Ausbilder problemlos durchzuführenden Unterricht. Die Vermitt-

lung des in den Fachinformationen enthaltenen Lehrstoffes wird durch die für jede Ausbildungsstunde separat vorhandenen Handzettel und Wiederholungsfragen noch erleichtert. Die klar gegliederten Folien tragen viel zum besseren Verständnis des Stoffes bei.

Ergänzend zu dem umfangreichen Lehrstoff gibt der Autor, selbst Lehrkraft an der niedersächsischen Landesfeuerwehrschule Celle, dem Ausbilder Hinweise zum methodisch richtigen Vorgehen.

Ergänzungslieferungen zu Sammelwerken

Kirchner/Merk/Beßlich Zivilschutz und Zivilverteidigung 17.-19. Ergänzungslieferung Verlag W. Jungling, 8047 Klarsfeld

Die 17. Ergänzungslieferung bringt eine Aktualisierung des Teils „Baulicher Zivilschutz“. Hervorzuheben sind hierbei ein eingehender Kommentar zu den „Bautechnischen Grundsätzen für Hausschutzräume des Grundschutzes“, die Neufassung der „Bautechnischen Grundsätze für Grundschutzräume mittlerer Größe“ (Fassung Mai 1986) und ein umfassender Kommentar zu den Lüftungstechnischen Richtlinien.

Die 18. Ergänzungslieferung enthält die 4. Auflage des Teils A der Loseblatt-Sammlung (Allgemeine Grundlagen: Gesamtverteidigung, Zivilverteidigung, Zivilschutz). Damit ist der Teil A um den wichtigen Bereich „Gesamtverteidigung“ erweitert worden; er bringt eine dem neuen Titel entsprechende umfangreiche Einführung, die den Bereichen Gesamtverteidigung, Zivilverteidigung und – bestehend aus der Entwicklung der Zivilschutzgesetzgebung und der amtlichen Broschüre des Bundesministers des Innern „Zivilschutz heute“ – Zivilschutz gewidmet ist (A I). Der Gesetzesteil (A II) enthält zusätzlich die amtliche Begründung der Notstandsverfassung und die das Grundgesetz ergänzenden Bestimmungen zur Aufrechterhaltung der Staatsfunktionen im Ernstfall mit Einführung.

Die 19. Ergänzung komplettiert den Teil A im Band 1 um die Ausführungsbestimmungen zur zivilen Verteidigung und zum Zivilschutzgesetz. Sie war seit langem fällig, wurde aber im Hinblick auf das vorbereitete neue Zivilschutzgesetz immer wieder hinausgeschoben. Nach Mitteilung des Verlags soll das Zivilschutzgesetz mit Einführung, amtlicher Begründung, Kommentar und den jetzt gelieferten Ausführungs- und Ergänzungsbestimmungen bei Bedarf als Broschüre herausgebracht werden.

Günter Lämmel

Das Minimagazin

Anlagen und Geräte des Katastrophenschutzes (Bundesausstattung)

Heißwasser-Dekontamination-Anlage (HDA)

Allgemeines

Der KatS-Einheit „ABC-Zug“ ist in der Dekon-Gruppe G eine HDA zugeordnet.

Aufgabenbereich

Die HDA übernimmt in dem Fachdienst ABC die Aufgabe der Dekontamination der persönlichen Schutzausstattung der KatS-Helfer.

Zur Schutzausstattung gehören im einzelnen:

- ABC-Schutzanzug
- ABC-Schutzstiefel
- ABC-Schutzmaske
- ABC-Schutzhandschuhe

Dekontaminationsverfahren

Die Dekontamination erfolgt durch Kochbehandlung bis max. 100°C in einer wässrigen Lösung unter Zusatz von 0,5% oberflächenaktiven Stoffen (Netzmittel) zur besseren Benetzung der Oberfläche. Der Zeitraum der Dekontamination richtet sich nach der Material-

dicke der zu dekontaminierenden Schutzkleidung. Bei 100°C sind z. B. die chemischen Schadstoffe in den Stiefelsohlen oder in den Dichtrahmen von Masken und Manschetten bei ca. 3 Stunden hydrolysiert. Schutzhandschuhe und dünnere Teile der Maske sind nach ca. 1 Stunde frei von Schadstoffen. Um hier eine optimale Dekontamination zu erzielen, wurde die Gesamtdauer für die Dekontamination der kompletten Schutzausstattung auf 3 Stunden festgelegt.

Funktionsweise

Der apparative Aufbau der HDA erfolgt nach der gezeigten perspektivischen Abbildung. Aus diesem Bild gehen auch die Zubehörteile hervor.

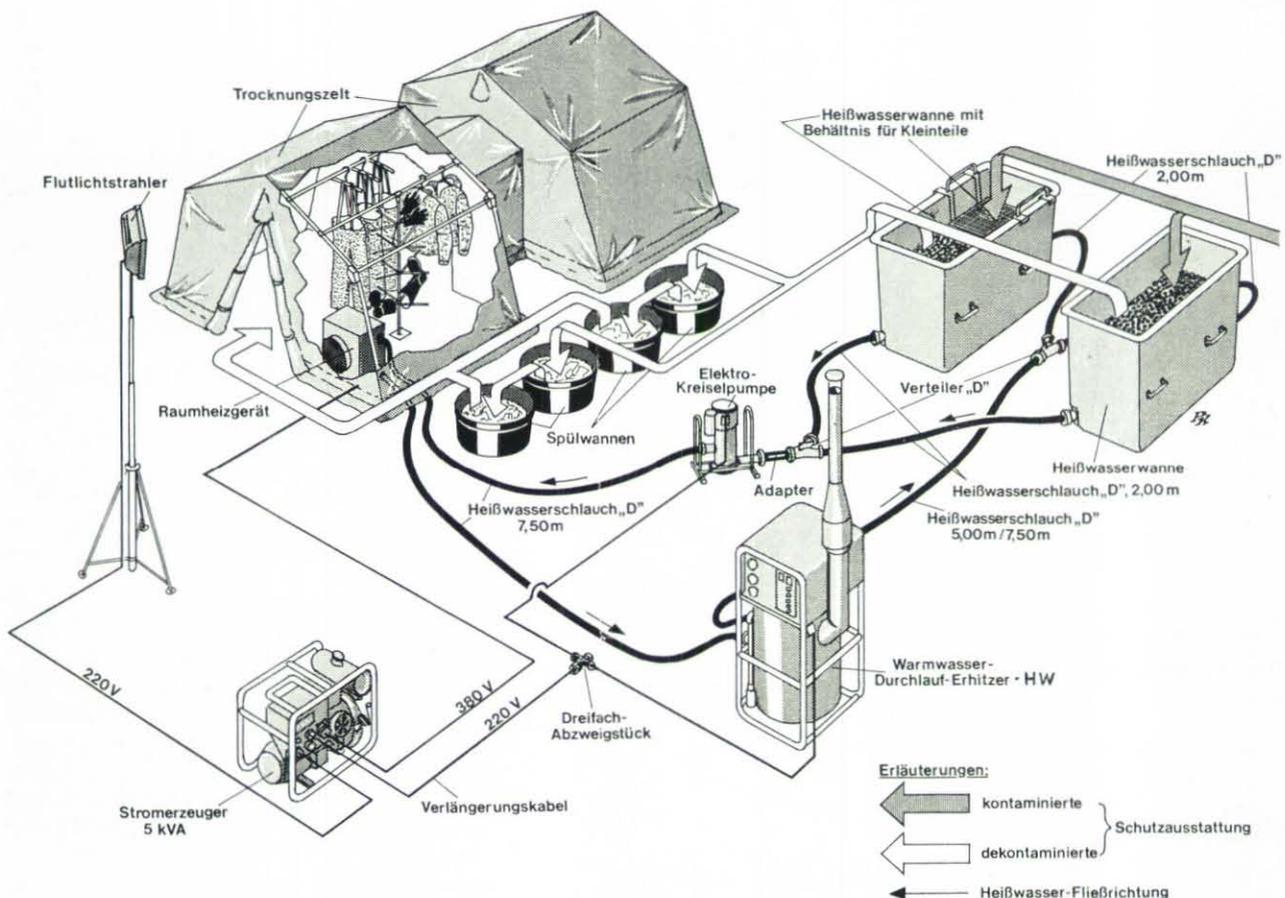
Die Anlage ist so konzipiert worden, daß sie auch strom- und wasserseitig an die öffentlichen Versorgungsnetze angeschlossen und in Funktion gesetzt werden kann.

Die Wannen werden mit je 950 l Wasser gefüllt. Im Umlaufverfahren wird das Wasser mit der Elektro-Kreiselpumpe (Heißwasser-Kondensatorpumpe) über den Wasserdurchlauferhitzer (WDE) gefördert und aufgeheizt. Die Funktion wird thermostatisch vom WDE

gesteuert. Der WDE hat eine Wärmeleistung von max. 105 kW und wird mit leichtem Heizöl bzw. mit Dieselmotorkraftstoff betrieben. Die gesamte Anlage ist vom TÜV - Abteilung Dampf- und Drucktechnik - geprüft und abgenommen worden.

Die Aufheizzeit beträgt je nach Umgebungstemperatur max. 2 1/2 Stunden. Um beim Aufheizen und während der Dekontaminationsphase Wärmeverluste weitgehend zu vermeiden, wird die Wasseroberfläche mit isolierenden Hohlkugeln abgedeckt. Die Wannen haben ein Gesamtvolumen von 1 500 l. Sie sind aus thermostabilem glasfaserverstärktem Polyesterharz. Je Wanne können bis zu 10 Satz Schutzausstattung dekontaminiert werden. Für die Dekontamination von Kleinteilen stehen pro Anlage zwei Lochblech-Behälter zur Verfügung.

Nach Beendigung der Dekontamination werden die Teile aus der Wanne genommen und in klarem Wasser gespült und zur Trocknung auf Gestellen im Zelt oder im Freien aufgehängt. Zur Beschleunigung der Trocknung im Zelt kann in den Heißwasserkreislauf ein Raumheizgerät mit einer max. Wärmeleistung von 75 kW bei einer Luftansaugtemperatur von 0°C und einer Wassereingangstemperatur von 90°C geschaltet werden.



Bewährte Hilfe aus der Luft



Mit insgesamt 35 Rettungshubschrauber-Stationen in der Bundesrepublik ist seit 1984 der Ausbau des nicht-boden-gebundenen Notfallrettungssystems abgeschlossen. Die Hubschrauber vervollständigen den allgemeinen Rettungsdienst und haben sich schon über viele Jahre hinweg bestens bewährt.

Mit eingebunden in das System der Luftrettung ist auch die Bundeswehr mit sechs SAR-Rettungszentren. Originäre Aufgabe des SAR-Dienstes ist es, überfällige, vermißte oder abgestürzte Luftfahrzeuge zu suchen und die Besatzungen zu retten. Heute fliegt der Such- und Rettungsdienst der Bundeswehr rund 80 Prozent aller Einsätze für den zivilen Bereich.

Der auf dem Titelbild und auf dieser Seite vorgestellte SAR-Rettungshubschrauber vom Typ Bell UH-1D ist beim SAR-Rettungszentrum Rheine stationiert. „Christoph 24“ wird von der örtlichen Rettungsleitstelle alarmiert und ist in wenigen Minuten in der Luft. Ausgestattet mit Medikamenten und medizinischen Geräten bringt er schnelle Hilfe für die Sofortbehandlung eines Notfallpatienten.

Viel fliegerische Erfahrung und Können der Besatzung ist notwendig, um auch bei schlechten Wetterbedingungen oder Landeplätzen die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten des Hubschraubers zu nutzen.

Einige Rettungseinsätze sowie die damit verbundenen Schwierigkeiten schildert eindrucksvoll unser Bericht im Innern des Heftes.